

Horst Grabert

Die vielen Gesichter
des Krieges im Kosovo

Heidemarie Wieczorek-Zeul

Entwicklungspolitik als
globale Strukturpolitik

Christoph Butterwegge

Was soll aus dem
Wohlfahrtsstaat werden?

Frank Schauff

Russischer Nationalismus
im roten Tuch

Ausgabe 3 | 99

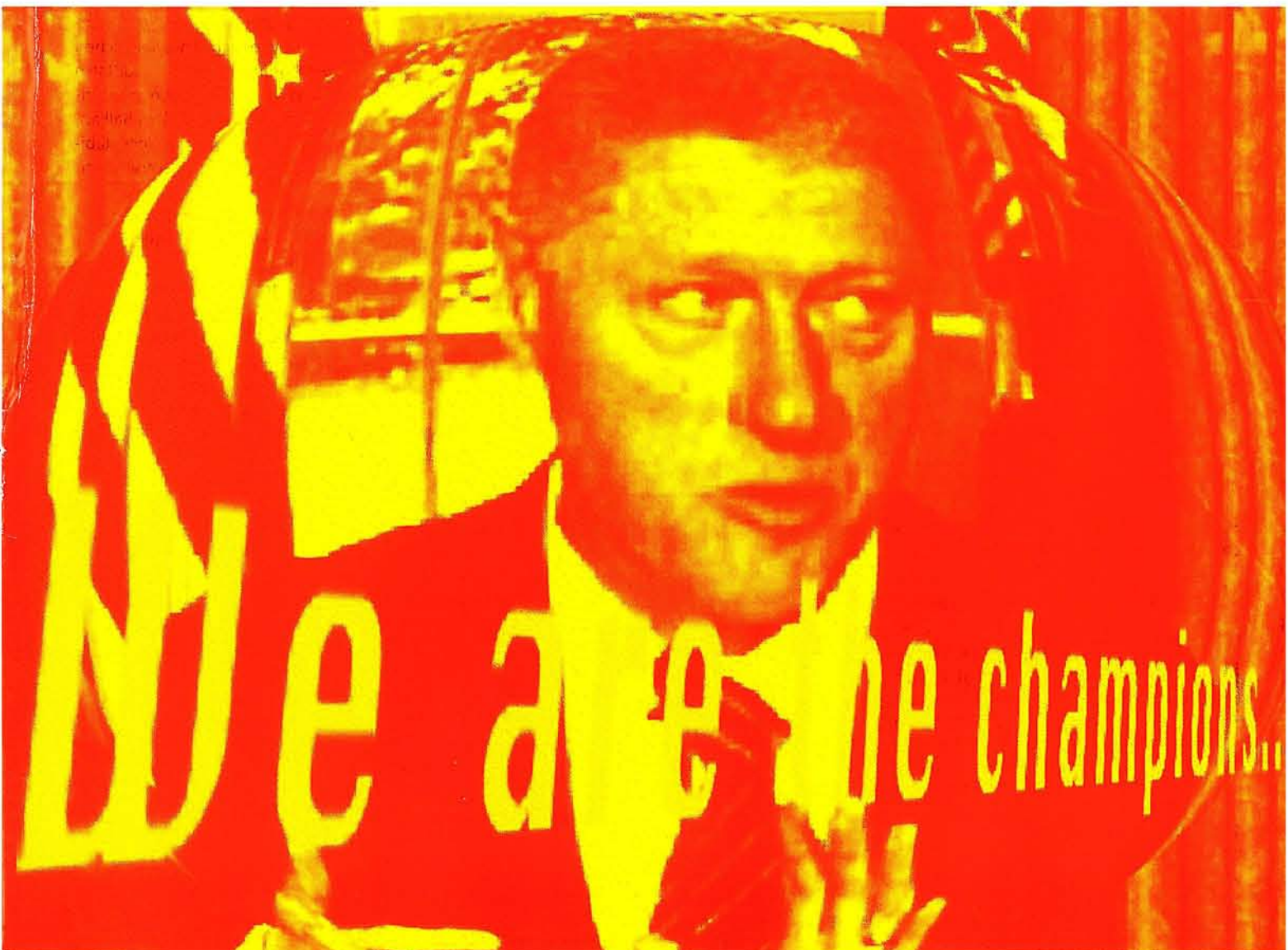
Heft 107

9,50 DM

Mai |

Juni 1999

SCHÖNE NEUE WELTORDNUNG



von Thomas Westphal

Der NATO-Krieg in Jugoslawien beherrscht alle Politik. Was als Blitzintervention zur Veranschaulichung der disziplinierenden Kraft der fünfzigjährigen NATO mit neuer Doktrin gedacht war, hat sich zu einer außen- und sicherheitspolitischen Farce mit unübersehbaren Folgen für die internationale Politik entwickelt. Mittlerweile befindet sich die NATO in der 8. Kriegswoche, die Ergebnisse sind verheerend. Die Vertreibung der Kosovo-Albaner ist nicht gestoppt worden, vielmehr wuchs der Strom der Flüchtlinge mit jedem Tag des NATO-Bombardements weiter an. Zivile Infrastrukturen in Belgrad, Novi Sad und anderen Städten sind zerstört. Unschuldige Serben wurden Opfer der Luftschläge. Die internationale Diplomatie zwischen den Großmächten wurde auf eine harte Probe gestellt. Schließlich wurde die UNO politisch entmachtet und das Gewaltmonopol der internationalen Gemeinschaft faktisch abgeschafft.

Die öffentliche Diskussion über diesen Krieg in unserem Land hat eine merkwürdige Schiefelage. Je unrealistischer die ursprünglichen Kriegsziele wurden, desto lauter, aggressiver und abstoßender wurde die politische Hochmoral zur Rechtfertigung dieses Krieges. Es entstand eine moralische Denkrichtung in unserem Land und in unserer Bundesregierung, die davon auszugehen scheint, dass der Krieg eine Art Vorverteidigung der westlichen Werte im Kosovo darstelle.

Um so mehr freuen wir uns - um nicht zu sagen, wir sind ein bißchen stolz darauf - dass wir unseren Leserinnen und Lesern mit dieser spw-Ausgabe etwas Exklusives bieten können. Der ehemalige bundesdeutsche Botschafter in Jugoslawien, Horst Grabert (Mitglied in der Berliner SPD), ein intimer Kenner der Geschichte und der Regierenden der

Balkan-Region, hat auf der jüngsten Frühjahrstagung der spw eine erstaunliche, präzise, nüchterne und zugleich aufrüttelnde Analyse der Konfliktstruktur auf dem Balkan und der westlichen Interessen in diesem Krieg vorgenommen. *Kurzum*: Wir sind froh darüber, dass wir in diesen Zeiten der politischen Verwirrung einen solchen Beitrag mit diesem Heft einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen können.

*

Die Grabert-Betrachtung macht aber auch deutlich, dass wir vor einer weitergehenden Herausforderung stehen, die mit einem Ende des Bombardements der NATO nicht erledigt ist. Wenn ich mir den Parteitag der Grünen vor Augen führe, so ertappe ich mich dabei, dass ich den aggressiv-hilflosen Pazifismus, der in letzter Instanz für eine entschiedene "So-geht-es-aber-nicht" Politik plädiert, für ebenso weltfremd und politisch bodenlos halte wie die moralisch bemäntelten Allmachtsträume der westlichen Allianz. Die real existierenden Grünen machen es ihrem Außenminister aber auch leicht, seine fehlerhafte Politik fortzusetzen. Innerhalb der sozial-demokratischen Partei sieht es da bekanntermaßen nicht viel besser aus.

Da ist es in diesen Tagen fast schon eine Erleichterung, wenn man Sätze liest wie: „Im Parteivorstand der SPD hat der Bundeskanzler auf die stark eingeschränkten Entscheidungsmöglichkeiten deutscher Souveränität in derartigen Bündnisfragen hingewiesen. Zweifellos sind die USA die NATO-Führungsmacht. Seit dem Ende der Blockkonfrontation mit der UdSSR machen sie davon ungenierter Gebrauch. Das ist unübersehbar. Eine Schere im Kopf ihrer Bündnispartner rechtfertigt das nicht. Soweit Schröders Mahnungen einen neuen deut-

schen Sonderweg grundsätzlich ablehnen, hat er recht. Soweit die außen- und sicherheitspolitische Verantwortung des Bundeskanzlers nach dem Grundgesetz in Rede stünde, muß daran erinnert werden, daß Willy Brandt die Ostpolitik dann nicht hätte unternehmen können. Diese war im Verhältnis zu den USA ein deutscher Sonderweg. Für den Frieden muß das möglich bleiben - auch in Kosovo. Denn wir sind ja Partner, nicht Vasallen.“

Ebenso richtig ist der nachdenkliche Hinweis: „Wer die Geschichte des Balkans seit dem Niedergang des osmanischen Reiches und seit dem Ende der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie im Bewußtsein hat, wird gegenüber jeder militärischen Intervention auf dem Balkan, deren Ziel die Herstellung eines stabilen Friedens ist, sehr skeptisch bleiben.“

Das erste Zitat stammt von Henning Voscherau, das zweite von Helmut Schmidt.

Beide stehen sicherlich nicht im Verdacht, Freunde oder gar Weggefährten dieser Zeitschrift zu sein, aber in diesen Tagen sind sie uns mit ihrer Auffassung von staatspolitischer Verantwortung näher als viele „Wertesozialisten“ besserer Tage, die heute einen militärischen Humanismus ohne Grenzen fordern.

*

Aber wir müssen wohl konstatieren, dass in der ganzen sozialdemokratischen Partei, incl. der kritischen Strömungen, Außenpolitik zur Nebensache geworden ist. Es müssen dicke Bretter gebohrt werden, um wieder von einem linken Internationalismus sprechen zu können.

Kurzum: Unsere Arbeit auf dem Feld der Außenpolitik endet nicht mit dem Einstellen des NATO-Bombardements, sie beginnt dann erst richtig. Dieses Heft ist ein Anfang.

spw

Herausgeber/Herausgeberinnen:
 Heinz Albrecht (Berlin) †
 Edelgard Bulmahn (Hannover)
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Katrin Fuchs (Verl)
 Christel Hanewinkel (Halle/S.)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Peter von Oertzen (Hannover)
 Horst Peter (Kassel)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:
 Uta Biermann
 Stefanie Gerszewski
 Barbara König
 Ralf Krämer
 Dirk Meyer
 Reinhold Rünker
 Claudia Walther
 Frank Wilhelmy
 Rainer Zugehör

Redaktionssekretär
 Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:
 spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Fresienstr. 26, 44289 Dortmund
 Telefon: 02 31 - 40 24 10 (Verlag)
 02 31 - 40 14 11 (Redaktion)
 Telefax: 02 31 - 40 24 16
 E-mail: verlag@spw.de
 redaktion@spw.de
 Internet: http://www.spw.de

Geschäftsführung:
 Olaf Schade
 Hans-Peter Schulz
 Joachim Schuster
 Alfred Voges

Konto des Verlages:
 Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw. erscheint mit 6 Hefen im Jahr
 mit 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 63,-
 (bei Bankeinzug DM 60,-)
 ermäßigtes Jahresabonnement
 für SchülerInnen, StudentInnen,
 Erwerbslose DM 55,-
 (bei Bankeinzug DM 52,-)
 Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.
 Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte per E-mail oder auf einer
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 1999
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
 vorbehalten

Ein Teil der Fotos in dieser Ausgabe unterliegt
 dem Copyright von www.arttoday.com

Internet: www.spw.de
 Gestaltet durch Koeln-Online
 und Markus Lauber

Titelfoto:
 Christian Kiel, Krefeld

Satz- und Gestaltung:
 Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:
 Nolte-Druck, Iserlohn
 1-3 Tausend, Mai 1999

INHALT

Thomas Westphal

kurzum 2

BONN APART

Frank Wilhelmy

Scheinselbständige Nachbesserungen 4

SOZIALDEMOKRATIE – WOHIN?

Marc Herter

Standort links! Nachbetrachtungen zum Juso-Bundeskongreß 1999 5

Bernard Pignero

Der „Dritte Weg“ und die sozialistische Tradition. Eine französische Sicht 7

spw-intern 11

EUROPA UND DIE LINKE

Petra Kodré

Die Entwicklung des Europäischen Sozialfonds 12

Frank Schauff

Russischer Nationalismus in rotem Tuch 15

Astrid Lorenz

Weißrußland: Bringt das neue Jahr den Wandel? 18

SCHÖNE NEUE WELTORDNUNG

Dirk Meyer

Schöne neue Weltordnung!? Einleitende Gedanken 22

Dieter S. Lutz

Der Krieg im Kosovo

Konsequenzen und Lehren für Europas Sicherheitsordnung? 24

Horst Grabert

Die vielen Gesichter des Krieges im Kosovo 27

Knut Krusewitz

Krieg gegen die Umwelt in Jugoslawien 35

Detlef Bimboes

Zündstoff Öl und Gas. Alter und neuer Krisenherd am Kaspischen Meer 38

Heidemarie Wiczorek-Zeul

Entwicklungspolitik als globale Strukturpolitik 43

Inka Wischmeier

Lomé 2000

Zwischen europäischer Markteroberungsstrategie
 und entwicklungspolitischem Impuls 47

SOLIDARITÄT ODER SPALTUNG?

Christoph Butterwegge

Was soll aus dem Wohlfahrtsstaat werden? 49

SOZIALISTISCHE POLITIK UND WIRTSCHAFT

Michael Krätke

Umbrüche in der kapitalistischen Weltwirtschaft
 und die Perspektiven der Linken, Teil 2 54

Scheinselbständige Nachbesserungen

Geringfügige Anmerkungen zur Beschäftigung
arbeitnehmerähnlicher Politiker

von Frank Wilhelmy*

Man kann nicht erst einen Niedriglohnbereich, nämlich den bis zu 630 DM, in das Sozialabgabensystem reintegrieren, um dann die Niedriglöhne über 630 DM von Sozialabgaben zu befreien oder zu entlasten.

Vielleicht wird später einmal – wenn es schlecht läuft – die Nachbesserungsdebatte um die Reformgesetze bei den 630-DM-Jobs und der Eindämmung der Scheinselbständigkeit als Wendepunkt in der Politik der rotgrünen Koalition eingeordnet werden können. Der Kosovo-Krieg ist es jedenfalls nicht und von Lafontaines Rücktritt weiß man nichts genaueres nicht.

Mit Wendepunkt ist hier gemeint die Verschiebung der Regierungs-Politik von einer sozialstaatlichen Gestaltung des rheinischen Kapitalismus hin zur sozialrhetorischen Bemäntelung einer „neo-neoliberalen“ Anpassungspolitik an die realen und vermeintlichen Imperative des „Nationalen Wettbewerbsstaates“. Beides liegt übrigens im breiten Kontinuum sozialdemokratischer Politik.

„Dann kann ich ja auch gehen ...“

Die offene Schlacht wird bislang vermieden. In der SPD-Bundestagsfraktion hat Schröder die bislang ruppigste Abfuhr erhalten, als die SPD-MdB's dem Arbeitsminister Riester zur Regelung der 630-DM-Jobs demonstrativ applaudierten. Der in einigen Medien kolportierte Wortwechsel zwischen dem Kanzler („Dann kann ich ja auch gehen...“) und einem unbekanntem Fraktionsmitglied („Dann geh doch...“) hat tatsächlich stattgefunden.

Erklärt werden muß jedoch jenseits des Fegefeuers der Eitelkeiten die Lust im Kanzleramt, zum politi-

schen Schaden in der Öffentlichkeit (und bei den Europa-Wahlen) auch noch regelmäßig Interpretationsmuster, Begründungen und Futter gegen die eigenen Reformgesetze beizusteuern.

Es ist kein Zufall, daß die beinahe täglichen Presseattacken zur Nachbesserung der 630-DM-Regelung parallel zur aktuellen Runde des Bündnis für Arbeit geritten werden. Da fehlen nämlich noch Erfolge und Konzepte. Deshalb meinten die Herren Chefberater, die Professoren Streeck und Heinze, vorpreschen zu müssen, und haben im „Spiegel“ ein unausgegorenes Plädoyer für die Einrichtung eines Niedriglohnsektors abgeliefert, der durch Übernahme der Sozialabgaben subventioniert werden soll.

Der Zusammenhang ist schnell klar. Man kann nicht erst einen Niedriglohnbereich, nämlich den bis zu 630 DM, in das Sozialabgabensystem reintegrieren, um dann die Niedriglöhne über 630 DM von Sozialabgaben zu befreien oder zu entlasten. Das wäre ein neues Stück aus dem Tollhaus. Deswegen muß zuerst die Praktikabilität der 630er Neuregelung durch allerlei Kritik, Prüfungen, Nachbesserungen, Ausnahmen, Klauseln und Durchführungsverordnungen desorganisiert werden, um dann freie Bahn für die Niedriglöhne mit Subvention zu erhalten.

Streeck und Heinze sind nicht die einzigen, die das Aufgehen der 630-DM-Regelung in einer subventionierten Niedriglohnpolitik vorschlagen. Dies haben vor Ihnen die rheinland-pfälzische Landesregierung (das „Mainzer Modell“) getan, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die notorischen Clement und Simonis und einige „Experten“ in der SPD-Fraktion.

„Dann geh doch ...“

Die Schlacht ist jedoch nicht entschieden: Einerseits gibt es Widerstand in der Fraktion. Weniger in der Sache – es gibt schlicht noch keine Meinungsbildung „Niedriglohnsektor“ in der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales – aber im Sinne des Gefühls, nicht ständig der Dumme August im Wahlkreis zu sein: Die Reformen verteidigen und dann von denjenigen, die man verteidigt, desavouiert zu werden.

Andererseits gibt es widerständigen Sachverstand im Arbeitsministerium. Es existiert ein internes, knochentrockenes Papier zur „Verbesserung der Beschäftigungs-

chancen von Geringqualifizierten“, das lakonisch die Verheißungen einer Niedriglohnstrategie im Rahmen expandierender Dienstleistungen widerlegt. Da wird darauf verwiesen, daß unter den Rahmenbedingungen „einer insgesamt rückläufigen Erwerbstätigkeit“ auch die „Beschäftigung von Geringqualifizierten kaum erhöht werden“ könne. Da wird die Mär einer Dienstleistungslücke in Deutschland relativiert, da wird auf mangelnde kaufkräftige Nachfrage hingewiesen, das Gerede von der Verletzung des „Lohnabstandgebotes“ empirisch widerlegt. Und da wird exemplarisch gezeigt, daß es ja bereits einen großen Niedriglohnsektor im Dienstleistungsbereich gibt: 6,70 DM brutto (!) die Stunde gibt es für Gesellen im Friseurhandwerk in Sachsen-Anhalt, 9,51 DM in der privaten Hauswirtschaft in NRW. Am wichtigsten jedoch ist der Hinweis auf den immensen Finanzierungsbedarf der diskutierten Lohnsubventionsmodelle.

Und an dieser Stelle kommt der Finanzminister ins Spiel. Ironischerweise wird ausgerechnet die Sparattacke Eichels, der mehr als 30 Milliarden im Haushalt sparen bzw. beschaffen muß, und die den Sozialstaat sicher kratzen wird, den Niedriglohnsspekulationen mehr den Boden wegziehen, als es die besten Argumente könnten.

Je nach Rechnung würden nämlich z.B. die Streeckschen Vorschläge 15 bis 30 Mrd. DM zusätzlich kosten – und zwar vor allem den Sozialhaushalt. Und dafür würden selbst die radikalsten Maßnahmen nicht hinreichen. Die von einigen mittlerweile genannte Streichung der Arbeitslosenhilfe nicht, das Zusammenhauen der ABM nicht, das Nichtverlängern des Jump-Programmes für Jugendliche nicht und Rentenkürzungen schon gar nicht. Abgesehen von der Explosionswirkung solcher „Alternativen“.

So wird die Entscheidung in der Schwebe bleiben. Das SPD-Präsidium plädiert vermeintlich salomonisch für ein paar Pilotprojekte. Daß es so etwas bereits gibt, eine bis 31.12. 2002 befristete Experimentierklausel für Kombilöhne bei Hilfeempfängern (§ 18 Abs. 5 BSHG) interessiert da nicht weiter. Solange experimentiert wird, wird nicht reformiert. Denn wenn reformiert wird, dann, Gnade Gott, wird wieder nachgebessert...

spw

* Politikwissenschaftler, Bonn, Mitglied der spw-Redaktion

Die folgenden Nachbetrachtungen zum Juso-Bundeskongreß stellen eine Sicht aus der Perspektive der Juso-Linken dar. Im folgenden Heft werden weitere Beiträge zur Lage und den Perspektiven der sozialistischen Linken bei den Jusos und in der Sozialdemokratie folgen. Als wichtige inhaltliche Grundlage für eine solche Debatte weisen wir nochmal auf das in der letzten spw dokumentierte Strategiepapier der Juso-Linken hin.

Die spw-Redaktion

Im Nachgang zum letzten Juso-Bundeskongreß fragte Ulf-Birger Franz in der spw 3/98 eher optimistisch, ob die Jusos „am Beginn einer neuen Ära“ stünden. Er verwies dabei darauf, daß „der Essener Bundeskongreß gezeigt habe, daß die Jusos in ihrer breiten Mehrheit für einen Prozeß linker Neuformierung zur Verfügung stehen.“ Ein Jahr später und einen Bundeskongreß weiter ist die Frage zumindest noch immer nicht positiv beantwortet: eine neue Ära, gekennzeichnet durch einen von einer breiten Mehrheit des Verbandes getragenen Prozeß einer linken Neuformierung, ist im Verlauf des letzten Jahres (noch) nicht angebrochen.

Dabei hätte die veränderte Lage, hätten der Machtwechsel mit ausgebliebenem Politikwechsel, die vorzeitige Lafontaine-Kapitulation und der rot-grün abgesegnete Kosovo-Einsatz, Grund genug sein können, zumindest die bestehende linke Mehrheit zu einer konsequenten Positionierung der Jusos entlang der gesellschaftlichen Konfliktlinien zu nutzen. Die Bündelung dieser linken Kräfte im Verband und die Formulierung von konkreten Initiativen für eine fortschrittliche Politik auf dieser überschaubaren, aber handlungs- und mehrheitsfähigen Basis hätten es ermöglichen können, den Bundeskongreß in Leipzig zum Kristallisationspunkt linker Kritik und Gegenmacht zum Kurs der Bundesregierung zu machen. Um es vorwegzunehmen: auch dies gelang in Leipzig (noch) nicht.

Der Verband vor Leipzig

Wahlbundeskongresse entwickeln ihre Dynamik gewöhnlich nicht erst im direkten Vorfeld der Tagung, sondern schon die Wochen und Monate davor dienen dazu, Mehrheiten zusammenzuschieben und Bündnisse und Fronten zu klären. Das Ritual begann wie üblich damit, daß alle Teile des Verbandes ein Ende der üblichen Juso-Rituale beschworen, freilich immer mit dem dezenten Hinweis verbunden, die jeweils andere Seite füh-

re die ihren fort. Der Planet Jusos begann sich mal wieder um sich selbst zu drehen.

So war es denn allein die Juso-Linke, die frühzeitig ihre Karten auf den Tisch legte. Ein Diskussions- und Strategiepapier (in großen Teilen dokumentiert in spw 2/99) bildete den Auftakt. Es folgten frühzeitige Personalvorschläge, von denen an dieser Stelle nur Benny Mikfeld, bis vor kurzem Juso-Bezirksvorsitzender Westliches Westfalen sowie Mitglied im SPD-Parteivorstand, als Nachfolger von Andrea Nahles im Bundesvorsitz genannt werden muß. Ebenso frühzeitig wurde ein Entwurf für ein Arbeitsprogramm vorgelegt, gekoppelt mit der klaren Bereitschaft, es als Grundlage für einen gemeinsamen Entwurf der linken Teile des Verbandes zu nutzen. Unser Anspruch war, als Juso-Linke verstärkt Verantwortung für den künftigen Kurs des Bundesverbandes zu übernehmen und den Erneuerungsprozeß einzuleiten. Unser Ziel war, ein strategisch-inhaltliches Projekt als Bezugspunkt für die linken Teile des Verbandes zu formulieren und dadurch eine produktive Debatte um die Zukunft der Jusos einzuleiten.

Drei wesentliche Linien kennzeichnen ausgehend von dem erwähnten Diskussionspapier den Arbeitsprogramm-entwurf:

- Eine Politik der kritischen Solidarität zur Regierung, mit der die Jusos ihre Eingriffsfähigkeit in aktuelle politische Debatten und ihre Initiativefähigkeit gegenüber der Regierung stärken wollen.
- Die Einleitung einer „sozialistischen Zukunftsdiskussion“, mit dem Ziel über eine Weiterentwicklung unserer Programmatik die (Neu-) Profilierung der Jusos als sozialistischer und feministischer Richtungsverband nach innen wie nach außen zu erreichen.
- Die Erneuerung der Verbandsarbeit.

Zusammengefaßt zu dem Entwurf einer „erweiterten“ Kampagnenorientierung ging es so darum, die Jusos

Standort links!

Nachbetrachtungen zum Juso-Bundeskongreß
1999

von Marc Herter*

entlang der gesellschaftlichen Konfliktlinien zu positionieren und strategische Reformfelder für die programmatische Weiterentwicklung des Verbandes zu benennen. Die Überlegungen im einzelnen aufzuzählen, würde an dieser Stelle zu weit führen, deswegen sei auf das in der spw 2/99 dokumentierte Grundlagenpapier verwiesen.

Wie so oft wurde dieser Aufschlag als Anlaß zu einer Gegenbewegung genutzt. Nicht daß gravierende Kritikpunkte an dem vorgelegten Papier, geschweige denn ein alternativer Programm-entwurf, von den Kritikern präsentiert worden wären. Der gemeinsame Kern der Kritik beschränkte sich auf die übliche verbandszentrierte Nabelschau und fand ihre Zuspitzung in der Forderung nach mehr „Integration der Verbands“.

Die Juso-Linke hat sich dem Prozeß einer weitergehenden Verbandsintegration nicht verschlossen, war aber aus zwei Gründen skeptisch: Zum einen müssen die Jusos die Analyse, die sie im Bezug auf die Rechtswende der Sozialdemokratie vornehmen, zumindest in ihrer Tendenz

Das Ziel der Juso-Linken war, ein strategisch-inhaltliches Projekt als Bezugspunkt für die linken Teile des Verbandes zu formulieren und dadurch eine produktive Debatte um die Zukunft der Jusos einzuleiten.

* Marc Herter, Hamm, Juso-Bezirksvorsitzender Westliches Westfalen

Benjamin Mikfeld

Foto: Christian Kiel (Krefeld)



auch für den eigenen Verband gelten lassen: Es ist so nur ehrlich, nicht auch noch die Hombach-Jünger mitnehmen zu wollen. Zum anderen gehört zu einer echten Verbandsintegration im Sinne einer Formierung einer breiten linken Mehrheit mehr als die recht deterministisch anmutende Festschreibung ihrer Notwendigkeit in einem gemeinsamen Arbeitsprogramm: Eine solche Formierung wäre ein mögliches Ergebnis eines zielgerichteten Prozesses im Zuge der „Sozialistischen Zukunftsdiskussion“.

Ein Ansatzpunkt für den Prozeß einer möglichen Formierung ist mit der Neufassung des Arbeitsprogramms auf der Grundlage des beschriebenen Juso-Linken Entwurfs gelungen, welche schließlich mit großer Mehrheit verabschiedet wurde

Eine linke Mehrheit: Klare Verhältnisse im neuen Bundesvorstand

Die persönliche Vorstellungsrede, in der Benny Mikfeld seine Einschätzung der strategischen Lage der Linken im allgemeinen und der Jusos im besonderen klarstellte und seine Anforderungen an den sozialistischen und feministischen Richtungsverband Jusos formulierte, wurde von nahezu allen Teilen des Verbandes mit großem Beifall bedacht. Eine Einigkeit, die schon die Personaldebatte widerlegten sollte. So waren es denn doch nur 148 Delegierte oder 50,68%, die ihr Kreuz bei „Ja“ machten, und so Mikfeld immerhin schon im 1. Wahlgang – für Juso-Bundeskongresse eher ungewöhnlich – zum neuen Bundesvorsitzenden der Jusos wählten.

Neue Bundesgeschäftsführerin der Jusos wurde mit einer etwas breiteren Mehrheit von 176 zu 89 Stimmen bei 25 Enthaltungen Jessica

Wischmeier (Mittelrhein). Als stellvertretende Bundesvorsitzende kompletieren Tanja Breuer (Rheinland-Hessen-Nassau), Barbara Gersmann (Hannover), Bettina Kohlrausch (Mittelrhein), Heiko Kretschmer (Hamburg), Gunilla Landen (Niederrhein), Axel Oppold (Sachsen-Anhalt), Tanja Seibert (Saarland) und Jürgen Renner (Saarland) den neuen Bundesvorstand, wobei Wischmeier, Gersmann, Kohlrausch und Oppold auf dem „Tikket“ der Juso-Linken liefen. Zum neuen IUSY-Vize-Präsidenten wurde außerdem Niels Annen (Hamburg) mit großer Mehrheit nominiert. Damit zeichnet sich eine deutliche linke Mehrheit ab, auf die sich der neue Bundesvorsitzende stützen kann und die insbesondere die Gewähr dafür bieten müßte, daß die im Arbeitsprogramm formulierten Vorhaben ohne die üblichen Kongreßnachwehen in Angriff genommen werden können.

Leipziger Allerlei – Die Antragsberatung

Das Antragsbuch war dann doch eher das einer Oppositionsjugend geblieben: Aufgüsse von jahrelanger Juso-Arbeit versammelten sich dort neben den üblichen Fachanträgen zu dieser oder jener Fragestellung. Nicht daß diese keine Relevanz hätten, aber dem selbst gesteckten Ziel, auch inhaltliche Kristallisationspunkte in der Auseinandersetzung mit der rot-grünen Bundesregierung setzen zu wollen, wurde man dadurch kaum gerecht.

Allein die initiative Auseinandersetzung mit dem Balkankrieg und eine eher allgemeine Zwischenbewertung der bisherigen Politik der rot-grünen Bundesregierung konnten für sich den Anspruch verwirklichen, in aktuelle Debatten Position zu beziehen. In der Kosovo-Debatte gelang es, die ablehnende Haltung zum NATO-Krieg mit der Formulierung von Eckpunkten für eine politischen Lösung und der Beschreibung des Rahmens für eine zukünftige friedenspolitische Diskussion bei den Jusos zu verbinden. Der entsprechende Initiativantrag (zu beziehen als Download unter: www.spd.de/jusos/aktuell/buko.htm), dessen Hauptpunkt die entsprechende Aufforderung an die Bundesregierung ist, auf die NATO dahingehend einzuwirken, ihre Bombardements umgehend einzustellen, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Vergleichsweise nur an der äußeren Hülle kratzend bewegte sich die

Auseinandersetzung mit der Bundesregierung weitgehend jenseits einer tiefergehenden Auseinandersetzung mit der von Schröder, Hombach und Co. forcierten Debatte um den Dritten Weg als zukünftigen Entwicklungspfad der Sozialdemokratie. Immerhin gelang es aber, eine gemeinsame Agenda für das Eingreifen der Jusos bis zum Dezemberparteitag der SPD und eine Reihe von konkreten Initiativen zu verabreden.

Doch vor einer neuen Ära?

Zurückkehrend zur Ausgangsfrage: Markiert dann vielleicht dieser Bundeskongreß den Beginn der neuen Ära? Betrachtet man es von der geradezu penetranten Verwendung des Wortes „Integration“ her, so sind zumindest alle guten Willens. Betrachtet man die inhaltliche Substanz des Bundeskongresses, so wird man zumindest skeptisch sein müssen, ob der Sprit im Tank reicht, um die vor den Jusos liegenden Aufgaben erfolgreich zu bewältigen. Immerhin geben schließlich die klaren Verhältnisse nach der Neuwahl des Bundesvorstandes sowie das strategisch wie inhaltlich ambitionierte Arbeitsprogramm Anlaß zur Hoffnung. Die Voraussetzung ist allerdings, daß all diejenigen, die im Vorfeld von Leipzig so großen Wert auf eine gemeinsame Verbandsarbeit gelegt haben, dies nicht mit dem Ende des Kongresses schon wieder vergessen haben.

Als erster Test, wie weit die Kooperationsbereitschaft der verschiedenen Verbandsteile reicht, können die angesprochenen Verabredungen zur Vorbereitung des Dezember-Parteitags gelten. Von der gemeinsamen Entwicklung und Inszenierung unserer Lösungsansätze unter den Schlagwörtern „Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“, „Gerechte Steuerreform“, „Alternativen zum Niedriglohnsektor“ und „Friedensmacht Europa“ wird es entscheidend abhängen, ob es gelingt, die Jusos als eine ernstzunehmende, linke, kritisch-solidarische Kraft innerhalb der Sozialdemokratie zu profilieren. Gemeint sind damit aber nicht die üblichen Spiegelstrichfechtereien, sondern die konstruktive Erarbeitung von vier ausstrahlungsfähigen Initiativen und deren kampagnenmäßige Verankerung in der Partei und weit darüber hinaus; das wäre dann in der Tat ein Bruch mit Verbands-Ritualen und würde vielleicht den Beginn einer neuen Ära markieren.

spw

Englands Premier Tony Blair, dessen Sieg 1997 einen Wendepunkt in der politischen Situation in Europa bedeutet hat, bemüht sich seitdem, innerhalb der Sozialistischen Partei Europas (SPE) eine neue Strategie für die europäische Linke durchzusetzen. Der „Dritte Weg“, der sich auf eine neue politische Orientierung stützt, definiert die Bündnispolitik der Sozialdemokratie neu.

In England folgte die Rückeroberung der Macht auf die Thatcher/Major-Ära, deren Konservatismus sich im allgemeinen mit einem dogmatischen Liberalismus, sowohl auf wirtschaftlicher als auch auf sozialer Ebene, verbündete. Diese Rückeroberung fand statt, nachdem die Labour-Partei eine politisch-ideologische und tiefe strukturelle Veränderung durchgemacht hatte, aus der „New Labour“ geboren wurde. Unsere Absicht ist es hier nicht, die Ursachen und Gründe dieser Entwicklung zu analysieren; es sei nur soviel gesagt, daß die Labour Partei ohne Zweifel diejenige unter den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in Europa war, die bis zu diesem Zeitpunkt ihren historischen Wurzeln am nächsten stand. Hierzu gehört vor allem der „Trade-unionismus“. Nachdem die Gewerkschaften unter der Thatcher-Regierung Niederlagen erlitten hatten, begründeten sie mit ihrem außerordentlichen Gewicht auf den Parteitagen von Labour eine Veränderung des Organisationsmodus der Partei. Der Opportunismus von Tony Blair bestand darin, sich an der Spitze dieser Auseinandersetzung zu bewegen, um sie mit einem bedeutsamen Wechsel der Orientierung und sogar der politischen Philosophie anzureichern.

Seitdem bringt Tony Blair seine Orientierung ständig innerhalb der SPE und der Sozialistischen Internationalen (SI) voran, wobei er von den ihm günstigen Umfragen „gedopt“ ist und glaubt, dauerhaft regieren zu können, da sich die englische Rechte zwischen Euro-Skeptikern und Euro-Euphorikern gespalten in der politischen Krise befindet.

Er, Tony Blair, hat bei dieser Vorgehensweise einen gewissen Erfolg erzielt. Zeugnisse dafür sind die Konstituierung des „Olivo“ in Italien und das Auftauchen des Themas „Neue Mitte“ in Deutschland, das von Gerhard Schröder im Bundestagswahlkampf 1998, in den Vor-

dergrund gestellt wurde. In gewisser Weise rührt dieser Erfolg aus der Tatsache, daß diese Strategie theoretisch behandelt wird und einen passenden Rahmen zu den bereits vorhandenen Strategien einiger europäischer sozialdemokratischer Parteien bildet, die, wie in Österreich, ein Koalitions-Bündnis mit bürgerlich-konservativen Parteien betreiben.

Der „Dritte Weg“: gegen die Geschichte

Auf den ersten Blick schmückt sich der „Dritte Weg“ mit Vorteilen: Modernität, Ehrlichkeit und Kohärenz kennzeichnen ihn. Und diejenigen, die dagegen sind, gelten als altmodisch, unrealistisch und archaisch. Sie würden gegen den Strom der Geschichte rudern und sich an ideologische Prämissen klammern. Und diese ideologischen Vorannahmen würden nur zu vorprogrammierten Desastern führen.

„Bevor man die Waffen abgibt“, so heißt ein französischer Spruch, „muß man die Schlacht führen“. Nachdem die politische Vorgehensweise Tony Blairs hier skizziert und ihre vielfältigen Konsequenzen deutlich gemacht wurden, werden wir zeigen, daß diese Konzeption keine Zukunft hat, weil sie gegen die politische Geschichte steht, vor allem gegen die der französischen Sozialistischen Partei. Die politische Vorgehensweise von New Labour basiert auf einer falschen Konzeption des Internationalismus, der das älteste Fundament des Kampfes der organisierten Arbeiterbewegung ist. Der Denkweise von Tony Blair liegt nämlich die Pseudo-Feststellung zugrunde, daß mit dem Fall der Mauer sich nicht nur die Konfrontation der beiden Supermächte erledigt habe, sondern daß diese auch das Ende der historischen Schlacht zwischen den beiden während der Industrialisierung im 19. Jhd. entstandenen Modelle bedeutet habe: einerseits des wissenschaftlichen Sozialismus, der schon besiegt worden sei, andererseits des Kapitalismus, der in seinem aktuellen Stadium des transnationalen finanziellen Kapitalismus gesiegt habe. Die Logik der Märkte habe sich in der gesamten wirtschaftlichen Sphäre durchgesetzt. Die sozialdemokratische Bewegung habe im Sinne dieser Feststellung nur die historische Mission, die gewalttätigen Wirkungen des Kapitalismus als unüberwindbarem Hori-

Der „Dritte Weg“ und die sozialistische Tradition

Eine französische Sicht

von Bernard Pigneron*

zont der Geschichte zu korrigieren durch Regulierungen des freien Marktes.

Ohne in den entgegengesetzten Fehler der extremen Linken zu verfallen, ist es notwendig zu verdeutlichen, inwieweit diese Konzeption die Sozialdemokratie historisch kastriert. Wenn diese noch den Wandel im Munde führt, so handelt es sich nicht mehr um eine Veränderung der Gesellschaft, sondern um einen innergesellschaftlichen Wandel, der gut mit dem Zitat von Lampedusa im Film „Der Gepard“ getroffen werden kann: „Sie wollen, daß sich alles bewegt, damit sich nichts verändert.“

Blick über den Atlantik

Diese politische Haltung hat die direkte Konsequenz, das Wirkungsfeld der Sozialdemokratie auf der internationalen Arena zu begrenzen. Die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien haben auf dem europäischen Kontinent seit Ende des 2. Weltkriegs in den Phasen, in denen sie regiert haben, innerhalb der nationalstaatlichen Räume gezeigt, daß sie mit der Komplexität der Gesellschaften umzugehen, die Sehnsüchte nach Veränderung zu regulieren und die Modernität zu fördern wußten.

In den USA und auf dem nordamerikanischen Kontinent allgemein führte die Schwäche der Sozialdemokratie dazu, daß die Regenbogenkoalitionen und die Demokratische Partei von Bill Clinton die Missionen erfüllen, die Tony Blair der Linken aufträgt. Ein solches Bündnis

Der „Dritte Weg“, der sich auf eine neue politische Orientierung stützt, definiert die Bündnispolitik der Sozialdemokratie neu.

* Bernard Pigneron arbeitet am Conseil d'Etat in Paris und ist Sprecher der Gauche Socialiste in der Sozialistischen Partei Frankreichs.

Foto: Christian Kiel (Krefeld)



Dem transnationalen finanziellen Kapitalismus entspricht die Notwendigkeit der Entstehung einer Sozialdemokratie der globalen städtischen Zivilisation.

verschweigt die Tatsache, daß es eine Kapitulation vor dem amerikanischen Imperialismus darstellt, und hat Konsequenzen für den gesamten südamerikanischen Kontinent. In gewisser Weise – auch wenn er zum Schmunzeln anregt – illustriert der kommerzielle Konflikt zwischen Europa und den USA über die Banane deutlich die Widersprüche, in die uns Tony Blair eintauchen läßt. Die USA hatten in ihren Anfängen eine Konzeption des Protektionismus, die sich auf die Gesamtheit der Interessen der amerikanischen Großunternehmen der Welt erstreckte. Und wenn man sich dann fragt, warum der US-Senat mehr und mehr Sanktionen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und Gesetze im Alleingang verabschiedet, so liegt das vielleicht daran, daß sich die USA als Weltpolizei betrachten – vielleicht gerechtfertigterweise, das ist hier jedoch nicht die Frage. Der engli-

sche Kniefall vor den USA wird um so widersprüchlicher, je mehr Europa sich als wirtschaftliche und politische Macht entwickelt.

Die Thesen von Tony Blair passen nicht zur Realität der Welt, die mit der Globalisierung der Wirtschaft eine Zunahme des Risikos von Zusammenstößen verschiedener Formen des Imperialismus erlebt.

In den USA wurden bereits in den 20er bis 50er Jahren die drei Kriterien von New Labour angewendet. Damals war die Situation von unabhängigen nationalstaatlichen Entwicklungen geprägt. Nun ist die Frage, ob diese Strategie, die damals dem ungleichen Entwicklungsstadium der Wirtschaften entsprach, auch heute angewendet werden kann. Das Gegenteil ist jedenfalls nicht ausgeschlossen. Sowohl Australien, Südostasien als auch Südamerika haben inzwischen eine industrielle Startphase und zu-

gleich das Entstehen von urbanen Metropolen erlebt.

Dies hat meiner Meinung nach eine Homogenisierung der politischen Aufgaben der sozialdemokratischen Parteien auf den meisten Kontinenten zur Konsequenz. Dem transnationalen finanziellen Kapitalismus entspricht die Notwendigkeit der Entstehung einer Sozialdemokratie der globalen städtischen Zivilisation. Deren Aufgaben müßten auf eine Überwindung der gegenwärtigen Gesellschaften zielen und haben nichts mit den Prinzipien der „good governance“ zu tun, in denen sich „New Labour“ gefällt. Ausgehend von diesem Ansatz ist die Ausarbeitung eines politischen Programms eine dringende Notwendigkeit. Solange die politische Orientierung der Sozialdemokratie zweideutig ist, bleibt die Praxis der nationalen Parteien innerhalb der Regierungen und vor allem die der europäischen Kommission Ort von faulen Kompromissen. Die finanzielle und wirtschaftliche Globalisierung einerseits sowie die starke Integration der Sozialdemokraten, die an 11 der 15 Regierungen in der EU beteiligt sind, andererseits zeigen, daß eine sozialistische, in der Sozialbewegung verankerte Transformation derzeit nicht mehr möglich ist.

Was bleibt von der Sozialdemokratie?

Wenn die aufgezeigten Bemühungen nicht programmatisch und organisatorisch wie strukturell angegangen werden, ist zu befürchten, daß sich der Blairismus auf ganzer Linie durchsetzen wird. Was dann von der Sozialdemokratie noch bleibt, würde man in Frankreich mit der Metapher „kriechender Hund am Laufe des Wassers“ bezeichnen. Alle bisherigen historischen Erfahrungen zeigen nämlich, daß sich die Sozialdemokratien dann von diesem Strom mitreißen lassen. Und dieser Strom entfernt die Sozialdemokratie von der Mehrheit des Volkes.

Heute können sich die Sozialistische Internationale und ihre Mitgliedsparteien nur durch eine Referenz an sozialdemokratische Grundprinzipien ihren ursprünglichen Ambitionen entsprechend als Führung für die gesamte Menschheit darstellen. Die Stärke des Motors der Geschichte, nämlich des Klassenkampfes, von dessen Nichtexistenz man uns überzeugen will, ist so stark, daß sie den europäischen

und französischen Sozialisten erlaubt, ihre Fehlschläge zu überwinden. Und genau das versucht Tony Blair zunichte zu machen, wenn er theoretisch begründet, den Rückzug zu managen und das Bündnis in der Mitte um einen „3. Weg“ aufzubauen. Dabei war die Grundrichtung immer die fruchtbare Orientierung an der Utopie und dem „Prinzip Hoffnung“, so wie Ernst Bloch und Jacques Droz mit dem „Prinzip Hoffnung“ den Massen eine radikale Veränderung in ihren Lebensbedingungen in Aussicht stellten.

Nachkriegssozialdemokratie und Stalinismus

Seit 1946 erklären sich die Sozialistischen Parteien Europas zu den Erben des Reformismus. Die Hoffnung auf Veränderungen der sozialen Verhältnisse verwirklicht sich nur marginal. Die Hoffnung liegt, wie an der Wende der 70er Jahre, trotz des Traums von einem „Morgenrot“ als heftigem revolutionärem Umbruch, letztendlich auf einem parlamentarischen Machtwechsel innerhalb der demokratischen und pluralistischen Staaten. Diese Auffassung des sozialen Kampfes hat sich nach der Teilung von Jalta nicht nur in Westeuropa, sondern auch in Israel und in Japan durchgesetzt. Jedoch kann keiner verleugnen, daß es sich dabei um eine Weiterführung der breiten Bewegungen der Emanzipation der Individuen und der Gesellschaften handelt, die seit dem Mittelalter bestehen, zunächst durch die Renaissance in Erscheinung traten und dann den ersten Erfolg in der Französischen Revolution und der Konstituierung der Republik im Rahmen der Nationalstaaten erkämpften.

Der Stalinismus hat als dramatischer Verrat einen Schlußstrich unter diesen Prozeß gesetzt, in dem er die transformative Energie der Arbeiter von ihrem emanzipatorischen Ziel umgelenkt hat auf die Verteidigung eines einzigen Landes und seiner Bürokratie. Die revolutionäre Bewegung, die von dem Ufer der Seine ausgegangen war, ist am nachhaltigsten in einem Gulag am Ufer des Amors auf Grund gelaufen. Aber die Zwangsjacke des entarteten Sowjetismus hat auch Konsequenzen für den Reformismus nach dem 2. Weltkrieg. 1946 fand der Wiederaufbau der SI auf der Basis des Widerstandes gegen den Kommunismus statt. Ein literarischer

Zeuge dafür ist das Werk von George Orwell.

Durch aus dem Krieg und dem Widerstand zum Faschismus und Nationalsozialismus entstandene Einflüsse auf die Arbeiterbewegung nährte sich diese auch aus anderen humanistischen oder religiösen Elementen, für die die soziale Gerechtigkeit selbst Zielsetzung und sogar Totalität ihres politischen Programmes darstellt. Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts ist also durch eine neue Ausarbeitung der politischen sozialen Philosophie der Sozialisten gekennzeichnet. Ihre Theoretiker wollten dabei zwei Klippen umschiffen: die des Kommunismus und die des Konservatismus. Neue Mittelklasse und moralische Prinzipien sind hier verbindende Elemente.

Doch dadurch begrenzte die Sozialdemokratie ihre eigene Zielsetzung:

1. Sie setzt nicht mehr auf die radikale Umgestaltung der Gesellschaft, sondern auf Vollbeschäftigung.

2. Sie befürwortet nicht mehr die gemischte Planwirtschaft, sondern ein besseres Management. Kurz gesagt, verdrängten Keynes und Schumpeter die Ansätze von Marx und Rosa Luxemburg.

Die oben in Erinnerung gebrachte Entwicklung ist mit dem Entstehen der europäischen Idee vollendet. Schon während deren Anfängen wurde mit den rechten Parteien ein Kompromiß dazu im Namen des Friedens geschlossen. Die Sozialdemokraten meinen, daß sich auf europäischer Ebene die Perspektive einer sozialen politischen Demokratie ausdrücken soll und daß in den europäischen Instanzen praktische Lösungen zu den gewünschten Reformen angestrebt werden.

Von der auferstandenen französischen PS

Vor dem Hintergrund der 60er Jahre mit ihrem Ende der Wirtschaftswunderphase sowie der Außenpolitik der USA, die als militärisches „Rollback“ zu bewerten ist, kann das Wiederauftauchen der sozialdemokratischen Linken als Reaktion auf einen auf die Moral begrenzten Sozialismus verstanden werden. Die französische Parti Socialiste (PS), die als Spätwirkung des Mai 1968 in Epinay sur Seine 1972 gegründet wurde, brachte 10 Jahre später die Präsidentschaft von Francois Mitterrand 1981 hervor, und spielte seit-

dem eine führende Rolle im Land, trotz kurzen politischen Machtwechseln zugunsten der Rechtsparteien.

Aber um dies zu erreichen, hatte die PS sich sozusagen aus der Asche der SFIO (Section Francaise de l'Internationale Ouvriere – Französische Sektion der Zweiten Internationalen) herausentwickelt, die fast alle Orientierungen der europäischen Sozialdemokratie der Nachkriegszeit ausgeschöpft hatte.

Die im Verhältnis zu den nordeuropäischen Sozialdemokratien unterschiedliche historische Entwicklung der SFIO ergibt sich aus der Existenz einer mächtigen kommunistischen Partei (PC), die über starke gewerkschaftliche Stützpunkte verfügt. Schon direkt nach dem Krieg war der Antikommunismus der SFIO zugleich das Rückrat als auch ein Signal an die rechten Parteien. So verfügte beispielsweise im August 1945 in der Nationalversammlung die PCF über 158 Sitze, und die SFIO über 142 Sitze. Dennoch bildet die SFIO keine Volksfrontregierung auf Basis dieser Mehrheitskonstellation in der Abgeordnetenversammlung, sondern eine Drei-Parteien-Mehrheit durch das Abkommen mit den Christdemokraten der MRP (Mouvement des Republicains Populaires). Dies bildete eine strategische Achse ihrer Bündnisse während der ganzen Zeit der vierten Republik (1945-48).

Selbstverständlich hat sich diese strategische Union nach 1947 durch die Spannungen des kalten Krieges gefestigt. In Frankreich war die PCF mächtig. Von 20 – 25% der Wählerschaft getragen, wurde sie jedoch am Rande des politischen Spiels marginalisiert. So lehnte beispielsweise Pierre Mendes-France es ab, die Stimmen der kommunistischen Abgeordneten bei der Abstimmung über seine Ernennung als Premierminister 1954 hinzuzuziehen.

Seit Ende der 40er Jahre entstand unter verschiedenen Formen eine politische Bewegung der radikalen Linken. Nach mehreren Verzögerungen hat sich diese Linke zwischen 1958 und 1962 wieder außerhalb der SFIO in Opposition zum Gaullismus aufgebaut.

Die Parti Socialiste, die zwischen 1969 und 1971 zum Vorschein kam, resultiert aus der Fusion einer neuen Linken in Opposition zu den traditionellen Parteien,

In gewisser Weise war die französische Linke unmittelbar nach dem Krieg diejenige, die auf europäischer Ebene am weitesten bereits die Strategie der „Neuen Mitte“ realisiert hatte.

Der Krieg im Kosovo:



Rossana Rossanda: Wir treuen Seelen des Pazifismus; Noam Chomsky: Die Bombardierungen – Hinter der Rhetorik; Theodor Bergmann: Neudeutscher Imperialismus; Joachim Bischoff: Weder gerecht noch imperialistisch; Redaktion Sozialismus: Zäsur – die Bundesrepublik im Krieg

Außerdem u.a.:

Roland Eichmann/Thomas Goger: »Verantwortung« – die neue SPD; Bernhard Müller: Mitten im Leben – Der Kurs der Unionsparteien; Christoph Lieber/Joachim Bischoff: Risikoregime des Postfordismus; Klaus Bullan: Was kostet uns die Bildung? Michael Wendt: Der Niedriglohnsektor und das Bündnis für Arbeit; Bernd Riexinger/Werner Wild: Welche Melodie spielt Verdi? Thomas Händel/Anny Heike/Klaus-Dieter Winnerlein: Häuserkampf

Supplement:



Ulrich Cremer, Dieter S. Lutz, Norman Paech, Gerhard Stuby u.a. Der NATO-Krieg 64 Seiten

Einzelheft: DM 9,50; Abo: DM 95,-,
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 HH
Fax 040/280 505 68
e-mail: info@vsa-verlag.de

nente innerhalb der PSU (Parti Socialiste Unifié) und verschiedenen kleinen Netzen, die Union der sozialistischen Linken, die sich in der Zeit des Algerienkrieges gebildet hatte, die autonome sozialistische Partei von Alain Savaroy, die kommunistische „Tribune“ von Jean Poperen, und auch viele intellektuelle Clubs.

Mitterands Absage an den „3. Weg“

In gewisser Weise war die französische Linke unmittelbar nach dem Krieg diejenige, die auf europäischer Ebene am weitesten bereits die Strategie der „Neuen Mitte“ realisiert hatte. Und die Konstituierung der sozialistischen Partei 1971 war Resultat dieser politischen Rechtsentwicklung. Die Kraft von Francois Mitterand bestand ohne Zweifel darin, daß er sich auf die Gesamtheit der Mitglieder und der Gliederungen stützen und diese in das alte Haus zurückkehren lassen konnte, indem er einerseits eine Strategie des Bruchs mit dem „Dritten Weg“ vorschlug (durch die l'Union de la Gauche – also durch das Bündnis der Linken), andererseits ein Programm der Transformation der Gesellschaft, das anlässlich des Gemeinsamen Programmes (Programme commun) 1972 zwischen der PS, der PCF und den Radikaldemokraten unterzeichnet wurde. Diese Ansätze wurden von der Bevölkerung durch die Präsidentschaftswahl anerkannt.

Es wäre ein Fehler, davon auszugehen, daß diese Tradition stark in der französischen Linken verankert ist. Schon 1983/94 fragte der politische Umschwung wieder nach rigorosen Sparmaßnahmen. Und durch den Abschied von dem kommunistischen Minister der Regierung stellte sich die PS wieder dieselbe strategische Frage: welches Bündnis und was für eine gesellschaftliche Transformation?

Von 1983 bis 1988 bewahrte die von Jean Pierre Chevenement angeführte Strömung CERES innerhalb der PS die Tradition der Verankerung auf der linken Seite. Aber als 1988 das Bündnis der Koalitionsregierung mit der Rechten eingegangen wurde, welches man „Prinzip Hoffnung“ nannte, konnte er seine gegensätzliche politische Positionierung nur durch sei-

nen Abschied von der PS lösen. Dieser wiederum verbot es ihm nicht, sondern ermöglichte es ihm im Gegenteil erst, an der Regierung teilzunehmen.

Formierung der neuen linken Strömungen

Jedoch hat sich, gestützt auf diese Tradition, eine neue Generation von aktiven Mitgliedern und Funktionären aus den Reihen der außerparlamentarischen Opposition in der Politik gebildet, und diese Generation ließ eine neue Strömung auftauchen: zuerst die Nouvelle École Socialiste und heute die Gauche Socialiste, die zwischen 10 und 25% der Mitglieder der PS ausmacht.

Der demokratische Aufbau der französischen PS, deren Leitungsinstanzen im proportionalen Verhältnis der Strömungen auf dem Parteitag gewählt werden, ermöglicht die Existenz einer richtigen Debatte, die innerhalb der Partei ihre verschiedenen politischen Traditionen bewahrt.

Verglichen mit den anderen Mitgliedsparteien der Sozialdemokratischen Partei Europas geben hier weiterhin die Befürworter der doppelten Verankerung auf der Linken den Ton an – sowohl strategisch als auch programmatisch. Das gilt für alle Ebenen der Partei bis hinein in ihre Fraktionen. Die Gauche Socialiste fügt eine Dimension zu dieser Tradition hinzu: die der Sozialbewegung, die sich 1988 gebildet hat und deren Druck im Laufe der Erfahrungen mit der administrativen Technokraten-Struktur der Linksregierung immer stärker anwuchs und auf die linken Strömungen innerhalb der PS ausgeübt wurde.

In Frankreich hat nämlich die zahlenmäßige Schwäche der Linksparteien und Gewerkschaften historische Gründe. Dies bedeutet jedoch nicht, daß das Niveau und die Intensität der sozialen Kämpfe schwächer sind als anderswo. Was heute die Besonderheit derjenigen ausmacht, die sich zur Gauche Socialiste und zu den von ihr getragenen Clubs (Clubs für die Soziale Republik) bekennen, ist die Permanenz der Aktivität, die sich sowohl innerhalb der PS an Überzeugungen festmacht, als auch innerhalb der Organisation der PS widerspiegelt, als auch sich außerhalb der Partei zeigt durch das Tragen von Verantwortung in den Gewerkschaften und verschiedenen Vereinen.

Aufgaben auf europäischer Ebene

Zum Schluß läßt sich mit Fug und Recht behaupten, daß das Projekt der „New Labour“ von Tony Blair lediglich der erneute Aufbau des sozialdemokratischen Projekts, eingegrenzt auf die Fragen von Moral und wirksamen Management, ist und innerhalb der französischen PS auf starken Widerstand stößt.

Den Aufstieg zur Macht seit 1981 haben die französischen Sozialisten nämlich gerade durch einen Bruch mit der Strategie der SFIO erreicht, welche in etwa die gleichen Wesensmerkmale wie das Projekt Tony Blairs trug. Die Existenz einer Tradition der Doppelverankerung der französischen Linken auf einer strategischen Ebene einerseits und auf einer programmatischen Ebene andererseits, besitzt weiterhin ihre Gültigkeit und

wird vor allem durch die Existenz einer Strömung vertreten, die eine radikale soziale Transformation befürwortet, und zwar der Gauche Socialiste. Die Mehrheit der Partei, die ohne Zweifel von dem Projekt New Labour auf programmatischer Ebene angezogen ist, kann auf strategischer Ebene nicht in Gang kommen. Die Minderheit der Partei und ohne Zweifel die Verbündeten der Gauche Plurielle (rot-rot-grüne Regierungskoalition) verhindern das.

Diese Fragen stehen im Zentrum der Debatten der europäischen Sozialdemokratie. Wenn man nicht aufpaßt, könnten die französischen Sozialisten anläßlich der nächsten Präsidentschaftswahl, bei der in Frankreich die politischen Bündnisse definiert werden, in Versuchung geraten, ein solches Bündnis zu schließen. Das Herz des Widerstandes zu

dem Projekt von Tony Blair befindet sich in der Gauche Socialiste, weil es in den sozialen Bewegungen verankert ist. Und diese Strömung erlebt in der PS derzeit eine Aufstiegsphase. Jedoch muß man sich dessen bewußt werden, daß die Ansätze der „Neuen Mitte“ so stark sind, daß sich der Knoten der politischen Auseinandersetzung heute auf europäischer Ebene befindet. Wird es gelingen, die Doppelverankerung der Sozialdemokratie in der Linken zu erhalten, trotz der Angriffe, die der Linken zugefügt werden? Eine Organisation der Linken der Sozialistischen und Sozialdemokratischen Parteien auf europäischer Ebene schließt nicht aus, daß in gewissen Ländern die Linken die Mehrheit innerhalb der Partei haben. Diesen Prozeß im kommenden Jahr in Gang zu setzen, ist nun um so dringlicher. spw

Das Herz des Widerstandes zu dem Projekt von Tony Blair befindet sich in der Gauche Socialiste, weil es in den sozialen Bewegungen verankert ist. Und diese Strömung erlebt in der PS derzeit eine Aufstiegsphase.

spw intern

Liebe Leserinnen und Leser,

• Ende März hatte die Zeitschrift spw einen Appell „Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten gegen die NATO-Angriffe auf Jugoslawien“ gestartet. Dieser Appell wurde bis vor Pfingsten von etwa 800 SozialdemokratInnen unterstützt, u.a. von: Klaus Barthel MdB, Karin Benz-Overhage (IG-Metall-Vorstand), Horst Grabert (ehem. deutscher Botschafter in Jugoslawien), Klaus Hahnzog MdL (Vors. der AG sozialdem. JuristInnen), Uwe Hixsch MdB, Monika Lochner-Fischer MdL (Präsidium der BayernSPD), Prof. Dr. Dieter S. Lutz (Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg), Benjamin Mikfeld (SPD-Parteivorstand, Juso-Bundesvors.), Andrea Nahles MdB (SPD-Parteivorstand, ehem. Juso-Bundesvors.), Prof. Dr. Peter von Oertzen (Landesminister a.D., ehem. SPD-Bezirksvors. Hannover), Horst Peter (ehem. MdB), Helmuth Prieß (Oberstleutnant a.D., Sprecher des AK Darm-

städter Signal), René Rösper MdB, Thomas Sauer MdB, Sigrid Skarpele-Sperk MdB (SPD-Parteivorstand), Dr. Gerhard Stuby (Prof. für Völkerrecht), Michael Vollert (SJD-Die Falken Bundesvors.). Wir haben die Aktion damit abgeschlossen, daß wir die Listen an den SPD-Parteivorstand geschickt haben. Die Resonanz in den Massenmedien hielt sich in Grenzen, da wir zunächst keine eindrucksvolle ErstunterzeichnerInnenli-

ste vorlegen konnten und nach der Entscheidung des SPD-Parteitags am 12.04.99 die Aufmerksamkeit sich auf die Auseinandersetzungen bei den Grünen konzentrierten. Dennoch war die Aktion nach unserer Einschätzung wichtig und hat vielen GenossInnen eine Möglichkeit geboten, sich als SozialdemokratInnen gegen den Krieg zu äußern.

Die spw-Redaktion

Achtung - spw im Angebot!

Der spw-Verlag will seine Lagerbestände an alten spw-Ausgaben reduzieren und macht deshalb ein besonderes Angebot: Ab sofort können die **früheren Jahrgänge der spw von 1979 bis 1997 für DM 10,- pro Jahrgang** zzgl. einmalig DM 6,- Versandkosten beim Verlag bestellt werden. Mit ganz wenigen Ausnahmen sind noch alle bisher erschienenen Ausgaben der spw lieferbar.

Die Entwicklung des Europäischen Sozialfonds

von Petra Kodré*

Besprechung zu Hildegard Kaluza: Der Europäische Sozialfonds. Seine Entwicklung und Funktion im europäischen Integrationsprozeß mit einem Exkurs zu seiner Bedeutung für die bundesdeutsche Arbeitsförderung, Baden Baden, Nomos Universitätsschriften – Politik, Bd. 84, 79 DM

Die (fehlende) europäische „Soziale Dimension“ wird seit langer Zeit in Wissenschaft und Politik diskutiert. Bei dieser in allen Facetten geführten Debatte verwundert es, daß der Europäische Sozialfonds (ESF) bislang relativ wenig Beachtung erfahren hat. Diese Lücke füllt Hildegard Kaluza mit ihrer Arbeit, bei der sie sich die Aufgabe setzt, die Entwicklung des Europäischen Sozialfonds, seine Stellung im Integrationsprozeß sowie seine Auswirkungen für die bundesdeutsche Arbeitsmarktförderung zu erklären. Dabei geht sie von zwei wesentlichen Faktoren aus, die die Entwicklung des ESF ihrer Analyse nach maßgeblich strukturiert haben: Erstens stelle der ESF eines der ganz wenigen Instrumente dar, „mit denen auf Ebene der EG überhaupt aktiv gestaltend auf die Gemeinschaftsentwicklung Einfluß genommen werden kann“ (S. 14). Zweitens bewirke die auf einem neoliberalen Konzept beruhende wirtschaftliche Integration der Europäischen Union, daß – betreffend eine gleichmäßige soziale Entwicklung – erhebliche Risiken für einzelne Mitgliedstaaten und Regionen bestehen. Als Ausgleich wären für die potentiell Benachteiligten die Strukturfonds und damit auch der ESF ins politische Interesse getreten.

Der Aufbau Kaluzas Arbeit orientiert sich an den Reformen, die der ESF im Laufe seines nunmehr 40jährigen Bestehens durchlaufen hat. „Ausgehend von den unterschiedlichen Interessenslinien in den jeweiligen Reformen

werden typische Konfliktlinien herausgearbeitet, die die ESF-Entwicklung maßgeblich begründeten. Die Reformen sind in diesem Verständnis Konfliktlösungsmuster, die die Funktionen des ESF jeweils neu ausprägten“ (S. 15).

Von den Anfängen bis zur strukturpolitischen Reform von 1988

Im Kapitel I beschäftigt sich Kaluza mit der Entwicklung des ESF von seinen Anfängen bis zur strukturpolitischen Reform von 1988. In den 60er Jahren diente dieser ausschließlich der finanziellen Unterstützung nationaler arbeitsmarktpolitischer Vorhaben, ohne eine inhaltliche Einflußnahme von Seiten der EG aufzuweisen. 1971 erfolgte in dieser Hinsicht eine grundlegende Veränderung und die ESF-Förderung wurde nunmehr auf Grundlage von Projektanträgen sowie festgelegten inhaltlichen und formalen Kriterien gewährt. Dabei entwickelte sich erstmals ein *eigenständiger arbeitsmarktpolitischer Ansatz*. Die darin vorgenommene Schwerpunktsetzung wechselte jedoch – als versuchte Reaktion auf die aufkommenden strukturellen Arbeitsmarktprobleme – häufig. Mit der Reform von 1971 wurden drei Aufgabenstellungen an den ESF herangetragen, die die Förderlogik dieses Fonds bis heute prägen: Dies sind erstens die Förderung benachteiligter Regionen, zweitens der Ausgleich von Vermittlungsnachteilen bestimmter Zielgruppen und drittens die Strukturprobleme einzelner Branchen. Innerhalb dieser Förderkomponenten entwickelte sich ein breites und komplexes Spektrum an zu fördernden Maßnahmen, Zielgruppen, Branchen und Regionen. Dieser Komplexität der Förderung und den hohen Zielen, die der ESF verfolgte, stand jedoch ein zu diesem Zeitpunkt enges Finanzbudget gegenüber. Dadurch wurde die Wirkung des ESF maßgeblich begrenzt.

Daran änderte auch die Reform von 1983, die eine Bündelung der Zielsetzungen vornehmen wollte, kaum etwas. Wie Kaluza überzeugend darlegt, hatte der ESF aber – neben seiner unmittelbaren Zielsetzung als arbeitsmarktförderndes Instrument – eine Reihe von anderen Funktionen im Integrationsprozeß bis 1988. So wurde der ESF zu einem *Instrument des regionalen Ausgleichs*, denn die Mitgliedstaaten, die durch den liberalen Integrationsweg Nachteile für die eigenen Volkswirtschaften befürchteten, forderten erfolgreich Ausgleichszahlun-

gen ein. Darüber hinaus wirkte der ESF als *Ventil für politische Gestaltungsansätze*. „Eine weitere übergreifende Aufgabenstellung des ESF bezog sich auf die Verwirklichung von Gestaltungsansätzen aus anderen politischen Bereichen, so insbesondere der Sozialpolitik, aber auch der Wirtschafts-, Struktur- und Gleichstellungspolitik. Hier fungierte der Fonds wie ein Auffangbecken für unterschiedlichste Initiativen, was zu einer ständigen Neuausrichtung der Förderprioritäten des Fonds führte“ (S. 54).

Der ESF war aber nicht der arbeitsmarktpolitische Teil einer umfassenden Sozialpolitik der EG, sondern er erhielt zunehmend eine Ersatzfunktion für diese. Innerhalb dieser Funktionen kristallisierten sich im Laufe der Jahre und der immer wieder angestrebten Reformen zwei prägende Konflikte heraus. So wurde von der Kommission und von einigen Mitgliedstaaten eine gemeinschaftsweite, horizontale Arbeitsförderung präferiert, während andere Mitgliedstaaten eine regionale Beschränkung der Förderungen forderten („*Ausgleichskonflikt*“). Die zweite Konfliktlinie lief einlang der Frage, ob der ESF die klassische Konzeption der Förderung von Arbeitslosen haben sollte oder ob zusätzliche sozial-, wirtschafts-, industrie- und gleichstellungspolitische Zielsetzungen aufgenommen bzw. beibehalten werden sollten („*Gestaltungskonflikt*“).

Die Reform von 1988

Die oben dargestellte Funktionsvielfalt des ESF, die sich bis 1988 entfaltet hatte, prägte auch seine weitere Entwicklung, wie Kaluza im Kapitel II darstellt. Im Zuge der Reform von 1988 wurde die Neugestaltung des ESF darüber hinaus im Zusammenhang mit dem Stellenwert und der Ausgestaltung einer *strukturpolitischen Konzeption der EG* diskutiert. Im Zuge der Verwirklichung des Binnenmarktprojektes gewann die europäische Arbeitsmarktpolitik einerseits an Eigenständigkeit und Identität, andererseits geriet der ESF in ein noch breiteres Interessengeflecht. Beeinflußt wurde die Ausgestaltung des ESF durch die *Debatten um die Finanzreform* der EG. So wurden aufgrund von einer veränderten Umverteilungsstruktur bzw. insgesamt erhöhter EG-Haushaltseinnahmen die Mittel für die Strukturfonds zwischen 1989 und 1993 real von 14 auf 29 Mrd. DM (jährlich) verdoppelt.

Als Ergebnis einer *inhaltlichen Neuorientierung* wurde eine gemeinsame

Der ESF war nicht der arbeitsmarktpolitische Teil einer umfassenden Sozialpolitik der EG, sondern er erhielt zunehmend eine Ersatzfunktion für diese.

* Petra Kodré, wiss. Mitarbeiterin im Zentrum für Sozialpolitik an der Universität Bremen

Zielkulisse für die verschiedenen, bisher nebeneinander agierenden Fonds (Regionalfonds, Sozialfonds und Landwirtschaftsfonds) entwickelt, die drei regionale und zwei horizontale – also gemeinschaftsweit geltende – Ziele umfaßte. Im horizontalen Ziel 3 konnten Ausbildungsmaßnahme, berufliche Fortbildungsangebote sowie Maßnahmen zur Schaffung von zusätzlichen bzw. zur Stabilisierung von vorhandenen Beschäftigungsverhältnissen gefördert werden. Zielgruppen in diesem Zusammenhang waren Langzeitarbeitslose, Frauen mit familienbedingter Berufsunterbrechung, Wanderarbeitnehmer/innen und Behinderte. Mit dem ebenfalls horizontal angelegten Ziel 4 wurde die berufliche Qualifizierung arbeitsloser Jugendlicher fortgesetzt. Bezüglich der regionalen Ziele 1, 2 und 5b hatte der ESF die Aufgabe, den wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozeß arbeitsmarktpolitisch zu begleiten.

Völlig verändert wurden durch die Reform von 1988 auch die *Förderungsvoraussetzungen und -verfahren*. Eingeführt wurde in diesem Zusammenhang das Kriterium der Zusatzlichkeit. So sollten EG-Förderungen nur zusätzlich zu und nicht an-

statt von nationalen Mittel eingesetzt werden. In einem neuen Planungs- und Steuerungsprozeß sollten im „partnerschaftlichen Dialog“ zwischen Regionen, Mitgliedstaaten und der Kommission sowie unter Beteiligung der Sozialpartner die Förderungsschwerpunkte ausgewählt und deren Umsetzung begleitet werden.

Kaluza sieht in der Debatte um die Reform des ESF 1988 vier Hauptkonfliktlinien. So wirkten weiterhin die schon zuvor dargestellte „Ausgleichs“- und „Gestaltungskonflikte“. Dazu kamen nun ein „Zuständigkeitskonflikt“ (Regelung der Mittelvergabe) und die „Fondskonkurrenz“. Im Rahmen der *Fondskonkurrenz* kam es – nach Analyse der Autorin – zu einem relativen Bedeutungsverlust des ESF gegenüber dem Regionalfonds. „Die praktizierten wirtschaftspolitischen Ansätze des EFRE deckten sich mit dem politischen mainstream, sie paßten zum neoliberalen Integrationsweg der Gemeinschaft. Favorisiert wurde nämlich eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, die die Unternehmen zu gezielten Ansiedlung in benachteiligten Regionen (z.B. durch das Angebot von günstigen Gewerbeflächen) bzw. zu produktiven Investitionen (z.B. durch Beihilfen)

anreizen sollten“ (S. 109). Um den ESF für diese Logik passend zu gestalten, wurde seine Funktion mit dem Begriff „Humankapitalförderung“ gefaßt und inhaltlich dahingehend umrissen, daß über die Aktivitäten des ESF geeignete Arbeitskräfte für die Wirtschaft bereitgestellt werden sollten. Damit wurde der ESF weniger zu einem sozialpolitischen als zu einem Instrument der Wirtschaftsförderung und stand damit gleichzeitig in Konkurrenz zu den traditionellen Maßnahmen der Wirtschaftsförderung.

In der gleichen Linie steht die Lösung des *Ausgleichskonflikts* bei der Reform 1988: die regionalen Förderkomponenten wurde gegenüber den gemeinschaftsweiten aufgewertet. Diese Tendenz wirkte sich wiederum auf den *Gestaltungskonflikt* aus. Während in den regionalen Förderung ein wirtschaftsorientiertes Modell der Arbeitsförderung unter dem Stichwort der Humankapitalförderung dominierte, fanden sich die sozial- und gleichstellungspolitischen Ansätze in den horizontalen Zielen 3 und 4. Die Regelung der *Zuständigkeit für die Mittelvergabe* führte zu gegenläufigen Ergebnissen: „In der Zielförderung waren die Entscheidungskompetenzen

Mit der Reform 1988 wurde der ESF weniger zu einem sozialpolitischen als zu einem Instrument der Wirtschaftsförderung und stand damit gleichzeitig in Konkurrenz zu den traditionellen Maßnahmen der Wirtschaftsförderung.

Eine andere Politik braucht Analysen und Alternativen über den Tag, den Monat, den Zeitgeist hinaus.

Politikwechsel – wie bitte?

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
Lafontaine oder Die demokratische Frage
Jürgen Habermas
Der europäische Nationalstaat unter dem Druck der Globalisierung
Norman Birnbaum
Die Vereinigten Staaten heute. Eine Bestandsaufnahme
Benjamin Mikfeld
Führt der Dritte Weg in ein neues Zeitalter der Sozialdemokratie?
Gülstan Gürbey
Die Europäisierung des Kurdenkonflikts
Dieter Kramer
Kultur als Chefsache – ein Aufbruch

Blätter für deutsche und internationale Politik

Samuel P. Huntington
Die einsame Supermacht
Winnich Kühne
Blockade oder Selbstmandatierung? Zwischen politischem Handlungsdruck und Völkerrecht
Berlin-Europa und die transatlantischen Beziehungen
Ein Gespräch mit Andrei S. Markovits
Tobias Dürr
Volksparteien: Anachronistische Wunder
George F. Kennan
Ein Brief über Deutschland
Das Kosovo-Abkommen von Rambouillet

Bestellcoupon

Tel. 0 228 / 650 133

Fax 0 228 / 650 251

e-mail: blaetter@t-online.de

Internet: www.blaetter.de

Blätter Verlagsgesellschaft

Postfach 2 831, 53 018 Bonn

Ich möchte

- ein **Probeabo**: zwei aktuelle Hefte (19 DM); keine automatische Verlängerung
- ein **Abo** (137,40 DM/107,40 DM ermäßigt) ab Heft _____
- ein **kostenloses** älteres **Probeheft**

Name, Vorname

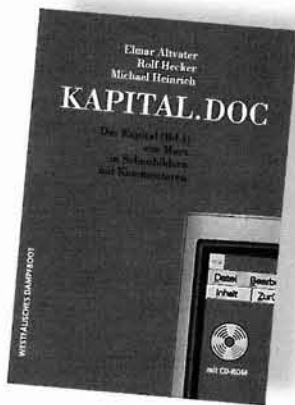
Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Die Blätter – führende politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift in deutscher Sprache. Monatlich 128 Seiten Bleiwüste. Mit Chronik und Dokumenten zum Zeitgeschehen.

Jetzt im Buchhandel



Elmar Altvater/Rolf Hecker/
Michael Heinrich/Petra Schaper-Rinkel
Kapital.doc

Das Kapital (Bd. I) von Marx
in Schaubildern mit Kommentaren

incl. CD-ROM

1998 – 244 S. – DM 48,00

ÖS 350 – SFR 44,50 – ISBN 3-89691-437-5

Christine Eißler/Ruth Seifert (Hrsg.)
**Soziale Konstruktionen – Militär
und Geschlechterverhältnis**

(Forum Frauenforschung Band 11)

1999 – 281 S. – DM 39,80

ÖS 291 – SFR 37,00 – ISBN 3-89691-211-9

Martina Ritter (Hrsg.)
**Bits und Bytes vom Apfel der
Erkenntnis**

Frauen – Technik – Männer

(Forum Frauenforschung Band 10)

1999 – 254 S. – DM 39,80

ÖS 291 – SFR 37,00 – ISBN 3-89691-210-0

Wulf D. Hund

Rassismus

Die soziale Konstruktion natürlicher
Ungleichheit

1999 – 173 S. – DM 29,80

ÖS 218 – SFR 27,50 – ISBN 3-89691-453-7

WESTFÄLISCHES
DAMPFBOOT



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020
e-mail: dampfboot@login1.com
http://www.login1.com/dampfboot

zwischen Kommission, Mitgliedstaaten und Regionen gesplittet, wobei die regionale Ebene an Einfluß gewann. Die Kommission sicherte sich demgegenüber eine dominante Entscheidungsposition bei der Entwicklung und Umsetzung von Gemeinschaftsinitiativen“ (S. 111). Die Funktionskonkurrenz des ESF wurde folgend Kaluza auch nach der Reform von 1988 fortgesetzt, allerdings gelang es erstmals, eine stärkere Konzentration auf weniger Schwerpunkte vorzunehmen.

Erneute Reform 1993

Im Kapitel III analysiert Kaluza den Reformprozeß von 1993. Im Gegensatz zu den vergangenen Debatten zeichnete sich dieser Umgestaltungsprozeß durch eine *breite Beteiligung verschiedenster politischer Akteure und Institutionen* aus. Die Diskussion entzündete sich neuerlich am regionalen Ausgleichskonflikt, der durch die Reform von 1993 in einer weiteren stärkeren Akzentuierung der Regionalförderung gegenüber einer gemeinschaftsweiten, horizontalen Förderung innerhalb der Strukturpolitik der EG mündete. In der gleichen Linie steht der Bedeutungsverlust des ESF gegenüber dem Regionalfonds. So sank der ESF-Anteil an den gesamten strukturpolitischen Ausgaben von 35% auf 30% (vgl. S. 131). Während es 1988 gelungen war, eine inhaltliche Konzentration der Mittel vorzunehmen, wurden 1993 wieder – auch bedingt durch das nunmehr verbreiterte Akteursnetzwerk – unterschiedlichste Gestaltungsaufgaben aus industrie-, sozial- und gleichstellungspolitischen Begründungszusammenhängen an den ESF herangetragen. Die industriepolitischen Anliegen konnten sich – wenn auch in der Praxis wenig effektiv – durch die Neuformulierung des Ziel 4 durchsetzen. Dieses umfaßte nun die Anpassung der Arbeitskräfte an die industriellen Wandlungsprozesse und an Veränderungen des Produktionssystem durch Bildungsmaßnahmen.

Damit wurde der ESF – wie Kaluza festhält – faktisch für alle Beschäftigten des produzierenden Gewerbes geöffnet. Dies stand allerdings in krassem Gegensatz zur relativ begrenzten Finanzausstattung. Verbreitert wurde auch das neuformulierte Ziel 3, das neben den schon bisher erfaßten Zielgruppen „Langzeitarbeitslose“ und „Jugendliche“, nun auch die breit definierte Gruppe der „vom Arbeitsmarkt Ausgegrenzten“ umfaßte. Die gleiche Stoßrichtung hatte die vorgenomme-

ne Auffächerung der Interventionsarten. In Hinblick auf die Veränderung der administrativen Verfahren kam es einerseits zu einer höheren inhaltlichen Flexibilität, die mit einer verstärkten Kontrolle durch die Dienststellen der Kommission einherging. Den inhaltlichen Gestaltungsspielraum sicherte sich die Kommission weiterhin über die Gemeinschaftsinitiativen.

Bilanz der Rolle des ESF

Die faktischen Erfolge der Reformen seit 1988 betrachtend, kommt Kaluza zu dem Ergebnis, daß das wichtigste Ziel der ESF-Förderung – der Abbau der Arbeitslosigkeit – in den letzten beiden Förderperioden nicht erreicht wurde. „Angesichts des Ausmaßes der Arbeitslosigkeit hatten die ESF-Mittel kaum einen Effekt auf die Entwicklung in diesem Bereich. Die jeweils nationale Politik blieb entscheidend für die Entwicklung am Arbeitsmarkt“ (S. 152). Auch bezogen auf einzelne Förderschwerpunkte zeigt sich eine eher negative Bilanz: So entwickelte sich die Arbeitsmarktsituation in den einzelnen Regionen auseinander. Die Differenz zwischen den geschlechtsspezifischen Arbeitslosenquoten blieb bestehen und die Jugendarbeitslosigkeit ist mit einem EU-Durchschnitt von 21% noch immer sehr hoch.

Wie Kaluza aber in ihrem IV. Kapitel – einem Exkurs über den Stellenwert des ESF in der deutschen Arbeitsförderung – deutlich macht, gingen aber dennoch positive Impuls für die nationale Arbeitsmarktpolitik vom ESF aus. Neben einer durchaus quantitativen Bedeutung dieser Förderung für einige Regionen (etwa die „neuen“ Bundesländer) sind v.a. qualitative Aspekte zu nennen. So wurden durch diese europäische Förderung Ansätze einer Verbindung von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik hergestellt, die zuvor in der deutschen Politik nicht praktiziert wurden. Durch den ESF war es darüber hinaus – im Gegensatz zur bundesdeutschen Arbeitsmarktpolitik – möglich, Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen zu kombinieren, sowie innovative Maßnahmen (z.B. mit Kinderbetreuung für „Berufsrückkehrerinnen“) anzubieten, die ebenfalls aus nationalen Mittel aufgrund der Förderlogik des Arbeitsförderungsgesetzes nicht durchführbar gewesen wären.

Kaluzas Arbeit stellt einen gewinnbringenden Beitrag für die Debatte um das Soziale Europa dar. Das Buch empfiehlt sich für alle Europainteressierten aus Theorie und Praxis.

spw

Bis vor weniger als zehn Jahren war die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU), aus der 1993 die Kommunistische Partei der Russische Föderation (KPRF) hervorging, für viele Linke im Westen wie in der Peripherie der Inbegriff für sozialistische Politik, Internationalismus und Fortschritt. Nach den offiziellen Darstellungen der Politik der KPdSU, der entscheidenden politischen Kraft der Sowjetunion, und der Wahrnehmung ihrer theoretischen Prämissen und ihrer internationalistischen Außenpolitik erscheint es erstaunlich, welche Politik heute von der KPRF durch ihre Spitzenfunktionäre, aber auch an der Basis vertreten wird.

In diesem Artikel soll zum ersten versucht werden, grob die theoretische Entwicklung von den Bol'sheviki des beginnenden 20. Jahrhunderts zur nationalistischen Partei KPRF in den neunziger Jahren zu skizzieren. Zweitens soll der ideologische Rahmen, in dem sich die KPRF derzeit bewegt, abgesteckt werden. Drittens wird eine Prognose der Entwicklung der Kommunistischen Partei in Rußland gegeben.

Von Lenin zu Stalin

Zunächst zur ideologischen Entwicklung der Kommunisten in Rußland und der Sowjetunion: Die vorrevolutionären Bol'sheviki definierten sich als bewußt begrenzt gehaltene Gruppe, die mit Hilfe einer revolutionären Theorie, basierend auf einer spezifischen Interpretation des Marxismus, den Umsturz der herrschenden Verhältnisse in Rußland anstrebten. Wegen eines bis heute nicht völlig klaren, ausgesprochen komplexen Prozesses gelang dies 1917 und in den folgenden Jahren bis zur Stabilisierung der sowjetischen Herrschaft Mitte der zwanziger Jahre.

Zunächst ist zur Theorie der Bol'sheviki, wie sie grundlegend – aber nicht ausschließlich – von Lenin formuliert worden war, zu bemerken, daß sie den revolutionär-emanzipativen und internationalistischen Anspruch des Marxismus mit der Konzeption der nationalen Befreiung verband. D.h. die bolschewistische Theorie war auch immer ein auf nationale Befreiung gerichtetes Denkmodell.¹ Insofern waren in dem Diskurs der von Lenin geprägten KPdSU-Führung sowohl die internationalistische Variante Trockij's als auch die auf die innere Stabilisierung im Sinne des Stalinschen Sozialismus in einem

Land gerichtete angelegt.² Letztlich setzte sich bekanntlich die Variante Stalins durch.

Dies hatte profunde Veränderungen des politischen und sozialen Charakters der KPdSU zur Voraussetzung. Erstens muß hier im Auge behalten werden, daß die Bol'sheviki mit der Übernahme des russischen Staates, der letztlich – entgegen Lenins Konzeption von der Revolution³ – nicht zerschlagen wurde, ihren Charakter als revolutionäre Partei sukzessive verloren. Zweitens war die Revolution im Westen stecken geblieben und diese Entwicklung führte zur Isolation der ökonomisch ruinierten UdSSR. Drittens, dies ist vielleicht der wichtigste Grund, die Partei änderte ihre soziale Zusammensetzung, da sie mit der Machtübernahme und verstärkt seit der Mitte der zwanziger Jahre ihre Mitgliedschaft um ein Vielfaches vergrößerte und damit die alten, internationalistisch und vom Exil geprägten Bol'sheviki, die zudem häufig jüdischer Herkunft waren, zu einer verschwindenden Minderheit wurden, die in den Fraktionskämpfen der zwanziger Jahre relativ schnell ausgeschaltet werden konnten. Die Mitgliedschaft wurde seitdem zum großen Teil von Verwaltungsfunktionären bestimmt. Auch die seit der Kollektivierung der Landwirtschaft und der einsetzenden Industrialisierung stattfindende Einbindung der ländlichen Bevölkerung in den sowjetischen Staat begünstigte eine soziale Veränderung der KPdSU, die eine nationalistische Theorieentwicklung im russisch-nationalistischen Sinne begünstigte.

Sowjetisch = russisch

Die KPdSU war in den Dreißigern schlichtweg nicht mehr die Partei der Bol'sheviki der Zwanziger. Sie war nicht mehr geprägt von Internationalisten, sondern von einer weitgehend mit dem Ausland unbekannt, xenophoben und antisemitischen Masse von unmittelbar der Bauernschaft entstammenden Mitgliedern. Die theoretische Begünstigung durch die nach innen gerichtete, von Stalin formulierte Theorie, führte letztlich im Terror der späten dreißiger Jahre und begünstigt durch die außenpolitische Bedrohung zu einer weitgehenden Zurückdrängung von internationalistischen Positionen. Die russische Tradition wurde stärker akzentuiert, die Russen wurden nun das führende unter den Völ-

Russischer Nationalismus in rotem Tuch

Die russischen Kommunisten der neunziger Jahre

von Frank Schauff*

kern der UdSSR.⁴ Der verhaßte Trockij wurde zum „Juden Trockij“, der in manchen sowjetischen Karikaturen der dreißiger Jahre eine ähnliche Darstellung erfuhr wie Juden in Hitlers Deutschland.⁵

Der Sieg im Zweiten Weltkrieg, der im Russischen der *Große Vaterländische Krieg* ist, die neue strategische Position der UdSSR als Welt- und Atommacht, die Szenarien einer ökonomischen Entwicklung, die helfen sollte, den Westen bis 1980 einzuholen und zu übertreffen, die Expansion des Einflusses auf Osteuropa und in einer steigenden Zahl von Ländern der kapitalistischen Peripherie, all dies verstärkte das weit verbreitete Gefühl des Nationalismus, der v.a. russisch geprägt war. Auch wenn die Linke im Westen dies nicht wahrhaben wollte, so war das Adjektiv *sowjetisch* für viele russische Kommunisten gleichbedeutend mit *russisch*. Diese Tatsache wurde v.a. dadurch kaschiert, daß westliche Ausländer i.d.R. nicht mit anderen als höheren Funktionären der KPdSU zusammentrafen, die ihre Lektion der internationalistischen Rhetorik gelernt hatten. In der Provinz oder in den niederen Rängen der Parteifunktionäre war der Nationalismus ebenso stark verankert, wie der Marxismus ignoriert wurde. Auch waren die theoretischen Ausarbeitungen der meisten sowjetischen Sozialwissenschaftler weniger von dem Ziel geprägt, in marxistischer Sicht die Welt zu er-

Auch wenn die Linke im Westen dies nicht wahrhaben wollte, so war das Adjektiv sowjetisch für viele russische Kommunisten gleichbedeutend mit russisch.

* Frank Schauff, Köln, Historiker, Jugendbildungsreferent der Jusos Mittelrhein, schreibt seine Dissertation zur sowjetischen Geschichte.

Foto: Christian Kiel (Krefeld)



im April 1997] als amorpher Zwitter linkssozialistischen und nationalpatriotischen Gedankenguts“¹¹. Als Kostprobe für diesen Nationalismus mag ein Zitat aus dem Buch Zjuganovs, des Vorsitzenden der KPRF seit ihrer Gründung, mit dem aussagekräftigen Titel *Ich glaube an Rußland* gelten: Der „vernünftige Teil unserer Gesellschaft kommt zu einer offensichtlichen Folgerung: man hat uns praktisch vor eine harte Alternative gestellt – entweder sich einer Diktatur von außen zu unterwerfen und Rußland, die Ehre, das Gewissen zu verlieren, unser Volk, unsere Ideale und Heiligtümer, unsere ruhmvollen, mächtigen Ahnherren zu verraten oder [...] die Zähne zusammenzubeißen und Kräfte zu sammeln und – wie es in unserer Geschichte schon [mehrfach] vorkam – auf der Brandstätte unseres Kriegsruhmes das neue, selbständige und große Rußland zu verteidigen. [...] Die Grundlage der außenpolitischen Konzeption für Rußland kann nur die Idee der nationalen Interessen sein.“¹²

klären und fortschrittliche Wege zur Menschheitsentwicklung zu entwickeln, als vielmehr die Stärkung der sowjetischen und d.h. häufig genug russischen Staatlichkeit zu garantieren.⁵

Von der KPdSU zur KPRF

Mit dem Zusammenbruch der UdSSR und dem Zerfall der KPdSU gelang es einem großen Teil der führenden Kommunisten, sich in der ein oder anderen Weise in die neuen gesellschaftlichen Bedingungen des brutalen und rudimentären, da peripheren Kapitalismus russischer Prägung einzupassen und schnell die ideologische Seite zu wechseln. Für viele *blieb*, und das ist das Verbindende in der russischen politischen Landschaft heute, die Identifikation mit *Rußland* als Großmacht, die nicht erst im Dezember 1991 geboren wurde.

Die KPRF, die 1993 gegründet wurde, hat v.a. die Gruppe von Mitgliedern in sich aufgenommen, für die Kommunismus neben der Verstaatlichung der Produktionsmittel und einer gewissen sozialen Absicherung, eben auch russische Hegemonie im eigenen Land, in Osteuropa und gegenüber dem Westen bedeutete. Dies führte bereits Anfang der neunziger Jahre in der russischen Politik zu einer Zusammenführung der Kommunisten mit extrem national-

istischen und z.T. faschistischen Gruppierungen, die sich in einer *Volkspatriotischen Front* zusammenschlossen, die bis heute ein von der KP dominiertes politisches Bündnis darstellt.⁷

Die KPRF bewegt sich seit mehreren Jahren entgegen den Entwicklungslinien der meisten kommunistischen Parteien Osteuropas, die sich weitgehend in Richtung Sozialdemokratie entwickelt haben, hin zu einem rechtsnationalen Bündnis, in dem der traditionelle, in der Alltagsphilosophie der Menschen verwurzelte Antisemitismus und eine latente Xenophobie als politische Größe gepflegt werden. Insofern ist es kein Wunder, daß unter den gegebenen Verhältnissen der sich verschärfenden innenpolitischen Kontroverse zwischen den verschiedenen Machtzentren der russischen Gesellschaft der General Makašev, Duma-Abgeordneter der KPRF, seinem Antisemitismus öffentlich freien Lauf lassen kann.⁸

Die Ideologie Zjuganovs

Die Programmatik der KPRF, die mit mehr als 500.000 Mitgliedern die größte und im eigentlichen Sinne einzige Partei Rußlands ist⁹, ist hybrid. So heißt das Motto der Partei „Rußland, Arbeit, Volksmacht, Sozialismus!“¹⁰ und so „präsentierte sich die KPRF [auf ihrem IV. Parteitag

In der historischen Betrachtung durch Zjuganov wird die russische Geschichte eher durch Kontinuitäten geprägt, denn durch den Bruch der Oktoberrevolution. Letztlich war die Sowjetunion die Weiterführung des Russischen Imperiums, der *russischen* Staatlichkeit in einer anderen Hülle. Zjuganov taucht zuweilen tief in die Geschichte ein und läßt dabei jegliche marxistische Kategorie hinter sich, wenn er bspw. das große Schisma zwischen Katholischer und Orthodoxer Kirche von 1054 zur Geburtsstunde des modernen Westens macht und er feststellt, „daß das Schicksal der Welt sich in der Interaktion zwischen drei Zivilisationen entschied: der orthodoxen (byzantinisch-slavischen), der westeuropäische und der moslemischen [...]“¹³

Differenzen innerhalb der KPRF

Doch Zjuganovs ideologische Linie wird nicht von allen in der KPRF geteilt. Es gibt in dieser Partei neben den Nationalisten Zjuganovscher Prägung auch solche, die in den Städten und Gemeinden (*rajony*), in den Kreisen (*oblasti*) Verantwortung übernommen haben und sich in ihrer kommunalpolitischen Praxis wenig um theoretische Prämissen und die Wiedergeburt Rußlands in geistiger Hinsicht scheren.¹⁴ Festgefügte Fraktionen sind in der KPRF

In der historischen Betrachtung durch Zjuganov wird die russische Geschichte eher durch Kontinuitäten geprägt, denn durch den Bruch der Oktoberrevolution.

schwer auszumachen, da die nationalistische Gruppierung die Partei weitgehend dominiert. Es gibt einen eher leninistisch geprägten Flügel, der immer wieder – wie im Parteiprogramm – für die Einbringung von traditionell bolschewistischen Positionen sorgt. Eine dritte, die von Joan Barth Urban und Valerij Solovej ausgemacht wird, ist die um eines der Präsidiatsmitglieder, Kupcov, gescharte Gruppe, die von ihr in die Nähe der Sozialdemokratie gerückt wird.¹⁵ Diese Sichtweise ist m.E. nicht korrekt. Auch wenn die KPRF nicht völlig homogen ist, so ist das Koordinatensystem, in dem sie sich bewegt so angelegt, daß Nationalismus und traditioneller Kommunismus für die KPRF die Achsen ihrer Bewegung bilden. Die KPRF wird von radikaleren Gruppierungen, die den einen oder anderen Teil der programmatischen Spannbreite abdecken in eine Richtung gedrängt, die nichts mit Sozialdemokratie oder gar einem westeuropäischen Marxismus im Sinne Gramscis oder der Kritischen Theorie zu tun hat.

Auch wenn Zjuganov seinem jeweiligen Publikum entsprechend die Aussagen seiner Auftritte variiert, so tritt die Frage der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft zugunsten der Errichtung eines mächtigen russischen Staates in jedem Falle in den Hintergrund. Er versucht dagegen, sich in der Rolle des Vorsitzenden und Kandidaten des *Volkspatriotischen Bundes* eine verbreiterte Basis über die KPRF hinaus zu schaffen.¹⁶ Dies ist nach der ökonomischen Katastrophe in Rußland im letzten Jahr nachvollziehbar, in deren Gefolge sich der nationalistische Diskurs, der gegen IWF, USA und den Westen als dekadente Zivilisation gewandt ist, verschärft hat.¹⁷

Hier aber kann es zu Spannungen kommen, wie der Bruch des Kommunistischen Jugendverbandes unter seinem Generalsekretär Malirov mit der KPRF zeigt. Der Komsomol ist nicht mehr bereit, die Blut-und-Boden-Rhetorik der Parteiführung und ihres Vorsitzenden als adäquate Strategie für die Entwicklung in Rußland hinzunehmen. Es erscheint, als ob der Jugendverband in seiner neugewonnenen Eigenständigkeit die Richtung einer modernisierten sozialistischen Organisation anzustreben sucht. Bislang ist in Planung, in den kommenden Wahlen eine eigene Liste aufzustellen.¹⁸

Perspektiven

Der Krieg der NATO gegen Serbien stärkt die nationalistische Linie der KPRF. Verbunden mit einem panslavistischen Verständnis des serbischen Schicksals wird der Krieg zur russischen Sache. Die KP kann diesen gedanklichen Zusammenhang und die Unfähigkeit der Jelzin-Clique, dem Krieg in Serbien entgegenzuwirken, für sich nutzen und das Mitgefühl für die serbischen, die orthodoxen, die slavischen Brüder und Schwestern für die eigenen Zwecke nutzen: Das Schicksal der Serben kann auch von den Russen erfahren werden, wenn sie nicht ihre eigenen nationalen Interessen notfalls mit Gewalt verteidigen.

Abschließend ist zu sagen, daß die KP in Rußland keineswegs mehr eine ihrem Namen entsprechende Politik betreibt. Sie ist eine stark nationalistisch geprägte Partei, die weder in der praktischen Politik noch in ihrer theoretischen Orientierung eine fortschrittliche Konzeption vertritt. Wahrscheinlich wird sie aufgrund ihrer nationalistischen Rhetorik die Wahlen zur Duma im kommenden Herbst deutlich gewinnen. Danach steht ihr der Weg zur Ablösung des jetzigen Präsidenten offen. Zjuganov hat also gute Chancen, den erbärmlich wirkenden Jelzin abzulösen. Was dann aus Rußland wird, steht in den Sternen, aber die Beziehungen des Westens zu Rußland werden unter der Ägide der Kommunistischen Partei nicht besser werden, und dem menschlichen Fortschritt dient diese Entwicklung keineswegs.

spw

¹ Vgl. bspw. Imperializm, kak vysšaja stadija kapitalizma. In: V. I. Lenin, *Socinenija*, Bd. 22, Moskau 1952, S. 173 – 290.
² Lenin selbst schwankte m.E. zwischen beiden Ansätzen, ohne dies vor seinem Tode für sich selbst und die KPdSU klären zu können. Zur Formulierung von Stalins „Theorie“ des „Sozialismus in einem Lande“, die besser „Sozialismus in Rußland“ hieße vgl. K itogam rabot XIV konferencii VKP(b). In: I. V. Stalin, *Socinenija*, Bd. 7, Moskau 1947, S. 109 – 121. Vgl. hierzu Isaac Deutschers Paraphrase des Gehaltes von Stalins „Theorie“ in *Stalin. Eine politische Biographie*. Berlin 1990, S. 376 – 377.
³ So formuliert in Gosudarstvo i Revolucija. Uenie marksizma o gosudarstve i zadaci proletariata v revolucii. In: V. I. Lenin, *Socinenija*, Bd. 25, Moskau 1952, S. 353 – 462.
⁴ Vgl. bspw. B. Volin, Velikij russkij narod. In: *Bol'shevik*, 9/1938, S. 26 – 36.
⁵ Vgl. hierzu div. Karikaturen in den sowjetischen Zeitungen der Jahre 1936 – 1938, insbesondere in *Izvestija* und *Pravda*.

⁶ Wenn man mit Intellektuellen im heutigen Rußland zusammentrifft, so ist für die wenigsten der Marxismus westlicher Prägung eine Welt, mit der sie sich auseinandergesetzt haben. Bspw. spielte Dialektik, auch wenn sie in vielen Ausarbeitungen sowjetischer Herkunft betont wird, im Denken der wenigsten sowjetischen Theoretiker eine Rolle. Sie war im Grunde genommen seit der Stalin-Zeit zugunsten deterministischer Interpretationen der Menschheitsentwicklung aus dem wissenschaftlich-theoretischen Diskurs der KPdSU verschwunden. Ein beredtes Beispiel hierfür ist die parteioffizielle Variante der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus.
⁷ Vgl. hierzu Leonid Luks, Schultertschluß von Kommunisten und Faschisten. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19. November 1994. Vesa Oittinen, Ein populistischer Zwitter. Rußlands KP zwischen Leninismus und Staatspatriotismus. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 9/1995, S. 946 – 955.
⁸ Vgl. zu Maskaev: Aufgrund der unklaren Haltung der Führung der KPRF zum Antisemitismus hat die PDS die Verbindungen mit der Partei abgebrochen. Information von Boris Kagarlickij am 12. März 1999 in Moskau.
⁹ Heinz Timmermann, Rußlands KP: Zwischen angepaßtem Leninismus und Volkspatriotismus. Begegnungen und Beobachtungen anläßlich des IV. Kongresses der Zjuganov-Partei. In: *Osteuropa*, 8/1997, S. 751.
¹⁰ Vgl. z.B. *III s-ezd Kommunisticeskoj partii Rossijskoj Federacii (Materialy i dokumenty)*. Moskau 1995, S. 1.
¹¹ Timmermann, S. 753.
¹² Gennadij Zjuganov, *Verju v Rossiju*. Vorone 1995, S. 81. Ähnliches findet sich auch in Zjuganov, *Za gorizontom*. Orel 1995, oder in der Wahlplattform Rossija, Rodina, Narod! Predvybornaja platforma Kandidata na post Prezidenta Rossijskoj Federacii G. A. Zjuganova. In: *Zavtra*, 12/1996.
¹³ G. Zjuganov, Rossija i mir. In: Gosudarstvenno-patrioticeskoe ob-edinenie „Duchovnoe nasledie“, *Sovremennaja Russkaja Ideja i Gosudarstvo*. Moskau 1995, S. 11 – 12.
¹⁴ Der Autor konnte dies bei verschiedenen Gelegenheiten in Diskussion mit russischen Kommunalpolitikern aus der KPRF miterleben. So z.B. im Gespräch, gemeinsam mit Dr. Heinz Timmermann, mit Nikolaj K. Maksjuta, dem jetzigen Gouverneur des Volgograder Gebietes im Juni 1996. Vgl. Frank Schauff, Ungeahnte Dynamik der Regionen. Wahlbeobachtung in Wolgograd. In: *Osteuropa*, 11/1996, S. 1120.
¹⁵ Joan Barth Urban, Valerij D. Solovej, *Russia's Communists at the Crossroads*. Boulder 1997, S. 180.
¹⁶ Z.B. bei seinem Auftritt vor dem Deutsch-Russischen Forum am 26. November 1998 in Bonn.
¹⁷ Vgl. hierzu den Artikel des ehemaligen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Rußlands, Boris Orlov, Rußland auf der Suche nach einer neuen Identität. In: *Osteuropa*, 5/1999, S. 470 – 485.
¹⁸ Gespräch mit Igor' D. Malirov, Generalsekretär des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands, am 12. März 1999 in Moskau.

Wahrscheinlich wird die KPRF die Wahlen zur Duma im kommenden Herbst deutlich gewinnen. Zjuganov hat gute Chancen, den erbärmlich wirkenden Jelzin abzulösen.

Weißrußland: Bringt das neue Jahr den Wandel?

Von Astrid Lorenz*

Mit der materiellen Unzufriedenheit steigt die Zahl derjenigen, die „absolut gegen Lukaschenka“ sind, erstmals in signifikantem Maße an.

Nachdem die Republik Weißrußland jahrelang unter der Ignoranz der westlichen Staatenwelt litt, ist ihr zwar seit etwa zwei Jahren deren verstärkte Aufmerksamkeit gewiß. Doch aufgrund der Schreckensmeldungen über Menschenrechtsverstöße, Parlamentsumbildung nach einem vom Präsidenten Alexander Lukaschenka verfassungswidrig organisierten Referendum sowie der Botschaftenaffäre im vergangenen Jahr sank ihr Image als demokratieorientierter und integrationswilliger europäischer Nachbar auf einen Tiefpunkt. Dabei wünscht sich laut Umfrageergebnissen bereits seit geraumer Zeit die Mehrheit der Weißrussen eine verstärkte Westöffnung, Demokratie sowie ökonomische Reformen in Richtung Marktwirtschaft.

Die Qualen mit den Wahlen

Das Jahr 1999, so hofften Beobachter, könnte den ersehnten Wandel herbeiführen: Im Dezember endete die mehrmonatige Krise in den Beziehungen zwischen Weißrußland und der Europäischen Union, die sich nach der Ausweisung mehrerer Botschafter aus ihren Residenzen – offiziell aufgrund von Reparaturarbeiten – ergeben hatte, mit einem Kompromiß. Zwar nötigte nicht zuletzt die aufgrund der Finanzkrise Rußlands nun erst recht äußerst desolante Wirtschaftslage des Landes die Offiziellen zu diesem Schritt, doch standen einem neuen Dialog die Türen offen. Damit erhöhten sich die Chancen, daß 1999 in Weißrußland zu einem richtungsweisenden Wahljahr würde.

Nachdem die alternativlosen Kommunalwahlen im Frühjahr diese Hoffnung bereits trübten (für 24.564 Mandate wurden lediglich 26.883 Kandi-

daten zugelassen), ist die Durchführung der nach der 1994er Verfassung im Mai anstehenden Präsidentschaftswahlen inzwischen gänzlich unwahrscheinlich. Von seiten der Staatsführung waren seit Herbst vergangenen Jahres unterschiedlichste Kommentare dazu zu hören. Der weißrussische Präsident Lukaschenka hielt sich zunächst bedeckt. Tatsächlich sprach einiges für die Abhaltung der Wahlen: Erstens würden sie ein innenpolitisches Patt zwischen ihm und der Opposition im Angesicht der Wirtschaftsmisere auflösen, zweitens würden Wahlen vom Westen sehr unterstützt, auf dessen finanzielle Hilfe er angewiesen ist und deren Präsenz (Botschafter) für einen gewissen Druck sorgt, und drittens könnte er vor dem Hintergrund absehbarer politischer Kräfteverschiebungen in Rußland nach den in diesem Jahr dort stattfindenden Parlaments- (und vielleicht auch Präsidentschafts-)Wahlen die Notwendigkeit eines solchen Schrittes nach außen durchaus plausibel machen und die Sache damit recht schadlos überstehen.

Aber auch taktische Erwägungen sprachen für einen Wahl-Kompromiß des Präsidenten: Obwohl seine Ratings repräsentativen Umfragen zufolge auch gegenwärtig bei etwa fünfzig% liegen, lassen sich doch neue Tendenzen in den Einstellungsmustern der Bevölkerung erkennen, denn die sozialen Spannungen wachsen mit der materiellen Unzufriedenheit, und die Zahl derjenigen, die „absolut gegen Lukaschenka“ sind, stieg seit Jahresbeginn im Zusammenhang mit der ökonomischen Krise erstmals in signifikantem Maße an.

Dem Präsidenten stellten sich die Alternativen, auf Kosten internationaler Isolation seine nach dem illegitimen Referendum von 1996 um zwei Jahre (bis 2001) verlängerte Amtszeit durchzusetzen und Gefahr zu laufen, aufgrund der bis dahin weiter geschrumpften Wählerklientel eine Wiederwahl zu verpassen, oder aber diesjährigen Wahlen doch noch zuzustimmen. Eine Mehrheit wäre ihm bei einer Kandidatur gewiß, er könnte bis 2004 seinen Posten behalten und würde eine harte Konfrontation mit dem Ausland vermeiden. Zudem befürworten derzeit mehr als 40% (Minsk: 56%) der Weißrussen diese Variante.

Beobachter hofften noch bis vor kurzem an ein Einlenken des Staatsoberhauptes, doch inzwischen wendete sich das Blatt: Im April verschwand die wegen schwerer Verun-

treuung angeklagte und unter Hausarrest gestellte ehemalige Nationalbankchefin Tamara Winnikowa auf bisher ungeklärte Weise, nachdem sie gegenüber einigen Politikern und Journalisten angekündigt hatte, schwere Beweise für illegale Finanzgeschäfte des Präsidenten vorzubringen. Dabei handelte es sich vermutlich um Waffenverkäufe, deren Erlöse in das Präsidentenbudget geflossen sind und – so einige Quellen – unter anderem für den Wahlkampf des russischen Kommunistenführers Gennadi Zjuganow verwendet wurden. Außerdem wurde der Präsidentschaftskandidat Michael Tschigir, Banker und von 1994 bis 1996 Ministerpräsident, wegen schwerer Veruntreuung verhaftet. Er behauptet seinerseits, eindeutige Belege für illegale Geschäfte des Präsidenten zu besitzen. Wahlen würden unter diesen Umständen zu einem ungeahnten Politikum ausarten.

Eine defekte Demokratie

Der vom Westen offiziell anerkannte Oberste Sowjet, der nach der Parlamentsumbildung im Herbst 1996 als Rumpforgang mit etwa vierzig „Übriggebliebenen“ vor allem symbolisch weiter existierte, hatte schon im Januar die Präsidentschaftswahlen für den 16. Mai einberufen. Bereits bevor die Staatsoffiziellen im Februar ankündigten, jegliche Maßnahmen zur Wahlvorbereitung als antikonstitutionelle Akte zu ahnden, war unklar, ob sich überhaupt alle fünfunddreißig weißrussischen Parteien an der Kandidatennominierung beteiligen würden. Einige bekannte Oppositionspolitiker führen von Anbeginn einen harten Kurs und bestanden darauf, die Neubesetzung politischer Ämter nur nach der alten Verfassung und dem entsprechenden Wahlgesetz legitimieren zu lassen. Die von anderen Akteuren verfolgte pragmatische Strategie, erst einmal wählen zu lassen, um dann die Gesetze zu „demokratisieren“, lehnen sie ab. Daß Lukaschenka sich allerdings jemals bereiterklärt, die offiziell abgeschaffte Konstitution wieder einzusetzen, ist höchst fraglich. Dies würde seine Position schwächen, denn ohnehin bestimmten Personalrochaden und ratlose Versuche des Krisenmanagements die jüngste Alltagspolitik.

Aufgrund der Medienblockade und der Widersprüche im Bereich der Meinungs- und Versammlungsfreiheit beraubte sich die Opposition mit ihrer Weigerung von 1996, in das Un-

*Astrid Lorenz ist Politikwissenschaftlerin und Mitglied des Graduiertenkollegs „Das neue Europa“ an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie schreibt eine Dissertation zum Thema „Vorwärts in die Vergangenheit? Der Wandel der politischen Institutionen in der Republik Belarus seit 1991“.

terhaus des neuen Zweikammernparlaments zu wechseln, faktisch jeder wirkungsvollen Möglichkeit, in der politischen Arena des Landes eine Rolle zu spielen. Ihre Funktionen als Kontrolleurin und Reforminitiatorin kann sie nicht erfüllen. Ohnehin schwächt sie sich beständig selbst durch unverständliche Scharmützel untereinander und eine beunruhigende Diskussionskultur. Neben den natürlichen Behinderungen, die von repressiven politischen Systemen ausgehen, hindern vor allem diese Fehler die Opposition an der Er kämpfung von mehr Popularität. In den letzten Jahren lagen die Ratings der oppositionellen Politiker zusammen maximal bei etwa fünfundzwanzig%.

Teile und herrsche

So kam es etwa zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Oppositionspolitikern auf offiziellen Empfängen, oder es wurde verkündet, man akzeptiere lieber Lukaschenka, als mit dem Vertreter einer bestimmten demokratischen Partei zu kooperieren. Die ausgeprägte Pflege persönlicher Ambitionen und Animositäten, die mangelnde Basisarbeit vieler Parteien außerhalb der Hauptstadt Minsk, die polemische Verunglimpfung der Lukaschenka-Wählerklientel, die ausgesprochen schwache Kooperation untereinander, eine unkluge Selbstdarstellung sowie die ausbleibende Suche nach Unterstützung innerhalb der Wirtschaftslobbies sind Charakteristika der weißrussischen oppositionellen Kräfte. Alle Jahre wieder sollen Aktionen wie die Charta '97 oder die Einberufung eines Konsultativen Koordinierungsrates der demokratischen Kräfte im Januar 1999 international Geschlossenheit signalisieren, doch hinter den Kulissen tobt ein harter Kampf um den Anspruch, „die“ Opposition vertreten zu dürfen. Insbesondere der Vorsitzende der sozialdemokratischen „Volksgramada“, Nikolaj Statkewitsch, sowie Gennadi Karpenko, Chef des „Schattenkabinetts“, wurden jüngst von der Basis angegriffen, die Strukturen dafür auszunutzen, „um sich im Ausland als Führer der belarussischen Opposition auszugeben.“

Ihre Heterogenität – das Spektrum der Oppositionsparteien reicht seit der Spaltung der Kommunistischen Partei von sehr weit links bis sehr weit rechts – ist dafür nicht der einzige Grund. Die meisten Parteien weisen bis heute nicht mehr als ein paar hundert Mitstreiter auf. Die Mit-

Foto: Jusos in der SPD NRW



gliederzahlen und die Wahlergebnisse zeugen davon, daß die Bevölkerung sie bislang nicht als Repräsentanten akzeptiert. Ausnahmen bilden im eher „linken“ Weißrußland lediglich die Kommunisten sowie die (nicht-oppositionellen) Agrarier. Die große Gruppe der kleinen und schwachen Parteien spricht bei teils nur nuanciert unterschiedlichen Programmatiken (so verfolgen etwa zehn von ihnen sozialdemokratische Ziele) nahezu dieselbe Klientel an: die intellektuell orientierte Mittelschicht, die sich in der Hauptstadt Minsk konzentriert. Im weißrussischen Mehrheitswahlsystem werfen sie sich dabei gegenseitig aus dem Rennen.

Brüchige Zivilgesellschaft

Zumindest öffentlich ist eine Einsicht in eigene Fehler jedoch weder eine Stärke der offiziellen Politik noch der Opposition. Dies zeigte sich einmal mehr auf einer internationalen Tagung in Minsk im November, an der zahlreiche Vertreter beider Seiten teilnahmen. Insbesondere die Repräsentanten der Volksfront sowie der Liberalen verschlossen sich jeglicher Kritik mit dem Verdacht, diese könne nur von Unterstützern des Lukaschenka-Regimes kommen. Sie neigen damit ebenso wie viele westliche Beobachter der irrigen Meinung zu, die Präsidentenopposition sei per se demokratisch und fehlerfrei, und die andere Seite bestehe nur aus rückwärtsgewandten und antiwestlichen Kommunisten.

Zum einen legt diese simplifizierte Eigenwahrnehmung den enttäuschenden Schluß nahe, daß die Leidenfähigkeit der weißrussischen Demokraten offenbar noch immer nicht ausgeschöpft ist, zum anderen läßt sich konstatieren, daß Lukaschenka und seine Entourage die Schwächen der Opposition gnadenlos präzise erkennen und demagogisch nutzen, um die sogenannten „Sesselpolitiker“ und „Dermokraten“ („Dreckdemokraten“), die mehr ins Ausland reisten als sich um ihre Landsleute zu kümmern, in den Augen der Bevölkerung zu diffamieren. Gerade auch, weil diese Polemiken nicht gänzlich aus der Luft gegriffen sind, stoßen sie auf offene Ohren.

Im Januar griff Lukaschenka erneut in die Mottenkiste zentralistischer Steuerung und ordnete ein zweites Mal – nach dem Frühjahr 1995 – die Neuregistrierung aller Parteien und gesellschaftlichen Organisationen bis zum 1. Juli an, um einen Überblick über die zweifelsohne undurchsichtigen zivilgesellschaftlichen Strukturen des Landes zu gewinnen. Danach sollen nur jene Interessenvertreter weiter offiziell bestehen, die bis zu 1000 (bisher 500) Unterschriften von Mitgliedern nachweisen: der Gnadenstoß für etliche kleine Parteien und Gewerkschaften, darunter durchaus einige Kartelleichen. Ein Paradox, daß möglicherweise gerade diese Einschränkung der Vereinigungsfreiheit der Bürger, die im übrigen von der Mehrheit der betroffenen Organisationen akzeptiert wird, nun

Zumindest öffentlich ist eine Einsicht in eigene Fehler weder eine Stärke der offiziellen Politik noch der Opposition.

Foto: Jusos in der SPD NRW



zu einer erzwungenen Sammlung der demokratischen Kräfte führen könnte.

Gespräche mit weißrussischen Experten verstärken den Eindruck, daß die latent abnehmende Unterstützung für den Präsidenten sowie die Schwäche der oppositionellen Parteien, Gewerkschaften und NGOs vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise die idealen Rahmenbedingungen für den Auftritt eines Newcomers sind, der politisch noch relativ unbelastet und imstande wäre, die verfeindeten Lager zu integrieren. Auch Lukaschenka war 1994 ein derartiger Neuling ohne die scheinbar notwendigen Netzwerke in Minsk, der den unbesiegbar geglaubten Kebitsch, Anwärter für das damals neu geschaffene Amt des Staatspräsidenten, in der Gunst der Bevölkerung eindrucksvoll schlug.

Alternativen zu Lukaschenka?

Das Szenario des „neuen Spielers“ wäre vor allem deshalb denkbar, da es bislang keinem der politischen Akteure in Weißrußland (auch nicht der nationalistischen „Volksfront“) gelang, ein Ideologie- bzw. Wertangebot zu unterbreiten, das von einer breiten Masse der Bevölkerung geteilt würde. Die Bürger sind aber fast zehn Jahre nach dem Ende der Sowjetunion ihrer aus der zwischenzeitlichen Ideologie-

feindlichkeit entstandenen geistigen Orientierungslosigkeit müde und daher offen für neue Ideen, die dabei helfen, den krisengeschüttelten Alltag moralisch durchzustehen.

Zudem begann am 9. März in Belarus eine neue großangelegte Antikorruptionskampagne, die bereits einige bekannte Oppositionspolitiker in Mißkredit brachte, so den Vorsitzenden der alternativen Wahlkommission, Wiktor Gontschar, oder den ehemaligen Nationalbankchef und Vorsitzenden der Bürgerpartei, Stanislaw Bogdankewitsch. Aufgrund der zu Beginn der neunziger Jahre aufgetretenen staatlichen Regelungslücken und -widersprüche im ökonomischen Bereich sind Vorwürfe gegen nahezu alle Wirtschaftsakteure möglich. Sie werden nun genutzt, um politische Konkurrenten auszuschalten. Auch der kürzliche Tod des stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets, Genadi Karpenko, dürfte die Opposition schwächen. Da die Kräfteverhältnisse recht fragil sind, gilt für Weißrußland ebenso wie für den großen Nachbarn Rußland: Die Diversifizierung der Gesprächspartner westlicher Staaten ist von Vorteil; eine Strategie, die vor allem von der OSZE umgesetzt wird.

Das Regime Lukschenkas stützt sich politisch auf das Streben der Bürger nach sozialer Sicherheit und Beständigkeit; nicht nur, aber auch nicht selten gepaart mit der ex-post-Überhöhung des bescheidenen Wohlstandes zu Sowjetzeiten. Als „verlängerte Werkbank“ Rußlands war Weißrußland, dessen Ökonomie erst auf Direktive Moskaus aus der agrarischen Subsistenzwirtschaft erlöst worden war und das zu einer der blühendsten Republiken der UdSSR mit einem überdurchschnittlich hohen Lebensstandard gedieh, besonders eng mit den östlichen Anrainern verquickt. Daher avancierte das Land nach der Auflösung der UdSSR zum wichtigsten Motor einer Reintegration. Deren Ausgestaltung und Qualität ist einer der entscheidenden politischen Konfliktpunkte.

Der „Faktor Rußland“

Selbstverständlich sind die politischen Entwicklungen in Weißrußland in besonderem Maße vom Verhalten Rußlands abhängig, das einerseits Rückendeckung bei bestimmten Eskapaden liefern kann (Rußland stärkte Lukaschenka im Referendumkonflikt 1996, erkennt die Nationalversammlung als einziges Land offiziell an und

stand im Botschaftenskandal hinter Weißrußland), andererseits aber aufgrund seiner Subventionen gleichkommenden, billigen Energielieferungen ein greifbares Erpressungspotential besitzt. Da der aufgrund ausgebliebener Investitionen in vielem noch nicht weltmarktfähige Staat auch heute noch 70% seines Außenhandels mit Rußland abwickelt, dessen Akteure gegenwärtig die Stabilität im Westen durch Zahlungsaufschübe sponsorn, vertritt inzwischen die Mehrheit der Parteien, auch innerhalb der Opposition, eine – freilich jeweils spezifisch ausgefeilte – außenpolitische und wirtschaftliche „Vielvektorenpolitik“.

Auch wenn eine faktische Unabhängigkeit des Landes aus wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gründen derzeit nicht absehbar ist; die nationale de-jure-Souveränität besitzt mittlerweile für weißrussische Entscheidungsträger obere Priorität. Zwar hegt Lukaschenka offenkundig gewisse Ambitionen bezüglich einer Präsidentschaft der russischen Föderation, doch deren Realisierung fällt in den mythologischen Bereich. Ein Analytiker beschreibt den Pragmatismus des Staatsoberhauptes folgendermaßen: „Und sobald er erkennt, daß er keine realen Chancen hat, kann er zum größten Verteidiger der Unabhängigkeit werden.“ Lukaschenka seinerseits warf kürzlich im staatlichen Fernsehen der demokratischen Opposition vor, sie sei zwar gegen die Union mit Rußland, würde aber einer Vereinigung mit Deutschland sofort zustimmen. Die Bevölkerung selbst ist laut Untersuchungen ständig weniger bereit, die Unabhängigkeit des Landes aufzugeben, allein schon wegen der noch weitaus dramatischeren Lebensumstände in großen Teilen Rußlands.

Insofern sollte auch die am 25. Dezember vergangenen Jahres von Boris Jelzin und Alexander Lukaschenka im Kreml unterzeichnete Deklaration über eine weitere Integration der beiden Staaten nicht überbewertet werden. Es ist kaum abzusehen, daß die entsprechenden Vereinbarungen (gemeinsame Währung, Vereinheitlichung des Wahlrechts, Steuerharmonisierung) ratifiziert bzw. dann implementiert werden; vor allem in Rußland gibt es erhebliche Vorbehalte. Vielmehr handelte es sich bei diesem Schluß ebenso wie bei der öffentlichen Propagierung slawischer Einheit, bei der Forderung nach Grün-

derung einer militärisch-politischen Vereinigung der Länder Rußland, Belarus, China, Indien und Iran oder bei der deklarierten Kooperation mit Jugoslawien um Akte symbolischer Politik angesichts der NATO-Osterweiterung sowie des Angriffes der Allianz auf Jugoslawien.

Generell weist die „ständige Intensivierung“ der russisch-weißrussischen Integration eine augenfällige Disparität zwischen offiziellen Erklärungen und tatsächlicher Entwicklung auf. Bilaterale Projekte wie der Bau leistungsfähiger Motoren für Weißrußland durch die Autofabrik in Jaroslavl erreichen keine bedeutungsvollen Dimensionen, und das gemeinsame Budget wurde zwar Anfang Februar nicht zuletzt infolge des Währungsverfalls entscheidend aufgestockt, ist aber mit rund 800 Mio. Rubel ebenfalls nicht allzu groß bemessen, wobei Rußland zudem die finanziellen Absprachen in den vergangenen Jahren nicht einhielt. Das neueste – und wiederum kaum finanzierbare – Gemeinschaftsprojekt ist der Aufbau einer gemeinsamen Rundfunk- und Fernsehanstalt. Ein entsprechender Vertrag vom 22. Januar wurde

der Union beider Staaten zur Ratifizierung vorgelegt.

Wichtiger als derartige Potemkinische Dörfer ist für Lukaschenka derzeit wohl die Rückendeckung durch russische Politiker, wie den Moskauer Bürgermeister und potentiellen Jelzin-Nachfolger Juri Luschkow, der seine Bruderschaft mit dem belarussischen Präsidenten gern vor Kameras demonstriert, oder Michael Gorbatschow, der während eines Minsk-Aufenthaltes im April Lukaschenka für seine Reise nach Jugoslawien und seinen politischen Kurs im Land viel und lange lobte.

Zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Nahezu sämtliche weißrussischen Akteure der verschiedenen Lager bekunden ihr Streben nach Demokratie (Lukaschenka bezeichnete sich unlängst gar als „Superdemokrat“), marktwirtschaftlichen Reformen sowie guten nachbarschaftlichen Beziehungen nach Ost und West. Interessant und aufschlußreich wird das Minsker Panoptikum immer dann, wenn ein Blick hinter die Kulissen diese Deklarationen konkretisieren soll. Eines ist je-

doch angesichts des ökonomischen Desasters im Lande vor dem Hintergrund der angeschlagenen Subventionsquelle Rußland klar: Auch wenn in diesem Jahr keine Wahlen stattfinden; ein politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Wandel ist über kurz oder lang nicht zu vermeiden.

Dies sollte westliche Akteure nicht davon abhalten, sachlich auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Normen zu drängen, zumal Lukaschenka das Außenministerium unlängst dazu aufforderte, mit einer „Taktik kleiner Schritte zueinander“ die Beziehungen zum Westen zu normalisieren. Im Juli, wenn seine reguläre Amtszeit ausläuft, wird sich zeigen, ob bei möglicherweise ausbleibenden Wahlen eine für diesen Fall avisierte Verweigerung des gerade wieder begonnenen Dialogs mit dem dann illegalen, aber von der Bevölkerung konkurrenzlos unterstützten Oberhaupt eines nahezu mitteleuropäisch gelegenen Staates realpolitisch sinnvoll ist.

Auch wenn in diesem Jahr keine Wahlen stattfinden; ein politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Wandel ist über kurz oder lang nicht zu vermeiden.

Nahezu sämtliche weißrussischen Akteure der verschiedenen Lager bekunden ihr Streben nach Demokratie – Lukaschenka bezeichnete sich unlängst gar als „Superdemokrat“.

spw



Johannes Klotz/Gerd Wiegel (Hg.)
Geistige Brandstiftung?
Die Walsen-Bubis-Debatte

Broschur, 144 S.;
DM 18,-; SFR 17,-; ÖS 133,-
ISBN 3-89438-179-5



Georg Fülberth
Berlin-Bonn-Berlin
Deutsche Geschichte seit 1945

Gebunden, 315 S.,
DM 36,-; SFR 33,-; ÖS 267,-
ISBN 3-89438-168-X

Johannes Klotz (Hg.)
Schlimmer als die Nazis?
Das „Schwarzbuch des Kommunismus“,
der Geschichtsrevisionismus und die
neue Totalitarismusdebatte

Broschur, 207 S., DM 26,-; SFR 24,-;
ÖS 193,-
ISBN 3-89438-169-8



Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik
Memorandum '99
Mehr Konsequenz beim Kurswechsel -
Vorrang für Beschäftigung, Umwelt und
Gerechtigkeit

Broschur, 288 S., DM 29,80,-; SFR 27,50;
ÖS 221,-
ISBN 3-89438-169-8



Schöne neue Weltordnung!?

Einleitende Gedanken zum Heftschwerpunkt

von Dirk Meyer*

„Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, heute Abend hat die NATO mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. Damit will das Bündnis weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte unterbinden und eine humanitäre Katastrophe im Kosovo verhindern. (...) Wir führen keinen Krieg (...).“

Bundeskanzler Gerhard Schröder am Abend des 24. März 1999

„Die Wahrscheinlichkeit, daß Kosovo-Albaner im Falle ihrer Rückkehr in ihre Heimat massiven staatlichen Repressionen ausgesetzt sind, ist insgesamt als gering einzuschätzen.“
Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Bundesrepublik Jugoslawien (Stand November 1998) des Auswärtigen Amtes vom 18. November 1998.

Jede Menge Fragen

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels zählen wir die 52. Bombennacht über Jugoslawien. Es bestätigt sich die Nachricht, daß in Korisa rund 80 Kosovo-Albaner durch NATO-Bomben getötet wurden.

Darüber hinaus ist das Spektakel des Bundesparteitag von Bündnis90/Die Grünen vorüber, und allen ist klar, daß die „Kompromiß“-Forderung nach einer befristeten, einseitigen Feuerpause der NATO angesichts der Machtverhältnisse im Bündnis kaum eine ernsthafte Chance auf Realisierung hat.

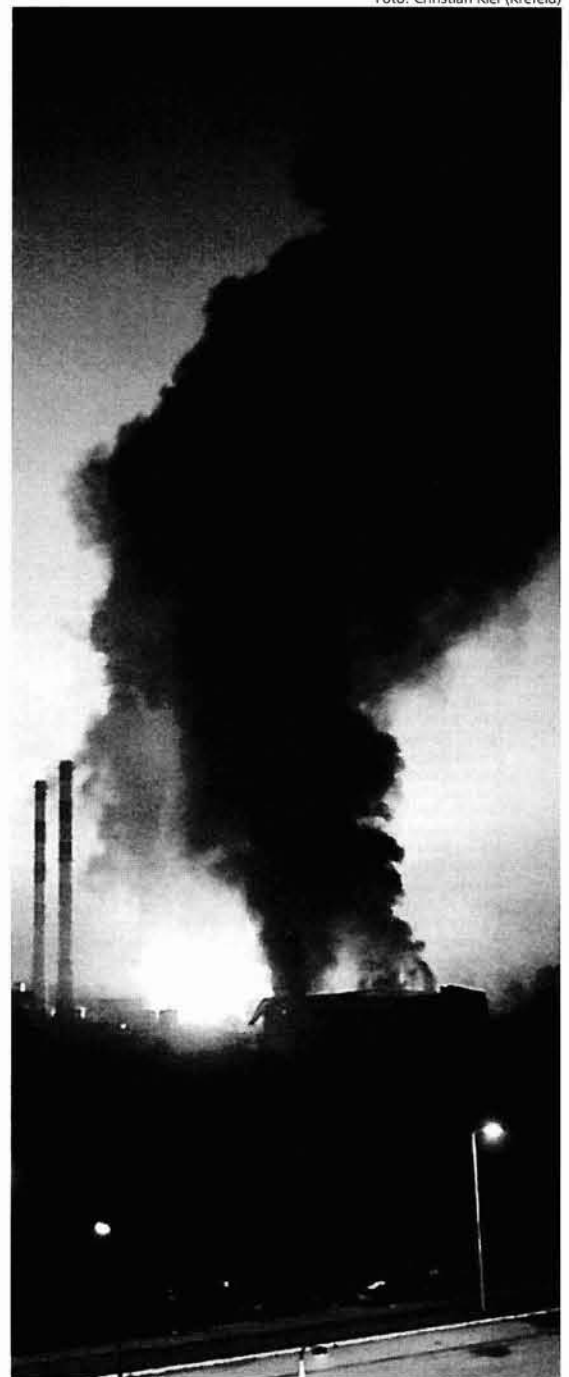
Und klar ist auch, daß wir mit den Kriegsfolgen noch lange beschäftigt sein werden, selbst wenn die Kriegshandlungen in Kürze beendet sein sollten. In materieller Hinsicht sowieso, politisch erst recht auch. Die Vielschichtigkeit des Kosovo-Krieges wirft jede Menge

Fragen auf, um deren Beantwortung sich kein Mitglied der Regierungsparteien mehr herummogeln kann.

Diese Fragen werden nicht nur immer dringlicher und zahlreicher. Sie werden auch von immer mehr Menschen gestellt.

Die Meinungsumfragen der letzten Wochen deuten darauf hin, daß die anfangs hohe Zustimmung zu den NATO-Angriffen im Westen der Bundesrepublik abbröckelt und sich langsam der Skepsis in Ostdeutschland annähert. Das hat sicherlich entscheidend mit der in den Medien gewachsenen vorsichtigeren Haltung zu tun, deren seriösen Vertretern insgesamt deutliche Lernerfolge gegenüber der Berichterstattung aus dem Golfkrieg zu bescheinigen sind. Darüber hinaus sind jedoch die Widersprüche in den Taten und Argumenten der

Das neue NATO-Statut nährt die Vermutung, dieser Krieg habe als Präzedenzfall für die neue regionale oder gar globale Ordnungsmacht erhalten sollen.



Kriegführenden so augenfällig, daß sie auch von denjenigen nur noch schwer ignoriert werden können, die anfangs im Bombardement keine Alternative gesehen hatten.

Zweifel an der Staatskunst der Handelnden

Was nährt die Skepsis an der Sinnhaftigkeit des NATO-Einsatzes?

1. Immer mehr Menschen zweifeln an der Staatskunst der Handelnden.

Wie das Eingangszitat des Bundeskanzlers dokumentiert, klaffen die ursprünglich proklamierten Ziele der nicht „Krieg“ genannten „Luftschläge“ (ein semantisch ähnlich krauser Begriff wie „humanitäre Katastrophe“) und das nach 52 Bombennächten Erreichte offenkundig auseinander, oder, wie Karl D. Bredthauer es in den Blättern für deutsche und internationale Politik (5/99) formuliert hat: „Kein Erfolg heiligt diesen Einsatz.“

* Dirk Meyer, Bünde, Historiker, Mitglied der spw-Redaktion

Im Gegenteil. Es deutet einiges darauf hin, daß im Windschatten der NATO-Angriffe die Vertreibungen der Kosovo-Albaner hemmungsloser und brutaler vonstatten gegangen sind. Es häufen sich die „Kollateralschäden“ genannten Menschenopfer der Bombenangriffe auf seiten der Kosovo-Albaner wie der Serben. Der gesamte Südosten Europas ist wohl auf Jahre hinaus ökonomisch und sozial destabilisiert. Kurzum, der NATO-Krieg ist unverhältnismäßig, weil er, wie Dieter S. Lutz zurecht bemerkt, mehr zerstört als schützt.

War das alles nicht vorauszusehen? Gab es niemanden, der vor diesen nicht-intendierten Folgen auf der Grundlage sauberer Analysen gewarnt hat? Es gab sie vielleicht. Aber weil man sie nicht ernstgenommen hat, zweifeln immer mehr an der Staatskunst der Handelnden.¹

Zweifel an der Lauterkeit der Motive

2. Der Verlauf des Krieges nährt bei immer mehr Menschen auch Zweifel an der Lauterkeit der proklamierten und deklarierten Kriegsmotive des Westens.

Im Verlaufe der bislang 52 Kriegstagen haben sich Ungereimtheiten auf seiten derjenigen angehäuft, die im Namen von Wahrheit und Menschenrechten einen Krieg zu führen vorgeben. Das wirft unangenehme Fragen auf und läßt manchen nach der versteckten Wahrheit hinter der unangemessen tönenden, prinzipiellen Rhetorik suchen.

So muß es auch Menschen, die dem Krieg bislang zustimmen, stutzig machen, wenn plötzlich Lageberichte des Auswärtigen Amtes auftauchen, die zum Zeitpunkt der „activation order“ abgefaßt sind und eine weit weniger schurken-theoretisch hergeleitete Beschreibung des Kosovo-Konfliktes und seiner Ursachen liefern, als dies zum Repertoire jeder Pressekonferenz seit Beginn der Kriegshandlungen gehört.

Wenn Außenminister Fischer diese Lageberichte heute als Fehler bezeichnet, dann weckt er mit dieser Aussage erst die Zweifel, die zu zerstreuen er beabsichtigt: Waren die Berichte wirklich falsch? Oder war es ein Fehler, richtige Berichte zur Lage produzieren zu lassen? Ist es üblich, Lageberichte, die über das Schicksal von Asylsuchenden entscheiden, fälschen zu lassen? Wer garantiert, daß heute die Wahrheit gesagt wird?

Man muß nicht unter Verfolgungswahn leiden, um ausgehend von diesen Ungereimtheiten Fragen nach den wahren oder den anderen, möglicherweise ausschlaggebenden Motiven der westlichen Kriegsparteien zu stellen.

Das neue NATO-Statut zum Beispiel nährt die Vermutung, dieser Krieg habe als Präzedenzfall für die neue regionale oder gar globale Ordnungsmacht herhalten sollen. Horst Grabert, ehemaliger Botschafter in Jugoslawien und enger Vertrauter Willy Brandts, gibt in seinem Artikel hierzu deutliche Antworten und ist sich sicher, im neuen Statut den Schlüssel zu diesem Krieg gefunden zu haben.

Die angebliche Alternativlosigkeit und die weltpolitischen Folgen

3. Wer an den lauterer Motiven zu zweifeln sich genötigt sieht, beginnt die angebliche Alternativlosigkeit des Krieges in Frage zu stellen.

Wenn es Indizien dafür gibt, daß auch der Kosovo nur die Bühne ist, auf der ein ganz anderes Stück als das von der Verteidigung der Menschenrechte gespielt wird, dann stellt sich die Frage nach den Alternativen anders und neu. Dann wird plötzlich der Blick frei auf Präventionsoptionen und friedliche Konfliktlösungen, die nicht ausgeschöpft wurden, weil sie den Verlauf des Spielplanes gestört hätten.

Dies allerdings macht die ganze Angelegenheit noch qualender für den Betrachter. Denn mit jeder aufgezeigten Alternative rückt der sogenannte Friedensprozeß von Rambouillet in ein noch düsteres Licht, als er seit der Diskussion um den Annex B seit geraumer Zeit schon ist. Am Ende kann man wie Horst Grabert zu dem Schluß gelangen, hier sei ein Persilschein für den Krieg ausgestellt worden.

4. Die Skepsis gegenüber einem bislang erfolglosen Krieg wächst schließlich auch angesichts der bedrückenden weltpolitischen Folgen.

Was, so fragen sich immer mehr Menschen, ist eine „Doppelstrategie“ aus Bomben und diplomatischen Initiativen wert, die das, was sie gerade an politischer Deeskalation aufgebaut hat, mit Bomben in die chinesische Botschaft gleich wieder zerstört?

Ist es auch im deutschen, im europäischen Interesse, Rußland als zweitgrößter Atommacht seine angebliche Bedeutungslosigkeit vorzuführen? Sehr aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang das Dossier von Gunter Hofmann „Wie Deutschland in den Krieg geriet“ (Die Zeit vom 12.05.1999). Er zeigt hier, daß Rußland in der Jugoslawien-Kontaktgruppe häufig nur Abgestimmtes des Westens abnikken konnte und während der Rambouillet-Verhandlungen systematisch von jedem politischen Lösungsversuch ferngehalten worden ist.

Schließlich die Frage aller Fragen, wenn es um die weltpolitischen Fernwirkungen dieses Krieges geht: Wem außer der letzten verbliebenen Supermacht nützt eigentlich die Marginalisierung der Vereinten Nationen, wie sie leider auch von so vielen Sozialdemokraten achselzuckend und auch zustimmend zur Kenntnis genommen wird?

Und was bedeutet der völkerrechtliche Rückfall in die Zeit vor dem Völkerbund für künftige Konfliktherde, die sich, wie Dettlef Bimboes am Beispiel der Kaukasusregion aufzeigt, längst abzuzeichnen beginnen?

Die Frage nach der Eignung der eingesetzten Mittel

Derartige Fragen, die die Kriegsmoral nicht nur der Deutschen aufweichen, weisen ein gemeinsames Charakteristi-

Es gibt keine gerechten Kriege. Auch dieser ist kein gerechter Krieg. Wir müssen raus aus der Eskalationslogik und zurück an den Verhandlungstisch.

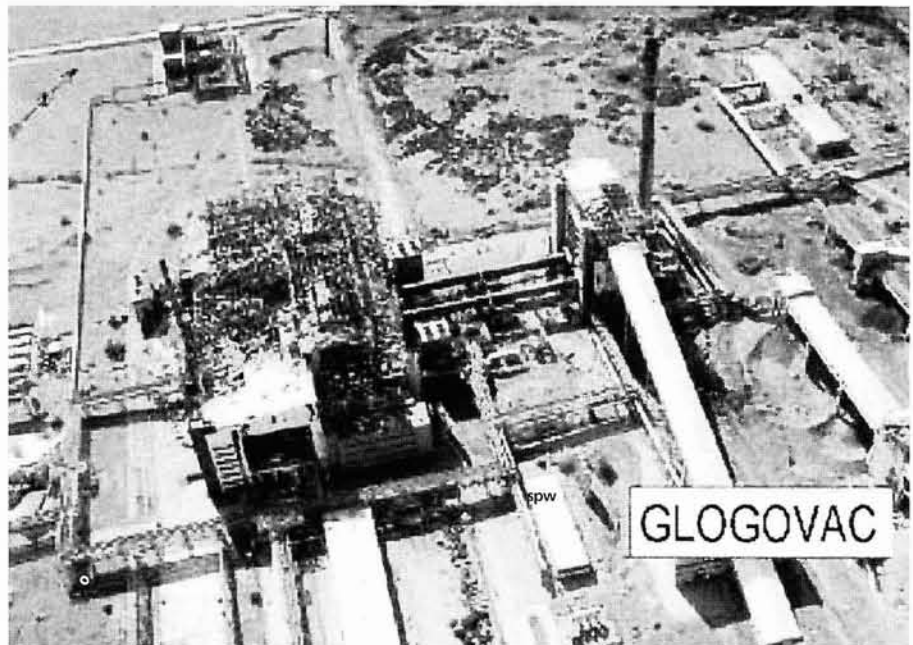


Foto: NATO

kum auf: Sie nehmen die gewissensethisch vorgetragene Rhetorik der Handelnden beim Wort, indem sie verantwortungsethisch die eingesetzten Mittel auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen und befragen.

Diese Gemeinsamkeit ist es auch, die die Lager der Kriegsgegner und Kriegsbefürworter nicht unbedingt entlang von rechts und links verlaufen läßt. Nach intensiver Analyse der Zweckmäßigkeit eingesetzter Mittel kommen beispielsweise Zeitgenossen wie Alfred Dregger, Helmut Schmidt oder Henning Voscherau zu ähnlichen Ergebnissen wie Leserinnen und Leser dieser Zeitschrift: Es gibt keine gerechten Kriege. Auch dieser ist kein gerechter Krieg. Wir müssen raus aus der Eskalationslogik und zurück an den Verhandlungstisch.

Der Kosovo-Krieg, so zeigt sich heute, wo noch immer gekämpft wird, markiert eine Zeitenwende internationaler Politik. Sie wäre ohne das Ende der bipolaren Weltordnung nicht möglich gewesen. Damit ist allerdings noch nicht gesagt, welche Richtung die Entwicklung insgesamt nehmen wird, die vor allem von den USA gewünschte oder die von manchem NATO-Partner befürchtete Neue Weltordnung. Darüber entscheidet nicht zuletzt der Ausgang des Kosovo-Krieges.

Außen- und Sicherheitspolitik auf die Agenda!

Für die Sozialdemokratie bedeutet die Offenheit der Entwicklung: Außen- und Sicherheitspolitik gehören endlich wieder auf die Agenda der öffentlichen und innerparteilichen Diskussion. Fast zehn Jahre hat die deutsche Sozialde-

mokratie dieses Politikfeld verschlafen bzw. sich in heute abseitig anmutenden Debatten über Blauhelme und deren Selbstverteidigungsrechte verheddert, während andere Fakten schufen.

Auf die Agenda nehmen heißt, wie Helmut Schmidt zu recht gefordert hat, außen- und sicherheitspolitische Debatten von der Tiefe und Ernsthaftigkeit der EURO-Debatte zu führen. Das bedeutet Fragen nach der künftigen europäischen Sicherheitsarchitektur, nach dem Verhältnis zwischen Europa und den USA, nach der Funktionsfähigkeit multinationaler Organisationen, nach einer künftigen militärischen Identität und Handlungsfähigkeit Europas und der Rolle der Bundeswehr darin, nach wirksamen Präventionsoptionen, nach künftigen Abrüstungsschritten, nach den Schritten zu gerechten wirtschaftlichen Beziehungen zu stellen und realitätstaugliche Antworten zu geben. Einen ersten Aufschlag dazu machen Dieter S. Lutz und Heidemarie Wieczorek-Zeul. Diese Debatte gilt es weiterzuführen.

Im Moment jedoch kommt es darüber hinaus darauf an, den verantwortungsethischen Legitimationsdruck auf die Handelnden zu verstärken. Das wirksamste Mittel dabei sind intelligente Argumentationen, wie sie sich in den Artikeln des vorliegenden Schwerpunktes wiederfinden. spw

¹ Sehr lesenswert sind in diesem Zusammenhang auch die Analysen der Fehleinschätzungen der Politik von August Pradetto („Die sieben klassischen Fehler der westlichen Politik in Kosovo“, Frankfurter Rundschau vom 23.04.1999) sowie von Tobias Debiel („Katastrophe im Kosovo“, Blätter für deutsche und internationale Politik 5/99).

Der Krieg im Kosovo

Konsequenzen und Lehren für Europas Sicherheitsordnung?

von Dieter S. Lutz*

Es ist Krieg in Europa. „Das Kind ist in den Brunnen gefallen.“ Der Ausgang der Rettungsaktion ist ungewiß. Sie wird uns noch viele Monate beschäftigen, einschließlich der Nachsorge vermutlich sogar Jahre und Jahrzehnte. Das darf aber nicht bedeuten, daß Europa versäumt, sofort und unverzüglich die Konsequenzen und Lehren aus dem Krieg im Kosovo zu diskutieren. Am Horizont zeichnen sich bereits die nächsten Konflikte ab, die in Kriege umzuschlagen drohen. Wie der Kurden-Konflikt zeigt, immer auch verbunden mit der Gefahr des Krieges auf Deutschlands Straßen.

Was sind die Lehren aus Bosnien, aus Kosovo und all' den anderen kriegerischen Konflikten nach der sog. Zeitenwende von 1989/90 für die Struktur der gegenwärtigen Friedens- und Sicherheitsordnung in und für Europa? Wie

muß eine Friedens- und Sicherheitsordnung in und für Europa aussehen, die diesen Namen auch wirklich verdient? Dazu als erstes einen Blick auf die gegenwärtige Ordnung. Sie ist geprägt von einer Reihe großer Paradoxien.

Die Paradoxien der gegenwärtigen Sicherheitsordnung in und für Europa

Zu diesen Paradoxien der Europäischen Sicherheitsordnung von heute gehört das lautstarke Bekenntnis aller politischen Kräfte zur Krisenprävention einerseits und die gleichzeitige Ignoranz und Passivität der europäischen Staatengemeinschaft gegenüber erkennbaren oder gar schon eskalierenden Konfliktpotentialen andererseits. „Vorsorgen ist besser als Heilen“ bleibt bloßes Lippenbekenntnis.

Mit oder ohne Absicht wurde in Dayton zum Beispiel das Kosovo vergessen. Über Jahre hinweg fanden die Kosovo-Albaner darüber hinaus kaum Gehör bei der europäischen Völkergemeinschaft. Erst als die soziale Verteidigung der Kosovo-Albaner in den bewaffneten Kampf umschlug, erst als aus Freiheitskämpfern Terroristen wurden, erst als die Serben begannen, albanische Zivilisten zu massakrieren, erst als albanische Nationalisten drohten, um eines Großalbanien willen den gesamten Balkan in einen Krieg zu verwickeln, erst da erwachte Europa aus seiner Lethargie und zwang Serben und Kosovo-Albaner an den Verhandlungstisch von Rambouillet. Zu spät! Fünf nach zwölf ist Prävention nicht mehr möglich.

Zu den großen Paradoxien der europäischen Sicherheitsordnung gehört ferner der gesamte Bereich von Rü-

* Prof. Dr. Dieter S. Lutz ist Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.



stung einerseits und Abrüstung und Rüstungskontrolle andererseits. In der öffentlichen Meinung ist die Ansicht weit verbreitet, das vergangenen Jahrzehnt nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes sei eine „Abrüstungsdekade“ gewesen und die NATO-Staaten hätten in einem nie dagewesenen Ausmaß – und zwar überproportional – abgerüstet. Diese Ansicht ist ein gefährlicher Irrglaube. Richtig ist vielmehr, daß der weltweite Rückgang der Militärausgaben und der Bestände an Soldaten in erster Linie auf Reduzierungen Rußlands bzw. der vormaligen Sowjetunion zurückzuführen sind. Die Militärausgaben Rußlands liegen gegenwärtig bei lediglich 20 bis 40 Milliarden US-Dollar, die der USA und der europäischen NATO-Staaten dagegen noch immer bei ca. 270 bzw. 180 Milliarden US-Dollar. Die NATO gibt somit nicht nur das Zehn- bis Zwanzigfache von Rußland aus. Allein die 19 Staaten der NATO haben mit der gewaltigen Summe von über 450 Milliarden US-Dollar zugleich mehr als die Hälfte der gesamten Rüstungsausgaben der knapp 200 Staaten dieser Welt zu verantworten.

Anders als öffentlich dargestellt, führen die Staaten der „mächtigsten Militärallianz aller Zeiten“, der NATO, heute einen absurden und teuren Rüstungswettlauf weithin mit sich selbst! Von der Unterdrückung der Kosovo-Albaner in Jugoslawien hat der Rüstungskoloss NATO trotzdem Serbien nicht abschrecken können. Daß darüber hinaus selbst der Einsatz der riesigen Kriegsmaschinerie das propagierte Ziel der Verhinderung einer „humanitären Katastrophe“ nicht verwirklichen kann, wird, je länger der Krieg dauert, immer offensichtlicher.

Europa in Abhängigkeit von den USA

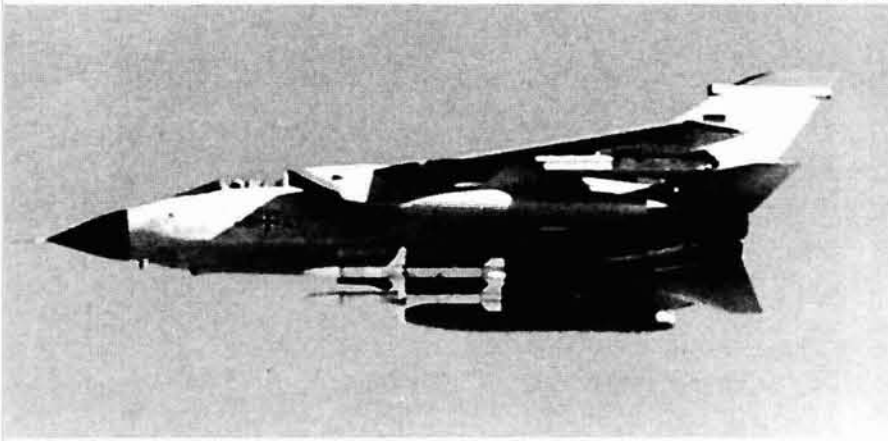
Ein drittes Paradoxon besteht darin, daß stets von einer europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung ausgegangen wird, Europa als (allein oder als gleichberechtigt) handelnder sicherheitspolitischer Akteur aber gar nicht existiert. Zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes hatte Europa (West) seine sicherheitspolitischen Belange an die USA direkt oder an den von den USA dominierten Militärpakt NATO delegiert. Die USA waren die Lösung des Problems

(europäische) Sicherheit. Heute – zehn Jahre nach der Zeitenwende – existieren zwar Warschauer Pakt, Sowjetunion und Abschreckungssystem nicht mehr, an der strukturellen Abhängigkeit Europas von Amerika hat sich aber nichts oder nur wenig geändert. Der frühere US-Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski gibt diesem Zustand in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ zutreffend, wenn auch für Europa wenig schmeichelhaft, einen Namen: „Tatsache ist schlicht und einfach, daß Westeuropa und zunehmend auch Mitteleuropa weitgehend ein amerikanisches Protektorat bleiben, dessen alliierte Staaten an Vasallen und Tributpflichtige von einst erinnern.“

Zwar sind Frieden und Sicherheit in Europa auch gegenwärtig nur mit den USA zu erzwingen. Der Dayton-Prozeß, der Ägäis-Konflikt oder aktuell der Kosovo-Konflikt belegen diese Aussage. Doch darf Friedenserzwingung mit militärischen Mitteln nicht – mit einer für Europa so dringend erforderlichen – vorbeugenden Friedenspolitik im Rahmen einer funktionierenden und effektiven Sicherheitsordnung verwechselt werden. Letztere soll ja gerade den Einsatz militärischer Mittel überflüssig machen, Kriege verhüten helfen. Solange aber der Rückgriff auf die militärischen Mittel und Möglichkeiten der USA in Aussicht stehen, werden die Europäer sich kaum auf eine gemeinsame Friedens- und Sicherheitsordnung einigen. Solange sich aber die Europäer nicht einigen, wird Amerika in Europa seinen dominanten, ja hegemonialen Einfluß behalten. Es liegt im Interesse der USA, nicht Europas, daß dieser Teufelskreis sich immer wieder aufs Neue schließt. Soll er beendet werden, so muß der Tabubruch mitgedacht werden: Entweder die USA ordnen sich (der Vision) einer Sicherheitsordnung nach dem Leitgedanken der Stärke des Rechts ein und unter, oder die Sicherheitsarchitektur Europas muß zumindest auf Zeit auf die Einbeziehung Amerikas verzichten.

Die 19 Staaten der NATO haben mit über 450 Milliarden US-Dollar mehr als die Hälfte der gesamten Rüstungsausgaben der knapp 200 Staaten dieser Welt zu verantworten.

Foto: Christian Kiel (Krefeld)



Die NATO kann kein System kollektiver Sicherheit ersetzen

Zu den Paradoxien des gegenwärtigen Sicherheitssystems gehört schließlich viertens, daß in den Jahren nach 1989/90 die Jahrhundertchance bestand und auch heute noch besteht, eine stabile und dauerhafte Friedens- und Sicherheitsordnung in und für Europa im Sinne eines regionalen Systems Kollektiver Sicherheit zu schaffen, wie es Kapitel VIII der UN-Charta, aber auch Artikel 24 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vorsieht. Diese Chance wurde bislang nicht genutzt.

Gemessen an dieser Jahrhundertchance ist die Fortführung der NATO ein grundlegender Fehler. Diese Feststellung muß umso mehr für die Ausweitung der NATO nach Osten gelten. Militärbündnisse wie die Nordatlantik-Vertragsorganisation (NATO) oder die Westeuropäische Union (WEU) umschließen – mit oder ohne Osterweiterung – immer nur einen Teil des europäischen Kontinents. Sie führen die Spaltung Europas in sichere und unsichere, stabile und instabile Zonen fort. Konflikte außerhalb ihrer Grenzen können sie nicht präventiv bearbeiten, wie das Beispiel des vormaligen Jugoslawien zeigt. Sie haben anders als ein System Kollektiver Sicherheit nicht die Mittel und Mechanismen hierfür. Aber selbst Probleme zwischen den Partnern sind von Militärbündnissen kaum in den Griff zu bekommen, wie der Ägäis-Konflikt zwischen Türkei und Griechenland oder der seit Jahrzehnten fortdauernde Zypern-Konflikt illustrieren. Militärbündnisse sind dafür weder geschaffen noch ausgelegt. Darüber hinaus sind sie selbst ein latenter Faktor für Isolierungs- oder gar Bedrohungswahrnehmungen der von der Mitgliedschaft ausgeschlossenen Staaten. Gegen-Bündnisse, Rüstungseskalation

nen und Abschreckungsdenken können die Folge sein. Und wie die Realität zeigt: immer wieder Krieg.

Ein System kollektiver Verteidigung kann ein System kollektiver Sicherheit nicht ersetzen, wie die Apologeten der NATO behaupten. Es genügt auch nicht, wie es das Bundesverfassungsgericht in einem paradoxen obiter dictum vom 12. Juli 1994 getan hat, die NATO einfach in ein System Kollektiver Sicherheit umzudeklariieren.

Die OSZE reformieren

Soll die historische Chance, die sich mit der „Zeitenwende“ von 1989/90 ergeben hat, nicht völlig verspielt werden, muß die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung endlich vom Kopf auf Füße gestellt werden. Was Europa dringend braucht, ist ein regionales System Kollektiver Sicherheit, wie es das deutsche Grundgesetz in Artikel 24 GG will und wie es auch die UN-Charta als regionale Einrichtung vorsieht. Die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung ruht dann auf einer Rechtsordnung, die im Ordnungsfall keiner weiteren Mandatierung bedarf, sie besitzt ausreichende und effiziente Instrumente der vorbeugenden Krisenprävention und der friedlichen und zivilen Streitbeilegung, sie kann Aggressoren und Kriegsverbrecher verfolgen und vor Gericht stellen und sie besitzt (in Kooperation mit der NATO und der WEU) militärische Erzwingungsmittel, die als ultima ratio nicht der politischen Willkür Tür und Tor öffnen, sondern Ordnungsrecht folgen und gegebenenfalls wieder herstellen.

Zweifelsohne erscheinen diese und ähnliche Überlegungen derzeit noch visionär. Daß sie aber weder realitätsfern noch utopisch sind, beweisen eine Reihe von Ansatzpunkten und Forderungen, wie sie sich in der Koalitionsvereinbarung der gegenwärtigen deutschen Regierungsparteien sowie in deren Wahlprogrammen finden. Zu den Konsequenzen und Lehren aus dem Kosovo-Krieg sollte es deshalb in den nächsten Wochen und Monaten gehören, konzeptionelle und operative Beiträge zur Ausarbeitung und Umsetzung von Vorschlägen zur Reform der OSZE im Sinne eines regionalen Systems Kollektiver Sicherheit vorzulegen. Zu diesen Vorschlägen sollte u.a. zählen:

- die Schaffung einer völkerrechtlich verbindlichen Grundlage für die OSZE;
- die Effektivierung der Entscheidungsstruktur der OSZE nach dem Mehrheitsprinzip und ohne Vetorecht;
- die Einrichtung eines gesamteuropäischen Sicherheitsrates;
- die Stärkung der Position und Erweiterung der Kompetenzen des OSZE-Generalsekretärs;
- die Reformierung des OSZE-Gerichtshofes im Sinne eines obligatorischen und rechtsverbindlich entscheidenden (Schieds-) Gerichtshofes nach dem Vorbild des Artikel 24 Absatz 3 GG;
- die Aufstellung von systemeigenen Friedenstruppen inklusive von Verfügungstruppen für den Generalsekretär sowie die Einrichtung eines Militärstabes;

die Einführung und rechtliche Verankerung des Prinzips „zuerst OSZE“ (OSCE first) gegenüber insbesondere NATO und UNO.

Sicherlich sind die hier vorgetragenen Überlegungen und Vorschläge ergänzungs- und diskussionsbedürftig. Gerade deshalb sollten die bundesdeutschen Parteien diese Diskussion als große, die Gesamtgesellschaft übergreifende und die nationalen Grenzen überspringende Debatte führen. Nach dem Debakel im Kosovo hätte sie zusätzlich eine im besten moralischen und politischen Sinne reinigende und die Menschen zusammenführende Funktion.

spw

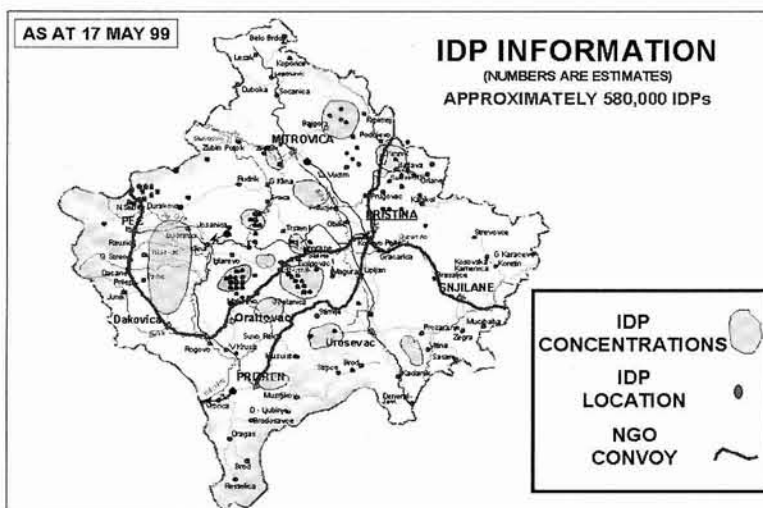


Bild: NATO

Foto: Christian Kiel (Krefeld)



Die vielen Gesichter des Krieges im Kosovo

von Horst Grabert*

Ich möchte als Motto über meinen Vortrag das Wort von Willy Brandt aus der hitzigen Debatte über die Ostpolitik stellen: Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Dieses Wort fiel seinerzeit vor dem Hintergrund des Versuches, durch Verhandlungen eine ideologische Kampfkongfrontation aufzulösen. Frieden bewahren, so die Botschaft, ist ein wichtiger Grundstein für jede politische Option. Wer die friedliche Situation fahrlässig oder gar vorsätzlich in eine kriegerische umwandelt, der verhindert eine politische Lösung.

Dies galt zur Zeit des Kalten Krieges. Und darum geht es auch heute im Kosovo.

Politik und Moral

Wer über den Kosovo-Konflikt redet, behandelt eine politische Frage, ergo muß die Antwort politisch, das heißt vernunftbestimmt sein. Zwar hat Politik viel mit Emotionen zu tun, aber Emotionen dürfen nicht das einzige Motiv für Politik sein. Ist das der Fall, dann gibt es immer Katastrophen, wie die Menschheitsgeschichte zeigt. Daher müssen wir uns vor den Emotionen wappnen, ohne uns zugleich persönlich zu teilen. Niemanden können die Bilder der Vertreibungen ungerührt lassen, sie sind eine nicht hinzunehmende, persönlich jeden involvierende Frage. Und sie müssen Antrieb sein, sich um das Problem zu kümmern. Aber das konkrete Handeln darf sich nicht in dieser Emotion erschöpfen.

Nun wird in der laufenden Debatte geradezu ein moralisches Feuerwerk abgebrannt. Meiner Meinung nach sind moralische Forderungen aber immer an sich selbst zu richten. Moralische Forderungen an Dritte sind billig. Jemand der für Menschenrechte woanders eintritt, aber nicht bereit ist, sie bei sich durchzusetzen – und sei es auch nur zu verhindern, daß Ausländer verprügelt werden – der sollte sich gründlich überlegen, ob er sich dieser Camouflage, genannt Menschenrechte, bedient, um die Massen zu begeistern und um ein anderes Ziel zu erreichen.

Ich will gerne auch auf den dann oft vorgebrachten Gegenstand eingehen, der da lautet, Europa sei etwas Besonderes. Gerade hier müssen die Menschenrechte geachtet werden.

Nun, die Krajina liegt noch näher an Zentraleuropa als der Kosovo. Aber kaum jemand, der sich heute moralisch empört, hat bei der Vertreibung von immerhin rund 220.000 Serben, die dort seit Maria-Theresia siedelten, nach den Menschenrechten gerufen. Im Gegenteil. Damals war die offizielle Haltung des Westens – sieht man von kleinen Ermahnungen an Herrn Tudjman ab – von großem Verständnis für das Bemühen des kroatischen Präsidenten getragen, sein Staatsgebiet unter Kontrolle zu bringen. Ja, die Amerikaner haben seine Armee erst in die Lage gebracht, die Vertreibung aus Kroatien durchführen zu können.

Was also ist eine Moral wert, die einen solchen Vorgang nicht registriert, den jetzigen aber dazu nutzt, militärisch anzugreifen? Es ist unglaublich, einmal zu schweigen und sich dann dieser Camouflage zu bedienen.

Diesen Vorwurf richte ich an die politisch Verantwortlichen und ausdrücklich nicht an die Menschen. Sie sind heute moralisch von der Vertreibung im Kosovo berührt, weil sie über die Medien persönlich damit konfrontiert wurden. Sie konnten es während der Krajina-Vertreibung nicht sein, weil die Medien nicht oder nur sehr wenig darüber berichtet haben.

„Neue Weltordnung“

Wenn die moralischen Gründe für den NATO-Einsatz fragil sind, stellt sich die Frage nach den eigentlichen Gründen. Dabei wird man vor allem auf die nach dem Wegfall der Blockkonfrontation eingetretene neue Situation stoßen.

Anstelle einer Einigungsmöglichkeit im Sicherheitsrat gab es vor dem Zusammenbruch der UdSSR ein entscheidendes Sicherheitsventil: die Selbstdisziplin beider Blöcke, insbesondere der Führungsmächte. Sie mußten sich kontrollieren, um nicht Schritte in eine Richtung einzuschlagen, die dann zur Selbstvernichtung geführt hätten. Die Notwendigkeit, so zu handeln, ist entfallen. Der „heilsame Feind“, der mich zwingt nachzudenken, existiert nicht mehr.

An die Stelle der Selbstdisziplin ist im Westen, insbesondere in den USA, ein Weltführungsanspruch getreten. Dieser Anspruch, auch „Neue Weltordnung“ genannt, wird vorrangig mit wirtschaftlicher und militärischer Macht durchgesetzt. Diesem Zweck soll die neue NATO dienen.

Die Menschenrechte werden zunehmend selektiv zur Begründung und Legitimation des Einsatzes von Gewalt benutzt. Dadurch werden sie aber immer mehr diskreditiert und ihrer moralischen Wirksamkeit beraubt.

Daß dies ein weltweiter Vorgang ist, konnte auf der UN-Menschenrechtskonferenz in Wien verfolgt werden. Dort sahen sich erstmals die westlichen Delegationen von den Delegationen der sich entwickelnden Welt dem Vorwurf

Die Menschenrechte werden zunehmend selektiv zur Begründung und Legitimation des Einsatzes von Gewalt benutzt. Dadurch werden sie aber immer mehr diskreditiert.

* Horst Grabert war Chef des Kanzleramts bei Willy Brandt und 1979 – 1984 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Jugoslawien. Der Text beruht auf einem Vortrag auf der Frühjahrstagung der Zeitschrift spw am 24.04.1999 in Hannover. Weitere Exemplare dieses Textes können für DM 5,- incl. Versandkosten beim spw-Verlag bestellt werden.

Zerstörte Brücke in Novi Sad. Foto: Serbia Info News



ausgesetzt, mit Hilfe der Menschenrechte einen neuen Imperialismus zu planen. Kurzum, es besteht die Gefahr, daß die Menschenrechte in den Augen von 90% der Weltbevölkerung zu einem Propagandainstrument verkommen.

Wer also mit moralischen Kategorien nicht moralisch gemeinte Tatbestände behandelt, fördert diese Entwicklung und ist damit ein Feind jeder Humanität.

NATO-Einsatz und UNO

Eine schwerwiegende Konsequenz des völkerrechtswidrigen NATO-Einsatzes lautet: Die Vereinten Nationen sind 50 Jahre nach ihrer Gründung weitgehend ihrer Aufgabe entkleidet.

Man achte auf die Formulierungen: Wenn heute gefordert wird, die UN und der Generalsekretär müssten wieder „eingebunden“ werden und sollten noch eine größere Rolle spielen, dann sagt das jemand, der eine selbstgefällige Position gegenüber den Vereinten Nationen eingenommen hat, denn er bestimmt, daß und wann den Vereinten Nationen das Sagen, das Mitsagen, das mitbeteiligt werden zugestanden wird.

Doch die Menschheit hat nach den schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges die Vereinten Nationen nicht geschaffen, damit sie zum Machtinstrument eines neuen Machtinteresses werden. Vielmehr sind sie geschaffen worden, gerade dies zu vermeiden. D.h., der durch die NATO jetzt eingeleitete politische Prozeß stellt die Realität, die 50 Jahre geherrscht hat, auf den Kopf. Damit ist das internationale Rechtssystem notleidend geworden.

Dabei geht es mir weniger um die Frage, ob einmal Völkerrecht gebrochen worden ist. So schlimm das auch ist, in der Geschichte der Menschheit ist das Völkerrecht immer wieder gebrochen worden. Und ich bin ganz sicher, daß die Bombardierung des selbständigen und souveränen Staates Jugoslawien nicht der letzte Bruch des Völkerrechtes gewesen sein wird.

Die Dramatik dieses Bruches liegt vielmehr darin, daß mit der Verkündung der „Neuen Weltordnung“ gleichsam die NATO über die UNO gestellt wird. Damit aber be-

schwören wir einen Konflikt zwischen den 20% der reichen Erdbevölkerung mit den 80% der armen Erdbevölkerung herauf. Denn wenn die 80% der Vorstellung nicht mehr beweiskräftig folgen können, daß die Vereinten Nationen auch ihr Organ sind – so bescheiden es auch immer wirksam sein mag –, dann ist auch diese Entwicklung oder diese Entwicklungsmöglichkeit am Ende. D.h., die Gefahr rührt in erster Linie aus der Kombination her.

Was hat die NATO erreicht?

Nummehr zeigt sich: So hoch der Anspruch der NATO auch war, im Kosovo-Krieg hat sie erst einmal ihre Unfähigkeit bewiesen, eine Konfliktbeherrschung herbeizuführen. Auch NATO-Gegner sollten sich darüber nicht unbedingt freuen, denn diese Unfähigkeit wird Folgen nach sich ziehen, die im Moment noch gar nicht abzusehen sind.

Der offizielle Grund für die Bombardements war die Vermeidung einer „humanitären Katastrophe“ – ein Unwort, denn Katastrophen sind nie humanitär. Egal wie der Krieg nun weitergeht, diese Katastrophe ist eingetreten. Wenn die NATO trotz der erwiesenen Unfähigkeit, ihr offizielles Ziel zu erreichen, weiterbombt, muß das einen zuzätzlichen Grund haben.

Hier wird von der NATO selbst das Glaubwürdigkeitsargument genannt: Weil die NATO in den Verhandlungen Gewalt angedroht hat, mußte man es auch machen. Dem würde ich entgegnen, daß es sich dann doch wohl um eine leichtfertige Androhung gehandelt haben muß.

Wichtiger erscheint mir noch etwas anderes. Die NATO sollte der Welt als Garant, als eine Organisation präsentiert werden, die genügend Macht hat, ein schnelles, durchgreifendes, befriedigendes Ergebnis zu erzielen. Dahinter steckt der Gedanke, der Gegner müsse vor der NATO-Macht strammstehen. Was aber tun, wenn der Gegner nicht strammsteht? Genau die Situation haben wir heute.

Die Überraschung war groß, als Herr Milosevic nicht einfach gefragt hat, wann und wo er denn unterschreiben dürfe. Wohl hat man hat mit zwei, drei, schlimmstenfalls vier Tagen gerechnet. Jetzt aber (am 24.04.99) sind es schon 32 Tage, und ich wage die Behauptung, es wird mindestens noch einmal 32 geben, wenn nicht mehr. Da „knickt“ nichts und niemand ein, weil diese Politik ja auch die Politik ist, die Herrn Milosevic bestätigt. Warum sollte er einknicken? Er wird doch dauernd bestätigt.

In Wahrheit ist es doch so, daß auch Herr Milosevic alles getan hat, um die NATO zum Bomben zu drängen. Er hat sicher auch nicht gedacht, daß es 32 Tage dauert. Er wird gedacht haben, die öffentliche Meinung im Westen werde das schon verhindern. Kurzum, auf allen Seiten hat Wunschenken das Handeln bestimmt.

Führbarkeit von Kriegen

Und noch etwas gehört in diesem Kontext angesprochen: Bereits während des Kalten Krieges gab es Bestrebungen, Kriege unterhalb der großen Abschreckung wieder führbar zu machen. Zum Durchbruch ist es aber erst nach dem Sieg des Westens, wie einige Strategen das nennen, gekommen.

Dabei haben die USA und die Sowjetunion mit der KSZE-Schlußakte 1974 in Helsinki ein Dokument unterschrieben, das jede Androhung und Anwendung von Gewalt ächtet.

Die Schlußakte war abgestellt auf die Notwendigkeit, im Sicherheitsrat einen Konsens zu erzielen, wo Dinge eben nicht gegen eine der beiden Supermächte oder gegen eine der fünf Vetomächte durchgesetzt werden kön-

Die Dramatik dieses Bruches des Völkerrechts liegt darin, daß mit der Verkündung der „Neuen Weltordnung“ gleichsam die NATO über die UNO gestellt wird.

nen. Nachdem die zugrundeliegende bipolare Ordnung weg war, konnten sich die Diskussionen zur Führbarkeit des Krieges entwickeln. Und als nur eine Weltmacht übrigblieb, ergriff diese die Möglichkeit. Heute redet niemand mehr von der Gewaltverzichtserklärung, auch nicht in der neuen NATO.

Doch bevor ich mit dieser neuen Lage auseinandersetze, einige Anmerkungen zur Entstehung des Konfliktes in Jugoslawien.

Nationalismus als politisches Instrument

Ich will mit einer Anekdote beginnen: 1981 habe ich mich mit Herrn Milosevic über Nationalismus unterhalten. Milosevic ist kein Nationalist. Aber er ist des Unglaubens, daß er zur Machterhaltung Nationalismus einsetzen und auch wieder abstellen kann, wenn er ihn nicht mehr braucht. In diesem Gespräch habe ich ihm den Zauberlehrling von Goethe übersetzt. In der Schlußszene des Gedichtes fällt dem Lehrling auf, daß er nur den Anfang des Spruches beherrscht, er aber vergessen hat, mit welchen Worten der alte Meister den Besen dazu gebracht hat, aufzuhören. Ich habe Milosevic gesagt: „Slobodan, Ihr alter Meister ist im vergangenen Jahr gestorben.“ 1980 war Tito gestorben.

Meine These lautet daher: Der Nationalismus in Jugoslawien ist in keiner Weise kulturell oder historisch begründbar. Es handelt sich nicht um ein ethnisches Problem, genauso wenig wie es sich in Nordirland um ein religiöses Problem handelt, wo angeblich Protestanten und Katholiken miteinander ringen. In Wahrheit handelt es sich dort um den Kampf der Unterschicht gegen die Oberschicht. Es handelt sich beide Male um Iren, um die katholischen Iren, die Katholiken geblieben sind und um protestantische Iren, die nach der englischen Besetzung die englische „Religion“ angenommen haben. Dies ist etwa mit dem vergleichbar, wie Bosnier Muslime geworden sind. In Jugoslawien handelt es sich um einen Konflikt, in dem nationalistische bzw. ethnische Konstrukte zur Erreichung anderer Ziele genutzt werden.

Die aktuelle Entwicklung beginnt 1981, ein Jahr nach Titos Tod. Sie beginnt mit dem Aufstand und der Forderung der Kosovo-Albaner nach einer eigenen Republik.

Die Verfassung von 1974 hatte das Kosovo neben der Vojvodina zu einer autonomen Provinz der Republik Serbien und gleichzeitig zu einem konstitutiven Teil der Föderation Jugoslawien gemacht. Die beiden autonomen Gebiete hatten in der Föderation nur 20 anstatt 30 Vertreter im Bundesparlament. Im Staatspräsidium hingegen waren sie wie die Republiken mit einem Vertreter präsent. Die Verfassung von 1974 hatte den Provinzstatus bis unter die Grenze der eigenen Staatlichkeit entwickelt, aber kurz davor halt gemacht.

Die Albaner betrachteten den Kroaten Tito als ihren Freund, der ihnen mit der 74er Verfassung eine Menge Vorteile gebracht hatte. 1981, ein Jahr nach Titos Tod, verlangten die Albaner nun den Republikstatus mit dem eindeutigen Ziel, aus der Föderation auszuschneiden. Doch damit nicht genug, das weitergehende Ziel war, den Staat Albanien beitreten zu lassen. Pristina als Hauptstadt des weitaus besser entwickelten Kosovo sollte Zentrum ganz Albaniens werden.

Dieser Konflikt führte zu großen Problemen innerhalb der KP Serbiens. Milosevic löste sich von seinem Ziehvater, Ivan Stambolic, drängte ihn 1983 aus dem Vorsitz und entschied sich, die nationalistische Karte zu spielen. Diese Karte zog. 1989 kündigte Milosevic zum Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld die Verfassung von 1974 auf. Er ließ da-

mit zum Zweck des eigenen Machterhalts einen Mythos der Serben wiederaufleben, vergleichbar der Schlacht von Tanenberg in Deutschland, die als Revanche für die Niederlage des Deutschen Ordens 1410 gegen die Polen von rechts aufgeladen wurde. Die Schlacht auf dem Amselfeld von 1389 eignete sich hervorragend. Im Kampf der Serben gegen die Osmanen war sie nicht die wichtigste, aber eine dramatische Schlacht, weil der serbische König ums Leben kam. Diese Tragik im „Abwehrkampf des christlichen Serbiens gegen die muslimischen Osmanen“ war nutzbringend einsetzbar.

Die Auflösung Jugoslawiens

Indem Milosevic die nationalistische Karte zu spielen begann, setzte nach dem Tod Titos ein Prozeß ein, den kein Kommunist für möglich gehalten hätte: Jugoslawien zerfiel über die Partei. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens zerfiel als erstes. Auf dem Parteitag 1984/85 traten zunächst die Slowenen aus und formierten sich als selbständige Partei.

Parallel zum politischen Zerfall begann sich die Wirtschaft der Republiken zu selbständigen Einheiten zu entwickeln. Der Markt Jugoslawiens befand sich in Auflösung. Jede Republik suchte ihr Fell zu retten.

Im März 1990 begann der Krieg mit ersten Schießereien in Kroatien und Vertreibungen von Serben aus Gebieten, in denen sie lange lebten. Was war geschehen?

Über Nacht waren die militanten Truppen des Herrn Tudjman mit der neuen kroatischen Schachbrettflagge in die Dörfer der Krajina gekommen und schossen in die Häuser. (Das Schachbrett war das Symbol der faschistischen Ustascha-Regierung. Also die Schachbrettfahne in Kroatien entspricht etwa dem, wenn wir nicht Schwarz-Rot-Gold mit dem Bundesadler, sondern Schwarz-Weiß-Rot mit einem Hakenkreuz als Staatsfahne hätten.) Dagegen haben sich die Serben organisiert, haben Barrikaden gebaut und sich mit ihren Jagdflinten gewehrt.

Die Europäische Gemeinschaft machte schüchterne Beschwichtigungsversuche und begann eine Debatte über die Bildung einer Konföderation. Aber eine Konföderation nur als technische Staatsform hatte natürlich keine Überzeugungskraft.

Obwohl er als slowenischer Krieg bezeichnet wird, begann er in Wahrheit also in Kroatien. Und in Slowenien hat die jugoslawische Armee mit Rekruten nicht Slowenien besetzt, sondern die Grenzen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien. Es ging darum, wer die Grenzen der SFRJ zu verteidigen hatte, und das war nach der Verfassung Aufgabe der Armee und nicht der Polizei der Republik Slowenien.

Und von Anfang an wurde versucht, den Westen für sich einzuspannen. Ich will auch hier ein Beispiel aus eigener Erfahrung nennen: Kaum hatten die ersten Raufereien in Slowenien begonnen, zogen deutsche Parlamentarier – ich nenne keine Namen, weil es noch ein paar davon gibt – mit einer Menschenrechtsdelegation nach Lubljana, weil sie für die Selbstbestimmung waren. In Lubljana angekommen, wurden sie vom slowenischen Staatspräsidenten Kucan begrüßt, und verabredungsgemäß gibt es Luftalarm, weil „die Luftwaffe dieser Belgrader Faschisten die Slowenen überfällt.“ Kucan sagt: „Meine verehrten Herren, es tut mir leid, wir müssen in den Keller gehen. Wir diskutieren im Keller weiter über die Selbstbestimmung.“ Also ging man

Der Nationalismus in Jugoslawien ist in keiner Weise kulturell oder historisch begründbar. Es handelt sich nicht um ein ethnisches Problem.

Foto: NATO



in den Keller, obwohl überhaupt keine Flieger am Himmel waren. Nach drei Stunden gab es Entwarnung. Vor dem Palast brannte ein kleines Feuer. Die Parlamentarier setzten sich fortan für die „Selbstbestimmung“ ein.

Als ich Kucan später besucht und nach diesem Fliegeralarm gefragt habe, sagte er: „Herr Kollege, wir kennen das doch.“ Will sagen, er hatte aus seiner eigenen Propagandazeit gut behalten, wie man so etwas inszeniert.

Die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens

1991 schließlich kam dann die staatliche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens mit ihrer vorausgesagten verheerenden Wirkung. Izetbegovic, der damalige Führer der muslimischen Partei und eingesetzter Präsident Bosnien-Herzegowinas, hat die Herren Kohl und Genscher inständig gebeten: „Meine Herren, die Anerkennung von Kroatien bedeutet Krieg in Bosnien. Es kann gar nicht anders sein. Erkennen sie Slowenien an, soviel sie wollen, aber erkennen sie nicht Kroatien an.“

Ach was, wird man sich in Bonn gesagt haben, das wissen wir doch alles besser. Wozu diese Bauern aus Bosnien anhören? Die haben keine Ahnung, was Politik ist. Selbst die Warnungen aus den USA, von Frau Thatcher und von Mitterand wurden in den Wind geschlagen.

Fünf Tage nach Unterzeichnung des Maastrichtvertrages war ein Außenminister-Rat zum Thema Jugoslawien angesetzt. Drei Tage vor diesem Termin verkündet Bundeskanzler Kohl vor dem Deutschen Bundestag, die Bundesrepublik Deutschland werde Kroatien und Slowenien anerkennen, und die Welt möge das zur Kenntnis nehmen. Kohl tat dies ohne Abstimmung mit seinem Außenminister, der das natürlich bestritt, schließlich kratzte das an seinem Renommee.

Drei Tage später saß der Rat zusammen und Genscher bat zu Beginn und außerhalb der Tagesordnung um das Wort: „Meine Herren Kollegen, ich möchte ihnen eine Mitteilung machen. Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland hat vor drei Tagen im Deutschen Bundestag in

einer Regierungserklärung angekündigt, daß die Bundesrepublik Deutschland die Republik Slowenien und die Republik Kroatien noch vor Weihnachten völkerrechtlich anerkennen wird.“ Ende der Durchsage, und große Aufregung. Doch Genscher äußerte sich fortan nicht mehr, weil er hoffte, Engländer und Franzosen würden sagen, das machen wir nicht mit. Derartige Erwartungen aber gehen immer in die Irre.

Nach 24stündiger Beratung hat man dann zähneknirschend die Einsetzung einer Kommission beschlossen, die für den 14. Januar, also zur nächsten Ratssitzung, eine Entscheidungsvorlage erarbeiten sollte. Doch selbst bis zu diesem Datum wollten die Deutschen nicht warten, schließlich wollte Kohl das tun, was er angekündigt hatte. So ist es geschehen, und die EG war blamiert.

Seitdem gibt es keine Weiterentwicklung der gemeinsamen europäischen außenpolitischen Zusammenarbeit. Die EPZ war zerstört, noch bevor der Vertrag in Kraft trat.

Und Herr Genscher trat im Januar mit Wirkung vom März und mit der Begründung, 17 Jahre seien genug, zurück. Es zeigt sich: Auch hier wurde ein anderes Stück auf der Bühne Jugoslawiens gespielt, das puren innenpolitischen Zielen diente.

Und: Letzten Endes sind mit dieser Anerkennung aus einer multinationalen Föderation ein mononationaler (Slowenien) und vier multinationale Staaten geworden. Damit hatte sich das Problem gewissermaßen vervierfacht.

Der Krieg in Bosnien-Herzegowina

Mit der Anerkennung gab es, wie vorausgesagt, Krieg in Bosnien-Herzegowina. Der war scheußlich, wie wir alle wissen. Unter seinem Eindruck haben sich die Amerikaner, nicht die Europäer, eingemischt mit der klaren Botschaft: Bosnien-Herzegowina bleibt als Republik erhalten. Dies nicht wegen Bosnien-Herzegowina, sondern weil die Amerikaner als verantwortliche Weltmacht genau gewußt haben: Alles darf geschehen, nur keine neuen Grenzen.

Die Amerikaner wußten genau: Afrika konnte dekolonisiert werden, weil das Prinzip eisern durchgehalten wurde, alle Grenzen so zu belassen, wie und egal, wie ungerecht sie sind. Schließlich durchschneiden Grenzen immer Dörfer, Familien und Sippen.

Dieses Prinzip, auch das wußten die Amerikaner, gilt bis heute, denn was sollte man sonst machen, angesichts der 20 Kosovos an der Südgrenze der Sowjetunion. Ohne Einhaltung dieses Prinzips wäre die GUS und eine friedliche Lösung wie in der Tschechoslowakei unmöglich gewesen. Nur deshalb haben die Amerikaner auf der Anerkennung Republik Bosnien-Herzegowinas nur in den bestehenden Grenzen bestanden. Und genau deshalb ist die westliche, die amerikanische Position heute: Das Kosovo bleibt bei Serbien. Es gibt keinen selbständigen Staat. Wer im Falle Serbiens die Grenzen verschiebt, der muß auch den Kurden erlauben, ihre Grenzen verändern zu können. Es wäre unverantwortlich, diese Büchse der Pandora aufzumachen.

Eskalation im Kosovo

Das Kosovo-Problem, dies war den meisten klar, hätte zusammen mit Bosnien-Herzegowina gelöst werden müssen, zu fragil war die Situation dort. Aber der Westen war erschöpft, das Engagement in Bosnien war teuer genug. So schaukelte sich die Situation langsam hoch und erreichte einen neuen Höhepunkt, als sich 1996 die UCK als fundamentalistischer Teil der Unabhängigkeitsbewegung rudimentär bewaffnete und mit gezielten Provokationen be-

Durch die einseitige deutsche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens wurde die gemeinsame europäischen außenpolitischen Zusammenarbeit zerstört, noch bevor der Vertrag in Kraft trat.

gann. Einzelne abgelegene Polizeiposten wurden überfallen. Da war natürlich kein Vertreter westlicher Medien dabei. Die wurden zeitgerecht zur häufig unverhältnismäßig harten serbischen Gegenaktion bestellt. Etwa ab 1997 radikalisierte sich die UCK. In diese Zeit fällt auch das erste Massaker anlässlich des Richtungsstreits zwischen fundamentalistischen Albanern und sogenannten Gemäßigten um Rugova. Keiner weiß es genau, aber man vermutet, daß rund 100 gemäßigte Albaner von der UCK umgebracht worden sind.

Dann folgte Rambouillet mit seinem Vertragswerk, das als Persilschein für die NATO gedacht war. Um so größer war die Enttäuschung von Frau Albright, als die UCK zunächst ihre Unterschrift verweigerte. Daß die Serben nicht unterschreiben würden, war klar; nicht wegen der Autonomieregelung, die war Milosevic bereit zu unterschreiben. Wozu Serbien nicht bereit war, war die Zumutung, daß auf dem Territorium des souveränen Staates Jugoslawien fremde Truppen für Ordnung sorgen sollten, gegen die jugoslawische Armee und Polizei. D.h., in Rambouillet wurde ein fertiger Text hingelegt nach dem Motto: Friß Vogel oder stirb.

Man hat dann, weil man wußte, daß der Vertrag nicht zustande kommen würde, den Vertrag in eine Form gebracht, die es der albanischen Seite nach anfänglichem Zögern möglich machte zu unterschreiben.

Dies war aber beim besten Willen keine Verhandlung, auch kein Vorschlag. Früher hat man zu so etwas Diktat gesagt. Der tschechische Staatspräsident kam zum Diktat nach München. Und es gab einmal das Diktat von Versailles. Das war Munition für die Rechten und führte zu der schlimmsten Katastrophe. Wir sollten wissen, welches Unheil Diktate bewirken können. Längst zeigt sich dies auch im Kosovo: Den Ansatz einer demokratischen Entwicklung in Serbien hat der Westen kaputt gemacht.

Motive für das Diktat von Rambouillet

Was waren die Motive für das Diktat von Rambouillet? Nach meiner Beurteilung ist die NATO-Doktrin der Schlüssel zur Beantwortung dieser Frage. Man wußte, daß die neue Doktrin Diskussionen v.a. in den europäischen Ländern auslösen würde. Daher sollte sich die NATO in diesem Konflikt als Ordnungsmacht präsentieren. Das Kalkül war: Wenn Milosevic nicht bereits vorher einknickt, dann wird er nach fünf Tagen vor der NATO-Macht einknicken. Dann ist sie unbestritten das non plus ultra zur Durchsetzung einer Ordnung.

Daß dieses Konzept gescheitert ist, wissen wir und macht es so kompliziert für die großen Strategen. Es fällt ihnen nichts anderes ein, als „weiter so“. „Jetzt müssen wir siegen“, sagt Tony Blair, „wir müssen gewinnen“, sagt Herr Clinton, „wir dürfen nicht aufhören“, sagt Herr Scharping.

Kurzum, mögliche Alternativen waren nicht interessant, gewollt war die Vorführung der neuen Doktrin. Es ging nicht um das Kosovo. Erneut war Jugoslawien die Bühne, auf der jede Menge fremder Stücke gespielt wurden. Deshalb war in Rambouillet Vorsatz im Spiel. Und nach wie vor ist Vorsatz im Spiel. So wie man sich seinerzeit um die vertriebenen Serben aus der Krajina nicht gekümmert hat, dienen heute die vertriebenen Albaner, dient das ganze Kosovo als Camouflage.

Die NATO hat sich letztlich mit ihrem Einsatz zum Erfüllungsgehilfen der seit 1981 propagierten Forderung der albanischen Seite im Kosovo gemacht. Gleichzeitig hat sie sich dem Befehl Milosevic' und seiner Taktik unterworfen,

als sie verlaublich ließ, allein Herr Milosevic bestimme, wann die Luftangriffe aufhören.

Das sollte man aber nie machen, denn auch hier gilt der alte römische Spruch: Wenn du Krieg führen willst, überlege ganz genau. Aber fang nicht an zu überlegen, wenn du den Krieg begonnen hast.

Alternativen

Ich sprach eben von Alternativen. Gab es die wirklich? Natürlich gab es die. Ich rede darüber seit 1989 und habe sie je nach Entwicklung immer wieder der Wirklichkeit angepaßt.

Wenn auch nur ein Zehntel des bisherigen Aufwands an finanziellen Mitteln, einschließlich der Ausgaben für militärische Operationen, die bisher in das Problem Jugoslawiens investiert worden sind, in eine Balkanföderation vor Auflösung des vielnationalen Staates Jugoslawiens investiert worden wären, dann hätten wir heute eine Konföderation Jugoslawiens im Staatsverbund

mit Bulgarien und Albanien, wahrscheinlich auch mit Rumänien und Ungarn als eine Regionalorganisation der EU.

Wahrscheinlich wäre das eine Antwort gewesen, mit nationaler Autonomie für Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina usw. Aber dieser Test ist nicht gemacht worden, weil uns damals angeblich das Geld gefehlt hat. Geld aber gibt es immer erst dann, wenn man es für militärische Operationen haben muß. Wir sind politisch nicht bereit, in die Gesellschaften und in den Frieden zu investieren. Das ist völlig ungewohnt. Wir sind es vielmehr gewöhnt, in militärische Sicherheit zu investieren.

Statt dessen haben wir uns, einschließlich Deutschland und Europa, entschieden, in der Nach-Kalten-Kriegs-Zeit „jetzt unsere Meinung durchsetzen“ zu wollen.

Vertreibung der Kosovo-Albaner

Nun wird, auch das gehört zur Diskussion über die Alternativen, immer wieder vom sogenannten Hufeisenplan gesprochen, der als Beweis herhalten muß, die massenhaften Vertreibungen seien von Anfang an geplant gewesen.

Die historische Wahrheit ist folgende: Die Idee, das Kosovo von Albanern zu säubern, stammt vom früheren Präsidenten der Bundesrepublik Jugoslawien Cošić und war seine Antwort auf die Vertreibung der Serben in der Krajina. Damit sollte Platz zur Ansiedlung der vertriebenen Serben geschaffen werden. Das hat einen durchaus realen Hintergrund, denn Serbien ist das Land mit den meisten Vertriebenen. Überall gibt es Flüchtlingscamps, in denen auch viele Serben leben, die aus dem Kosovo vertrieben wurden.

Milosevic hat sich ungefähr fünf Jahre gegen diesen Vertreibungsplan gewehrt. Aber im Zusammenhang mit der Herinnahme des Ultranationalisten Šešelj in die Regierung hat er seinen Widerstand aufgegeben. Als die Bombardierungen der NATO begannen, stand er vor der Frage, wie lange die auszuhalten sind. Und er ist zu dem Schluß gekommen, daß die Vertreibungen in dieser Zeit erledigt sein müssen.

Also es gab den Plan. Er war so lange behindert, wie die OSZE-Beobachter im Land waren. Es gab Vertriebene und Flüchtlinge, aber sehr viel weniger. Das änderte sich erst, nachdem die OSZE aus dem Land wegen der Luftangriffe abzog. Und als die Luftangriffe starteten, fiel jede Hemmung. Der Plan lief und wurde durch die Wut über die Angriffe fast zum Selbstläufer.

So wie man sich seinerzeit um die vertriebenen Serben aus der Krajina nicht gekümmert hat, dienen heute die vertriebenen Albaner, dient das ganze Kosovo als Camouflage.

Foto: Christian Kiel (Krefeld)



Kriegsoptionen

Weder kurz- noch mittelfristig ist zu erwarten, daß der Kriegszug gestoppt wird. Offen ist derzeit noch die Frage, wie schnell Großbritannien und die USA sich entscheiden, Bodentruppen einzusetzen und in welchem Zusammenhang das mit der „Niederringung“ der Jugoslawischen Ar-

mee geschieht. Denn, das ist auffallend, es heißt immer, die Truppen könnten erst zum Einsatz kommen, wenn die Jugoslawischen Armee niedergelungen ist. D.h. man geht davon aus, daß es ist keinen Waffenstillstand formeller Art geben muß. Entscheidend ist offensichtlich, daß die Armee und die bewaffnete Polizei im

wesentlichen ausgeschaltet sind. Nur zu diesem Zweck kommen die Apache-Hubschrauber zum Einsatz.

Ich will allerdings nur einen Hinweis an die machen, die Bodentruppen erwägen: Die jugoslawische Armee gibt es seit 50 Jahren. Ihre Partisanen-tradition ist siegbesetzt und zwar mehrere Male. Selbst gegenüber den Türken wurde ein Partisanenkrieg und keine offene Feldschlacht geführt.

Wie sich ein Ende der militärischen Operation ermöglichen läßt, wird davon abhängen, ob die NATO wieder ihre innere Souveränität zurückgewinnt. Denn die hat sie ganz offensichtlich verloren. Sonst würden die russischen Vorschläge und Vermittlungsversuche anders behandelt werden. Dann hätte der Bundeskanzler Primakow zum Beispiel nicht nach einer dreiviertel Stunde nach Hause fahren lassen.

Die Russen sind nach Bonn zum deutschen Bundeskanzler gefahren, nicht nur weil er Ratsvorsitzender ist, sondern weil sie gedacht haben, das Interesse der Deutschen müßte eigentlich sein, mit Rußland zusammen den Versuch zu unternehmen, eine Lösung zu finden, alles zu tun, um die Verächtlichmachung der Russischen Föderation zu beenden.

Und die Russen sind auch nach Deutschland gekommen, weil es ein wichtiges Land ist, schließlich hat es in Europa etwas zu sagen, denken die Russen. Und das Inter-

esse der Deutschen müßte eigentlich eine Neuformierung in Europa sein. Und da weiß jeder, daß das nur mit Rußland geht. Also müßten sie eigentlich aufgeschlossen sein, die Deutschen.

SPD und Außenpolitik

Aber: Offenbar reicht die Erfahrung des deutschen Bundeskanzlers in der Außenpolitik noch nicht aus. Bis jetzt jedenfalls hat er nie in seinem Leben mit Außenpolitik zu tun gehabt. Überhaupt: In der ganzen sozialdemokratischen Partei ist Außenpolitik zur Nebensache geworden. Wer kümmert sich schon um Außenpolitik?

Willy Brandt wußte, daß die Entscheidung für Deutschland in der Außenpolitik und nicht in der Innenpolitik fällt. So wichtig die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist, sie ist in keiner Weise vergleichbar mit der Dimension, die das deutsch-russische Verhältnis für die weitere Entwicklung haben wird.

Die SPD darf nicht so fahrlässig sein, ein wichtiges Gebiet völlig auszublenden. Daß die SPD dieses Feld beherrschen kann, hat Brandt bewiesen, als er die Kompetenz in der Außenpolitik für die Sozialdemokratie von der Union zurückerobert hat. Dieses Terrain ist von verdienten Genossen aufgegeben worden. Es war zu kompliziert und nicht wählerstimmträchtig genug.

Und wer heute denkt, mit Außenpolitik ließen sich kurzfristig Wähler gewinnen, der irrt. Das geht nur langfristig und nur indirekt. Denn die langfristige Sicherung des Landes gelingt nur über Außenpolitik. Deutschland hat nun einmal die meisten Nachbarn in Europa. Wir können ohne Außenpolitik nicht auskommen.

Interessen Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens

Die Hauptaufgabe, das Hauptinteresse Deutschlands muß die europäische Einigung Richtung Osten auf einem für den Osten vernünftigen Weg sein. Dies sichert uns unsere Möglichkeiten. Das wäre eine vernünftige Aufgabe im Sinne der Arbeit für eigene Interessen, die identisch sind mit den Interessen der anderen Beteiligten. Jeder andere Schritt, da hat Schröder recht, wäre, daß wir uns dem Odium aussetzen, unberechenbar zu sein. Und das wäre nicht erstrebenswert.

Also würde ich sagen: Es ist richtig, die Bodentruppenfrage zu problematisieren. Aber wir sollten uns nicht immer nur mit Antidemonstrationen beschäftigen. Das führt zu nichts. Ich halte es insgesamt für viel vernünftiger, als sozialdemokratische Linke vernünftige Fragen zu stellen.

Zu den klugen Fragen gehört immer die nach den Motiven der anderen Beteiligten. Welche zum Beispiel haben Großbritannien und Frankreich?

Die beiden Länder haben sich mit ihren politischen Spitzen in einem Geheimgespräch vor drei Monaten verständigt, die europäische Komponente der NATO zu stärken. An diesen Überlegungen haben sie Herrn Schröder nicht beteiligt. Der ist dafür kein Partner.

Aber Franzosen und Engländer sehen ganz genau, wie gefährlich es werden kann, wenn die NATO ausschließlich Erfüllungsgehilfe der Interessen der Vereinigten Staaten wird. Die Engländer sind aus ihrer Tradition natürlich jetzt besonders bemüht, die Bündnistreue nicht in Frage zu stellen, sonst geriete das Ziel in Gefahr. Die Franzosen reden aus dem gleichen Grund nicht von Eigenständigkeit. So etwas braucht Entwicklungszeit, wie überhaupt politische Entwicklungen Zeit brauchen.

Das heißt aber: Wer die Diskussion von morgen führen will, muß die Frage der europäischen Verteidigungsidenti-

Wer die Diskussion von morgen führen will, muß die Frage der europäischen Verteidigungsidentität heute diskutieren und nicht gleich sagen, nein, wir wollen damit nichts zu tun haben.

tät heute diskutieren und um Gottes willen nicht gleich sagen, nein, wir wollen damit nichts zu tun haben. Dies wäre ein strategischer Fehler. Die Grünen haben diesen Fehler bereits gemacht.

Die Vernunft gebietet, daß man diesen Schritt tut, wenn man eine Gewichtsverschiebung nicht heute und morgen, aber übermorgen als eine mögliche Entwicklungsrichtung will. Darum handelt es sich, um nichts anderes. Und dazu braucht man zunächst ein intaktes Bündnis.

Rolle Rußlands

Für Rußland ist das erste strategische Ziel am Balkan, wieder der Player im Weltmaßstab zu werden, an den Tisch der Großen zurückzukehren, von dem sie verstoßen wurden. Diese Bemühungen laufen auf vielen Ebenen. Und: Die Russen gehören an den großen Tisch, das hat Helmut Schmidt in seinem Artikel in der Zeit vom 21.4.99 völlig richtig dargestellt.

Alles, was in diesem Zusammenhang immer erzählt wird von der alten Partnerschaft zwischen Rußland und Serbien ist ahistorisch. Wo bleibt etwa der Bruch Titos mit Moskau? Wo bleibt der Widerstand, die Rote Armee 1945 überhaupt nach Jugoslawien hineinzulassen?

Nein, Rußland ist fest entschlossen, jedenfalls diese Regierung, dieser Präsident, die jetzige Position fortzusetzen. Für Rußland hätte ein direktes militärisches Eingreifen auf Seiten Jugoslawiens keinen in ihren Interessen liegenden Sinn. Es geht nur darum, an den Tisch zu kommen. Deswegen wird Tschernomyrdin auch weiter im Auftrage des Präsidenten um Verständnis für eine internationale Truppe werben.

Gefahr der Ausweitung

Eine weitere Frage, die immer wieder gestellt wird: Droht der Krieg sich auszuweiten?

Nun, die Frage ist schwierig zu beantworten – weniger was Albanien angeht. Natürlich hätte die Bundesrepublik Jugoslawien völkerrechtlich durchaus das Recht, auf albanisches Staatsgebiet vorzudringen, weil nachweislich die terroristische Organisation UCK, wie sie ja in Jugoslawien genannt wird, dort ihre Ausgangsbasis hat. Mit dem selben „Recht“ hat Israel die Schutzzone im Libanon eingerichtet. Aber Albanien ist inzwischen völlig NATO-Territorium.

Ein ernstes Problem ist Mazedonien. Dies wird aber erst relevant, wenn es Bodenkrieg gibt, wenn NATO-Truppen dort aus „humanitären Gründen“ in den Kosovo eindringen, um Flüchtlinge zu befreien. Das ist wie grünes Licht für die Albaner in Mazedonien, auch loszuschlagen. 3 – 4 Waffenlager sind gerade erst aufgespürt worden, 40 – 50 wird es insgesamt geben. Wenn sich aber Mazedonien teilt, dann stellt sich zugleich die bulgarische und die griechische Frage.

Das Szenario Dritter Weltkrieg ist dagegen wenig wahrscheinlich und kann nur passieren, wenn die Sicherungen durchbrennen. Allerdings haben da schon geringere Anlässe gereicht, um große Kriege zu erzeugen.

Einstellung der „Friedensbemühungen“, Regionalkonferenz und Wiederaufbau

Was ist jetzt von der politischen Seite zu tun, wenn die Kriegslogik durchbrochen werden soll?

Zunächst sage ich: Wir (die Deutschen) fordern die Einstellung der „Friedensbemühungen“ der NATO in Jugoslawien. Aber wir wissen auch, daß der Schwanz nicht mit dem Hund wedelt. Mit einem Ausscheren

Deutschlands aus der Kriegsallianz wird der Krieg nicht beendet werden. Gleichwohl bleibt der Grundgedanke wichtig.

Ich habe schon vor Jahren, als der Konflikt sich abzeichnete, immer die These vertreten: Wir müssen rechtzeitig ein Integrationsangebot eröffnen, damit der Balkan in Europa heimisch werden kann. Damit habe ich nicht die allgemeine Offerte des Beitritts zur EU gemeint, sondern daß man diesen Ländern in eigener Souveränität hilft, ihre Antworten zur europäischen Frage zu finden. Das ist etwas anderes, als Beitrittsbedingungen zu übermitteln. Ich wollte, daß man in einen Dialog eintritt.

Als ich seinerzeit von der „Südost-EG“ schrieb, wurde das süffisant in der „Zeit“ verballhornt. Doch wie richtig der Grundgedanke war, zeigt die Tatsache, daß jetzt alle über einen Marshall-Plan für den Balkan reden. Das ist für sich genommen absurd, wenn man nicht eine kooperative Hülle für die Beteiligten organisiert.

Deshalb meine erste Forderung: Die UN beauftragt die OSZE mit der Durchführung einer Regionalkonferenz. Das ist ein fester Begriff. Regionalkonferenzen gibt es sowohl in den Vereinten Nationen als auch in der OSZE. Es gibt sie nicht in der NATO. Daher sollte sie auch nicht der Schirmherr dieser Regionalentwicklung sein, sondern die EU im Auftrag, noch besser die OSZE im Auftrag der Vereinten Nationen. Selbstverständlich muß die EU beteiligt sein, schon weil sie bezahlen muß.

Tschernomyrdin ist von Milosevic eine Rechnung mit der Bitte übergeben worden, sie in Washington einzureichen. Die Schäden der Luftangriffe betragen 30 Milliarden US\$. Milosevic bittet um unverzügliche Überweisung auf ein Konto der Republik Jugoslawien. Das war bis zum 20.04.99 die Rechnung. Inzwischen sind wieder etliche Milliarden hinzugekommen.

Und auch in Deutschland wird ja schon von der selbstverständlichen Tatsache ausgegangen, daß wir die Schäden wieder beseitigen müssen. Das ist nicht realitätsfremd. Denn wer sonst kann das? Der Balkan, auch Serbien ist zusammengebrochen und weitgehend zerstört, wenn der Krieg beendet sein wird. Wer bitte schön soll das bezahlen? Die Afrikaner? Natürlich nicht. Also bleibt nur die EU. Es ist eine politische Aufgabe, diesen Gedanken unter die Leute zu bringen.

Hauptaufgabe einer Regionalkonferenz ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Da darf es keine Vorbehalte geben. Das müssen die Staaten des Balkans sein, also die Staaten der Bundesrepublik Jugoslawien mit Serbien und Montenegro, Mazedonien, Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und vielleicht auch mit Griechenland. Erst dann könnte so etwas wie ein Marshallplan beginnen.

Albanischer Rat

Des weiteren müßte im Rahmen der Regionalkonferenz ein Albanischer Rat eingerichtet werden.

Wie könnte denn das aussehen? Es wird Selbständigkeit begehrt, die über den Autonomie-Status hinausgeht. Gleichzeitig müssen die Grenzen bleiben. Warum also nicht an Möglichkeiten anknüpfen, die es schon gibt?

Großbritannien und Irland haben, beginnend mit den Jahren 1983/1984 und kreativ befördert durch John

Es ist höchste Zeit, die außenpolitische Maßstäbe, die Sozialdemokraten gesetzt haben, wieder aufzufrischen: Keine Androhung und keine Anwendung von Gewalt.

Hume, die Idee erfunden, die nationale Fragen übernational zu beantworten. Die beiden Nationalstaaten Großbritannien und die Republik Irland sind die staatlichen Grundorganisationen, die sich in einem Rat vereinigen, wo die Iren ihre nationalen Fragen zwischen Nordirland und der Republik erörtern. Und die werden im Konsens aller Beteiligten umgesetzt.

In unserem Fall wären Serbien, Mazedonien und Montenegro etwa in der Situation Großbritanniens. Albanien, das Kosovo, die westmazedonischen Albaner und süd-montenegrischen Albaner wären in der Situation der Iren. Somit hätte man ein Gremium, in dem die Probleme vorgebracht werden können, das übernational ist, aber gleichwohl im Konsens der beteiligten Staaten, das wären die Bundesrepublik Jugoslawien, Mazedonien und Albanien, also die staatlichen Körper dieses Gremiums. Für alle Staaten würden diese Problem dann im Konsens gelöst werden.

Auf diese Weise bekämen die Kosovo-Albaner eine Autonomie, die sie nicht abhängig macht von nur einer Hauptstadt – also von Belgrad – sondern abhängig

macht von Belgrad und von den anderen beteiligten Hauptstädten, also auch von Tirana und Skopje. Und schon hätte das ganze eine andere Dimension.

Die Grenzen blieben erhalten. Und man hätte ein Angebot an das albanische Nationalgefühl, seine kulturelle

Identität erst einmal herzustellen und zu entwickeln, die albanische Sprache zu pflegen. Gleichzeitig wären die beteiligten Staaten, also Bundesrepublik Jugoslawien, Mazedonien und Albanien mit einbezogen.

Dies ist eine Überlegung, die sich nicht im Krieg realisieren läßt. Es wäre aber ein wichtiges Element für die Zeit danach. Schließlich bleibt das Problem der ungelösten albanischen Frage ja auch, wenn die Truppen im Kosovo stehen. Im übrigen: Was passiert mit Westmazedonien und Südmontenegro und Albanien? Die Vorstellung, das ganze Gebiet zu NATO-Territorium zu machen, wird teuer werden. Da werden die Steuerzahler sehr bald aufmucken.

UNO und EU

Zweiter Punkt: Die erforderlichen humanitären Hilfsmaßnahmen finden unter der Leitung der UN statt. Das heißt UNESCO und NGOs. Zur Absicherung dieser Hilfe bildet die UN eine Blauhelmtruppe in der Größenordnung von 20.000 Mann. Vorrangig soll diese Gruppe aus Kräften der Staaten gebildet werden, die nicht an der NATO-Aktion beteiligt waren. Die Russen werden hier sehr hilfreich sein können. Insofern sollte sich die deutsche Politik „hilfesuchend“ an die Russen wenden, die wichtige zweite Großmacht.

Die dahinterliegende Idee: In der Nachkriegszeit wird es sehr wichtig für Europa sein, eine europäische Lösung anzustreben. Die muß rechtzeitig auch bei den Sozialdemokraten popularisiert werden. Wir dürfen nicht wieder zurückfallen in dieses: „Friß Vogel oder stirb.“ Es darf keine Fortsetzung des Diktates geben, weil das keinen Frieden auf dem Balkan schafft. Für Europa ist das existentiell: Die europäische Integration wird scheitern, wenn sie auf der Befehlsausgabe dem Balkan gegenüber beharrt.

Denn das verdirbt nicht nur den Charakter der Balkanvölker, sondern es verdirbt auch unseren Charakter. Ich befürchte ernstlich, daß die Bombardierungen verheerende Folgen für Europa haben werden, nicht nur materiell, sondern was das Denken angeht.

Wird es gelingen, Europa zu bauen, oder bleibt es nur bei Westeuropa, das ausgewählte Beitritte zuläßt. Das ist ein himmelweiter Unterschied. Wenn wir uns an Diktate mit Diskriminierung, Gewaltandrohung und der effektiven Anwendung von Gewalt gewöhnen, heißt das, die Prinzipien der KSZE-Schlußakte von Helsinki aufzugeben. Das sind aber außenpolitische Maßstäbe, die Sozialdemokraten gesetzt haben. Es ist höchste Zeit, diese wieder aufzufrischen: Keine Androhung und keine Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung von Zielen.

Weiterentwicklung des Völkerrechts

Meine dritte Forderung: Wir müssen das Völkerrecht weiterentwickeln helfen.

Das existierende Völkerrecht ist natürlich nicht der Weisheit letzter Schluß. Aber es ist der letzte Schluß, der vereinbart ist. Und bevor ich nicht einen besseren vereinbaren kann, muß ich den aufrecht erhalten, der vereinbart ist. Und daß selbst ein Staat, der vorsätzlich das Völkerrecht verletzen will, sich immer darum bemüht, eine Camouflage oder eine Story zu erfinden, daß er das Völkerrecht achtet, zeigt, wie wirksam das Völkerrecht ist. Diese Wirkung ist positiv, die darf man nicht verschenken, sondern muß man verstärken.

Wer der Meinung ist, daß es um Humanität geht, wird sagen, was heißt hier Völkerrecht? Das Menschenrecht muß durchgesetzt werden. Die ganze Debatte ist aufgehängt an dem etwas irrwitzigen Standpunkt, daß man sagt, weil das Vernünftige im Sicherheitsrat nicht durchgesetzt werden kann, muß es außerhalb des Sicherheitsrates im Geiste der Charta der Vereinten Nationen geschehen.

Dies geht aber so nicht. Dann müssen wir das Vernünftige möglich machen. Damit kommt man überhaupt erst wieder einen vernünftigen Zugang an das Thema. Natürlich dürfen wir uns nicht der Entwicklung des Völkerrechts verschließen. Aber wir müssen aufzeigen, wie es geschehen kann. Wir können es nur im Konsens. Wir können es nicht dadurch, daß wir ausbrechen und sagen, weil die Regelung uns nicht paßt, machen wir es anders. Damit verletzen wir den Rechtsfrieden.

Wir müssen dagegen in unserer Argumentation größten Wert auf das Gewaltmonopol der UNO legen. Das ist leider auch vielen Sozialdemokraten nicht immer bewußt. Wenn es eine Position gegen die Selbstmandatierung der neuen NATO gibt, dann ist es die Diskussion über den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Und das muß man natürlich unter der Überschrift machen, wie erfolgreich die Vereinten Nationen generell waren. Daß es hier und da Fehlschläge und Rückschläge gegeben hat, ist ja nicht zu bestreiten. Aber insgesamt kann man sagen, die Vereinten Nationen brauchen nicht versteckt zu werden, sie sind keine Fehlleistung der Zivilisation.

Und: Es ist ja sehr weise, wenn man sagt: „Machtanwendung gegenüber Staaten soll nur möglich sein, wenn Konsens besteht.“ Man muß schon hinterfragen, ob dieses absolute Konsensprinzip mit dem Veto eigentlich dumm ist. Sollten wir Gewaltanwendung mehrheitlich entscheiden können? Das hätte zur Folge, daß mehr Gewalt angewendet wird, und das kann kaum gewollt sein.

spw

Wir dürfen nicht wieder zurückfallen in dieses: „Friß Vogel oder stirb.“ Es darf keine Fortsetzung des Diktates geben, weil das keinen Frieden auf dem Balkan schafft.

Über die Schwierigkeit, die kriegsökologische Wahrheit zu finden

Die umweltwissenschaftliche Analyse des jüngsten Balkankrieges wird auch nach acht Kriegswochen erheblich erschwert,

- weil es den Militärs gelingt, seine ökologischen Begleiterscheinungen entweder geheimzuhalten oder zu verharmlosen und
- weil die Umweltbehörden in den Staaten der Europäischen Union selbst über die überregionalen ökologischen Begleiterscheinungen des Krieges nicht aufklären.

Die militärische Praxis, katastrophale Kriegsfolgen für Mensch und Natur herunterzuspielen und Informationen darüber geheimzuhalten, ist nicht neu. So hat das US-Verteidigungsministerium nach dem Vietnamkrieg unersetzliches wissenschaftliches Beweismittel vernichtet¹, zu Beginn des Golfkrieges eine kritische wissenschaftliche Debatte über die erkennbaren ökologischen Begleiterscheinungen ihrer Kriegsführung unterbunden² und nach dessen Beendigung brisante Umweltkriegsakten verschwinden lassen³.

Nach militärischer Logik bestimmen zwangsläufig NATO-Kriegsplaner darüber, welche Umweltkriegsdaten entweder als wichtig und wahr oder als unerheblich oder falsch zu gelten haben. Ihre massiven Angriffe auf jugoslawische Chemiekomplexe, Treibstoffdepots, Ölraffinerien und Kraftwerke verursachen aus ihrer Sicht dann eben auch keine beispiellos katastrophalen Großstörfälle, sondern allenfalls ökologisch, humanitär und völkerrechtlich vernachlässigbare Begleitschäden.

Die Umweltanalyse des Balkankrieges wird schließlich deshalb erschwert, weil auch die jugoslawische Regierung weder über die ökologischen Folgen des NATO-Luftkrieges noch ihres eigenen Bodenkrieges im Kosovo empirisch gehaltvolle Informationen verbreiten kann oder will.

Vertrauen verspielt, wer absichtlich falsch informiert oder der Öffentlichkeit nur einen Teil der Wahrheit offenbart. Da stehen die Regierungen der NATO-Staaten und Jugoslawiens derzeit allesamt schlecht da.

Angesichts solcher restriktiven Bedingungen ist das Ganze dieses Umweltkrieges erst umrisshaft erkennbar. Deshalb beschränke ich mich vor allem darauf, richtige Fragen zu stellen. Empirisch gehaltvolle Antworten sind allenfalls nach Beendigung des Krieges möglich.

Die NATO führt einen Umweltkrieg

Der Balkankrieg ist inzwischen, wie vorher bereits der Vietnam- und der Golfkrieg, auch ein Krieg gegen die Umwelt geworden. Dahinter steht die Logik der NATO-Kriegsplaner, daß die Biosphäre des Gegners – also unausweichlich auch die der Zivilbevölkerung – gefährdet oder sogar nachhaltig geschädigt werden darf, wenn dieser vernichtend geschlagen werden soll.

1975, nach Beendigung des Vietnamkrieges, in dessen Verlauf die US-Streitkräfte die *ökologische Kriegsführung* zum erstenmal in der Kriegsgeschichte zum integralen Bestandteil einer Militärstrategie gemacht hatten, verabschiedeten die Vereinten Nationen zwei Völkerrechtsgesetze, die sowohl diese Art der Kriegsführung als auch massive Eingriffe in die Biosphäre durch Kriegshandlungen verbieten.

Der bewußte Verstoß gegen ökologische Kriegsrechtsnormen wird darin zu *Kriegsverbrechen* erklärt. Die Frage ist, welcher humanitärer und ökologischer Verbrechen sich die Alliierten im Rahmen ihrer Operation *Allied Force* schuldig machen.

Ökologische und Umweltkriegsführung charakterisieren unterschiedliche biosphärische, militärische und kriegsrechtliche Realitäten. Um *ökologische Kriegsführung* handelt es sich, wenn kriegführende Parteien die Natur zu militärischen oder sonstigen

Krieg gegen die Umwelt in Jugoslawien

von Knut Krusewitz*

feindseligen Zwecken als Mittel der Zerstörung, Schädigung oder Verletzung eines anderen Vertragsstaates nutzen.⁴ Beispiele sind die Entlaubung von Mangrovenwäldern und die Wettermanipulation im Vietnamkrieg oder die Inbrandsetzung von Erdölquellen im Golfkrieg.

Ein *Umweltkrieg* wird geführt, wenn nicht nur die Biosphäre, sondern, wie zuletzt im Golfkrieg⁵, auch die Zivilbevölkerung, ihre Volkswirtschaft und ihre Kulturgüter angegriffen werden. Im *Zusatzprotokoll 1 zu den Genfer Abkommen* (1977) wird ein sachlicher und kriegsrechtlicher Zusammenhang zwischen Ökologie und Umweltkrieg hergestellt durch die Artikel 35 (Wahl der Methoden und Mittel der Kriegsführung), Artikel 48 (Kriegshandlungen nur gegen militärische Ziele), Artikel 51 (absoluter Schutz der Zivilbevölkerung), Artikel 53 (Schutz von Kulturgütern), Artikel 54 (Schutz lebensnotwendiger ziviler Objekte und Gebiete), Artikel 55 (Schutz der natürlichen Umwelt) und Artikel 85 (Ahndung von Verletzungen dieses Rechts).⁶

Umweltschäden in der regionalen Biosphäre

Zum jetzigen Zeitpunkt ist es aus verschiedenen Gründen nicht möglich, die militärischen Umweltschäden in der regionalen Biosphäre empirisch zu bilanzieren. Wer sich mit diesem *factum brutum* nicht zufrieden gibt, der wird versuchen, realistische Schätzungen vorzunehmen. Dabei greife ich auf Wissensbestände über frühere Kriege und über die zivile Störfalldébatte zurück.

Das Ausgangsproblem formulierte die Jugoslawische Regierung in einem Protestschreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nation vom 18. April 1999 so: Die „Zerstörung von Anlagen der chemischen, erdölverarbeitenden und pharmazeutischen Industrie“, die sich „in der unmittelbaren Nähe von Großstädten abspielt, wie z.B. der Zweimillionenstadt Belgrad, Novi Sad, Pristina, Pancevo [oder] Krusevac, führt zur Verdunstung großer Mengen gefährlicher Giftmateriaien, die die Menschen, die Luft, den Boden, das ganze Leben in Gefahr bringen. Das letzte Beispiel ist das Bombardement von Anlagen der chemischen Industrie in Belgrad, Pancevo und Novi Sad“. Dadurch flossen „große Mengen von Ammoniak und Erdöl“ in angrenzende Flüsse und „Chemikalienreserven für die Kunststoff- und Kunstdüngerindustrie“ verbrannten. Dies führte zur „Bildung einer großen Giftgaswolke“, die „sich über diese Städte und ihre weitere Umgebung“ ausbreitete. [...] Die Gefahren von zahlreichen Nachwirkungen werden erst erforscht.“⁷

Einiges wissen griechische Umweltforscher/innen der Universitäten von Thessaloniki und Xanthi bereits heute über solche Nachwirkungen. Seit Beginn des NATO-Krieges messen sie nämlich ständig die Schadstoffe im Norden Griechenlands. Der Leiter

Die militärische Praxis, katastrophale Kriegsfolgen für Mensch und Natur herunterzuspielen und Informationen darüber geheimzuhalten, ist nicht neu.

* Prof. Dr. Knut Krusewitz, Umwelt- und Friedensforscher an der TU Berlin

Heizkraftwerk in Neu Belgrad. Foto: Serbia Info News



des Labors für Umweltchemie an der Universität Xanthi erklärte Anfang Mai gegenüber der *Süddeutsche Zeitung*: „Die Werte für Dioxine und Furane haben sich um das zehnfache erhöht.“⁸

Das war vorherzusehen. Seit Anfang der achtziger Jahre ist die Öffentlichkeit nicht nur in der Bundesrepublik darüber informiert, daß bereits im Frieden die Ansiedlung großer Betriebe der chemischen Industrie in dicht besiedelten Regionen, verbunden mit der Lagerung enormer Mengen gefährlicher chemischer Grundstoffe und Zwischenprodukte, eine permanente Gefährdung der Bevölkerung darstellt.

Im Fall der zerstörten jugoslawischen Industriekomplexe war das *Störfallrisiko Chemie* durch Katastrophenmaßnahmen offenbar nicht mehr beherrschbar, ein Tatbestand, den die NATO-Planner sogar eingeplant haben dürften.

Zerstörung von Munitionsfabriken

Die NATO hat nicht bestritten, auf jugoslawischem Territorium auch Munitionsfabriken zerstört zu haben. Über die katastrophalen ökologischen und gesundheitlichen Folgen erfuhren wir allerdings bislang nichts. Da ist eine Monographie über die 1944 zerstörte Sprengstofffabrik „Tanne“ in Clausthal-Zellerfeld schon aufschlußreicher.⁹

Die Langzeitschäden der Zerstörung dieser Fabrik durch einen Bombenangriff lassen sich noch 50 Jahre nach Kriegsende nachweisen. Die Umweltgefährdung durch den ehemaligen Betrieb hat die Natur eben nicht geräusch- und kostenlos beseitigt. „Noch heute finden sich auf dem Werksgelände, und, was noch viel schlimmer ist, auch in den ehemals genutzten Vorflutern und Absetzhalden hochtoxische Vor-, Zwischen-, End- und Umwandlungsprodukte aus der ehemaligen Sprengstoffproduktion und -Abfüllung. Durch natürlich vorhandene Bakterien werden die organischen Nitroverbindungen zum Teil in gut wasserlösliche und zusätzlich krebserregende Stoffe, u.a. in sogenannte aromatische Amine, umgewandelt.“ Verschiedene

Abbauprodukte des bzw. im Herstellungsprozeß als Zwischenprodukte auftretende Nitrotoluole haben sich im Tierversuch als eindeutig krebserregend und erbverändern erwiesen, selbst in gerade noch nachweisbaren Konzentrationen. Über den Wasserpfad gelangen diese militärchemischen Schadstoffe in den „Einzugsbereich der zur Trinkwassergewinnung genutzten Granetalsperre.“ Da fast der gesamte Westharz ein Vorranggebiet für die Trinkwasserversorgung von Niedersachsen und Bre-

men ist, tickt hier „im wahrsten Sinne des Wortes eine ökologische Zeitbombe.“¹⁰

Die Chemie-Störfallplanner der NATO

„Allein die ausgebombten Raffinerien von Pancevo und Novi Sad verfügten über Jahreskapazitäten von 5,5 beziehungsweise 2,5 Millionen Tonnen.“ Es müssen nach Schätzungen „Hunderttausende Tonnen Benzin, Öl und Gas gewesen sein, die seit Beginn der Luftangriffe in Flammen aufgingen.“¹¹ Durch die Bombardierung dieser Anlagen entstanden unter anderem große Mengen an Rauch und Ruß.

An der Oberfläche von Rauch- und Rußpartikeln wurden, wie die griechischen Messungen ergaben, Dioxine, wahrscheinlich auch das berüchtigte Vietnam- und Seveso-Dioxin (2,3,7,8-Tetrachloriddibenzodioxin: TCDD) und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) wie Benzopyren adsorbiert. Benzopyren halten Toxikologen/innen für die gefährlichste Verbindung der PAK-Gruppe, weil es stark krebserzeugend ist.¹²

Darüber hinaus gelangte durch die Zerstörung ein Gemisch aus *Stickoxiden*, *Schwefel-* und *Salpetersäuren*, *Schwermetallen*, sowie krebserzeugenden beziehungsweise hochgiftigen Kohlenwasserstoffen wie *Benzol* und *Toluol* in die Biosphäre.

Zur Zeit kann zwar niemand vorhersagen, ob sich in den nächsten Monaten und Jahren – dies wären realistische Werte – 200 oder 500 Milligramm je Quadratmeter von diesem hochgiftigen Gemisch in Wohngebieten, Erntegürteln, Wäldern, Flüssen und Seen ablagern.

Klar ist jedoch, daß die NATO inzwischen auf jugoslawischem Territorium *einen stummen Giftgaskrieg* führt. Er wurde nicht durch den Einsatz primärer, sondern sekundärer Giftgaswaffen ausgelöst, also die Bombardierung von Anlagen, von denen den Kriegsplanern bekannt war, daß sie gefährliche Stoffe und/oder Kräfte enthielten.

Offenbar müssen wir unser Verständnis von Giftgaskrieg revidieren. Wir haben zwar zur Kenntnis genommen, daß die Giftgaskrieg zwischen Soldaten völkerrechtlich verboten wurde, aber wir haben noch nicht begriffen, daß der Giftgaskrieg gegen die Zivilbevölkerung erlaubt bleibt.

Rückwirkungen auf Gesundheit und Biosphäre

Es muß davon ausgegangen werden, daß die operative Versorgung multitraumatisierter Opfer der militärisch verursachten Explosionkatastrophen in Jugoslawien nicht ausreichend gewährleistet ist. Solche kriegsökologischen Sekundäreffekte gefährdeten bereits nach wenigen Kriegstagen die Gesundheit der Zivilbevölkerung in Umgebung der zerstörten Anlagen. Vor allem in Städten wie Belgrad, Pancevo, Novi Sad, Subotica oder Krusevac wurden Tausende von Menschen den Giftgaswolken ausgesetzt. Es ist zu befürchten, daß viele von ihnen chronisch erkranken.

Ein *zweiter* kriegsökologischer Zyklus entwickelte sich durch die Zerstörung ziviler Infrastruktursysteme. In sämtlichen größeren oder strategisch wichtigen Städten wurden systematisch Ver- und Entsorgungseinrichtungen, Kommunikations- und Verkehrssysteme und wichtige Brücken zerstört, aber auch Krankenhäuser, Schulen, Universitäten und Wohngebiete beschädigt. Die Wasser- und Stromversorgung für mehr als eine Million Menschen ist erheblich gestört.

Volkswirtschaftliche Kosten des Krieges

Die Zerstörung wichtiger Bereiche der Volkswirtschaft weist bestimmte Ähnlichkeiten mit militärischen Manipulationen ökologischer Abläufe auf: Hier wie dort reagieren komplexe Realitätsbereiche auf kriegerische Eingriffe mit grundsätzlich nicht planbaren Effekten. Solche Eingriffe werden durch die Verflechtung einzelner ökologischer und infrastruktureller Komponenten rückgekoppelt, aufgeschaukelt, in ihrer Wirkung multipliziert.

Die Vereinten Nationen haben den bewußten Verstoß gegen ökologische Kriegsrechtsnormen zu Kriegsverbrechen erklärt.

Aus diesem Grunde ist es heute noch nicht möglich, die Rückwirkungen der Primäreffekte auf die Gesellschaft zu quantifizieren. Das ist bislang nur für volkswirtschaftliche Teilbereiche der Tertiäreffekte möglich.

Die Wirtschaftsleistung Jugoslawiens war bereits vor dem Krieg (1998) auf die Hälfte des Bruttosozialprodukts von 1989 geschrumpft. Nach Berechnungen österreichischer Ökonomen ist das heutige Pro-Kopf-Einkommen auf den Stand von 1900 (!) zurückgefallen. Die Ökonomen sagen ein weiteres Absinken der Wirtschaftsleistung in Serbien um 25% voraus. Dabei haben sie die jüngste Zerstörung von Produktionsstätten und Infrastruktur noch gar nicht berücksichtigt. Deshalb erwarten sie nach Ende des Krieges eine weitere Auswanderungswelle – diesmal aus Serbien.¹³

„Humanitäre Kriegsführung“ – mit Uran-Munition?

Am 22. April 1999 meldete die *Fuldaer Zeitung*, die NATO habe „bestätigt, daß US-Militärs in Jugoslawien radioaktive Uran-Munition einsetzt. Zugleich dementierte die Allianz aber Berichte über eine Gefährdung unbeteiligter Zivilisten.“¹⁴

Diese Behauptung der NATO ist falsch. Richtig hingegen ist, daß die Verwendung dieser Munition eine erhebliche Gefahr für die Bevölkerung und die Umwelt darstellt. Dieser Tatbestand ist auch den NATO-Militärs spätestens seit dem Golfkrieg (1991) bekannt.

In natürlichem Zustand ist das Schwermetall Uran eine Mischung aus den Isotopen U_{235} und U_{238} . U_{235} ist nur in geringem Umfang im Uran vorhanden. Zur Verwendung von Uran in Nuklearwaffen ist es notwendig, den Anteil von U_{235} durch Anreicherungsverfahren zu erhöhen. Dabei fällt das U_{238} in größeren Mengen an. Dies U_{238} wird auch als depleted uranium (DU) bezeichnet. Es ist stark giftig und schwach radioaktiv.

Das militärische Interesse an DU wurde geweckt, weil es eine erheblich größere Dichte als andere zur Munitionsherstellung verwendete Materialien hat. So ist DU fast dreimal so schwer wie Stahl, was einer mit DU gefüllten Granate eine sehr viel größere Durchschlagskraft etwa gegenüber der Panzerung von Militärfahrzeugen verleiht.

Zusätzlich zur hohen Durchschlagskraft hat Munition, in der depleted uranium verwendet wird, die Eigenschaft, sich selbst zu entzünden. Weil DU weicher ist als Stahl, wird es beim Durchdringen der Panzerung pulverisiert. Dabei entzündet es sich und wirkt deshalb im Innern eines Panzers wie ein Brandgeschöß.¹⁵ Der Einsatz von DU-Munition hat aber nicht nur die beabsichtigte Waffenwirkung. Wenn ein solches Geschöß auf die Zieloberfläche schlägt, wird ein großer Teil der kinetischen Energie als Hitze angeleitet.

Daraus ergibt sich Rauch, der eine hohe Konzentration von DU-Teilchen enthält. Diese Uranpartikel sind stark giftig. Nach der Explosion verbinden sich diese stark giftigen Uranteilchen in der Luft mit Staub und werden anschließend in bewohnte Gebiete, in die Nahrungskette und ins Trinkwasser verfrachtet.

Zum ersten Mal wurde DU-Munition in großen Mengen im Golfkrieg (1991) verwendet. Vor allem das US-Kampflugzeug vom Typ A-10, das erneut im Krieg gegen Jugoslawien eingesetzt wird, verschoß fast 1 Million DU-Granaten. Damit wurden über 1000 irakische Panzer zerstört. Die U.S. Army schätzt die auf dem Golfkriegsschauplätzen „deponierte“ Uranmenge auf 300 Tonnen. Die Kriegstrümmer wurden nie beseitigt, weshalb ihre hoch giftigen und schwach radioaktiven Partikel im Südirak ins Grundwasser und in die Nahrungskette gelangten. Beim Eindringen des Giftstoffs in den Körper kann es zur langsamen Zerstörung innerer Organe kommen. Tatsächlich nahm in dieser Region die Zahl der an Leukämie erkrankten Kinder deutlich zu. Aber auch von vergifteten U.S.-Soldaten wird im Zusammenhang mit dem *Golfkrieg-Syndrom* berichtet.¹⁶ Ein ähnlich massiver Einsatz im

Kosovo würde die Biosphäre und damit die Gesundheit der Menschen gefährden, die nach ihrer Vertreibung dorthin zurückkehren sollen.

Verfall des humanitären und ökologischen Rechtsbewußtseins

Während Umweltgefährdung in Deutschland strafbar und im schwersten Falle mit Freiheitsstrafe bis zu 10 Jahren bedroht ist – auch für Soldaten –, verursachen im Balkankrieg auch deutsche Soldaten enorme Schäden auf land- und forstwirtschaftlich sowie gärtnerisch genutzten Flächen, wodurch die Agrarproduktion bereits erheblich geschädigt wurde. Wegen des Mangels an Saatgut, Düngemitteln und Treibstoff kann in Jugoslawien weitaus weniger Getreide, Mais und Gemüse angebaut werden als in den Vorjahren.

Dazu kommen die Langfrist-schäden durch die Verseuchung von Böden und Wässern. So hat die Bombardierung der Chemiekomplexe in Novi Sad, Belgrad und Pancevo zur Verseuchung der Donau geführt, wodurch die Flußökologie bis ins Delta nachhaltig gestört wird.

Es dürfte für das Wert- und Rechtsbewußtsein der kriegführenden europäischen Gesellschaften höchst unerfreuliche Konsequenzen haben, daß sie den zivilisatorischen Konsens, wonach der Mensch seinesgleichen nicht vorsätzlich Giftgaswolken aussetzt, innerhalb weniger Tage ohne erkennbare ethische, ökologische oder wissenschaftliche Skrupel aufgegeben haben.

Und wie der bisherige europäische Primat des Ökologischen gegenüber dem Militärischen wieder hergestellt werden kann, wenn die Regierungen der kriegsführenden Staaten billigen, daß ihre Militärs alle strafbewehrten Methoden und Mittel der Kriegsführung verwenden, „die dazu bestimmt sind oder von denen erwartet werden kann, daß sie ausgedehnte, langanhaltende und schwere Schäden der natürlichen Umwelt verursachen und dadurch Gesundheit oder Überleben der Bevölkerung gefährden“¹⁷, ist heute schon eine brisante Nachkriegsfrage. spw

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 254, 31. Okt. 1979, S. 34

² Scientific American, Vol. 264, No. 5 (May 1991, p. 9)

³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 51, 1. März 1997, S. 6

⁴ Westing, Arthur, ed., „Environmental Warfare. A Technical, Legal and Policy Appraisal, London-Philadelphia 1984

⁵ Knut Krusewitz, „Ein heiliger, gerechter Umweltkrieg?“, in: Garten und Landschaft, Jg. 101, H. 4 (April 1991, S. 5–7)

⁶ Albrecht Ranzelzhofer, Hrsg., „Völkerrechtliche Verträge, Beck-Texte. Bd. 5031, München 1991, S. 608–672

⁷ Bundesrepublik Jugoslawien: Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen (dt. Übersetzung, 18. April 1999, S. 1

⁸ Renate El/Evdoxia Tsakiridou, „Hohe Schadstoffbelastung auf dem Balkan. Durch NATO-Bomben sind die Werte für Dioxine und Furane gestiegen“, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 107, 11. Mai 1999, S. 5

⁹ Braedt, Michael/Hansjörg Hörseljau/Frank Jakobs/Friedhart Knolle, Die Sprengstofffabrik „Tanne“ in Clausthal-Zellerfeld. Geschichte und Perspektive einer Harzer Rüstungsaltlast, Clausthal-Zellerfeld 1998

¹⁰ Braedt u.a. (s.o. Anm. 15, S. 103 f.)

¹¹ Spiegel (s.o. Anm. 4, S. 225)

¹² B. J. Alloway/D. C. Ayeres, Schadstoffe in der Umwelt. Chemische Grundlagen zur Beurteilung von Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzungen, Heidelberg – Berlin – Oxford 1996, S. 211

¹³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 92, 21. April 1999, S. 19

¹⁴ Fuldaer Zeitung, Nr. 93, 22. 4. 1999, S. 3

¹⁵ Jo Rodejohann, „Entreichertes Uran als Munition“, in: antimilitarismus information, Jg. 7, H. 2 (Febr. 1977, S. III-39 ff.)

¹⁶ Michael Schwelien, „Sieger sterben später“, in: ZEIT, Nr. 33, 11. Aug. 1995, S. 9

¹⁷ Artikel 55 des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Abkommen, in: Ranzelzhofer, Völkerrechtliche Verträge (s.o. Anm. 9, S. 641)

Zündstoff Öl und Gas

Alter und neuer Krisenherd am Kaspischen Meer

von Detlef Bimboes*

Die Region von Baku am Kaspischen Meer dürfte das älteste bekannte Ölgebiet der Welt sein. Ende des 19. Jahrhunderts war es sogar kurze Zeit das weltweit größte Ölzentrum. Seine Ölvorräte ließen es nach der Oktoberrevolution in den Strudel der Auseinandersetzungen zwischen britischem Imperialismus und junger Sowjetunion geraten. Englands Zugriff scheiterte jedoch ebenso wie die geplante Eroberung der Ölquellen durch den Faschismus im II. Weltkrieg.

Die Ölgebiete um Baku deckten 1940 ca. 70% des sowjetischen Ölbedarfs. Erklärtes Kriegsziel Hitlers war es, die Ölquellen um Baku und Grosny zu erobern, Rußland von der Ölversorgung abzuschneiden und das Öl an sich zu reißen. Im Verlauf der Sommeroffensive 1942 gelang es dem 40. Panzerkorps der Wehrmacht, zeitweilig bis auf 80 km an das Kaspische Meer vorzustoßen. Die Ölfelder von Grosny in Tschetschenien wurden von der SS-Division Wiking in Brand gesteckt und die hier noch verbliebenen Ölraffinerien und Ölvorräte sind vom Luftwaffengeschwader Richtofen zerstört worden.

Die Sowjetunion hatte diese Gefahren vorausgesehen, die Ölproduktion teilweise eingestellt, große Teile der Anlagen demontiert und in das Wolga-Ural-Gebiet verlagert. Dort waren große Ölvorkommen entdeckt worden. Sie konnten aber erst nach und nach verstärkt genutzt werden. Erst Mitte der siebziger Jahre konnten das Wolga-Ural-Gebiet und die ab Mitte der sechziger Jahre hinzu gekommenen Ölreviere in Westsibirien über 70% an der gesamten Ölförderung sicherstellen. Demgegenüber verlor das kaukasische Erdöl an Bedeutung.

Das Kaspische Meer als abflußloser größter Binnensee der Erde profitierte von den veränderten Produktionsschwerpunkten nicht. Rücksichtslose Industriepolitik und Ressourcenraubbau zeitigen ihre Folgen. Seit den sechziger Jahren ist bis heute die Schadstoffbelastung immer größer geworden. Das ökologische Gleichgewicht ist akut gefährdet. Die Abwässer der verbliebenen Ölindustrie, verrottende Altbohranlagen, inzwischen zahlreiche neue Off-Shore-Förderungen belasten das Binnenmeer ebenso wie die chemische Industrie der Anrainer und die ungeklärt eingeleiteten Abwässer der Uferstädte. Hinzu kommt der gewaltige

Zustrom der Wolga. Durch die Industriegebiete an ihrem Lauf ist ihr Wasser in großem Ausmaß mit giftigen Stoffen belastet. Und das angesichts der Tatsache, daß hier immer noch mehr Menschen vom Fischfang und der Kaviarproduktion als von der Ölförderung leben. Ein anderes bedrohliches Problem für die Anrainerstaaten ist der Anstieg des Wasserspiegels. Er steigt derzeit jährlich um 14 cm. Man rechnet damit, daß das bis 2010 oder 2020 anhält. Demgegenüber fiel der Wasserspiegel um die vergangene Jahrhundertwende beträchtlich! Möglicherweise hängt das auch mit dem Zusammenbruch der Landwirtschaft in Rußland zusammen, die früher große Wassermengen der Wolga zur Bewässerung verbrauchte.

Sowjetisches Öl und Weltpolitik

Nach dem II. Weltkrieg ist in der Sowjetunion ein weit verzweigtes Pipelinennetz gebaut worden, um die gewonnenen Energierohstoffe nutzen zu können. Es erstreckte sich auch in die übrigen RGW-Staaten. Später war es sogar an das westeuropäische Netz angeschlossen. Über das Netz wurde selbst Gas aus dem Iran und Afghanistan importiert. Von besonderer Bedeutung waren die Pipelines aber für den Export von billigem Erdöl, mit dem sich die Sowjetunion Devisen aus den kapitalistischen Ländern beschaffte. Mit dem Öl versorgte sich die Sowjetunion aber nicht nur mit Devisen. Zugleich unterstützte sie auch blockfreie und aus dem Schatten des Kolonialismus heraustretende Entwicklungsländer. Beides stieß auf den erbitterten Widerstand der internationalen Ölkonzerne und der kapitalistischen Staatengemeinschaft, allen voran die USA. Verluste an Profiten und politisch-wirtschaftlichem Einfluß auf die Entwicklungsländer drohten.

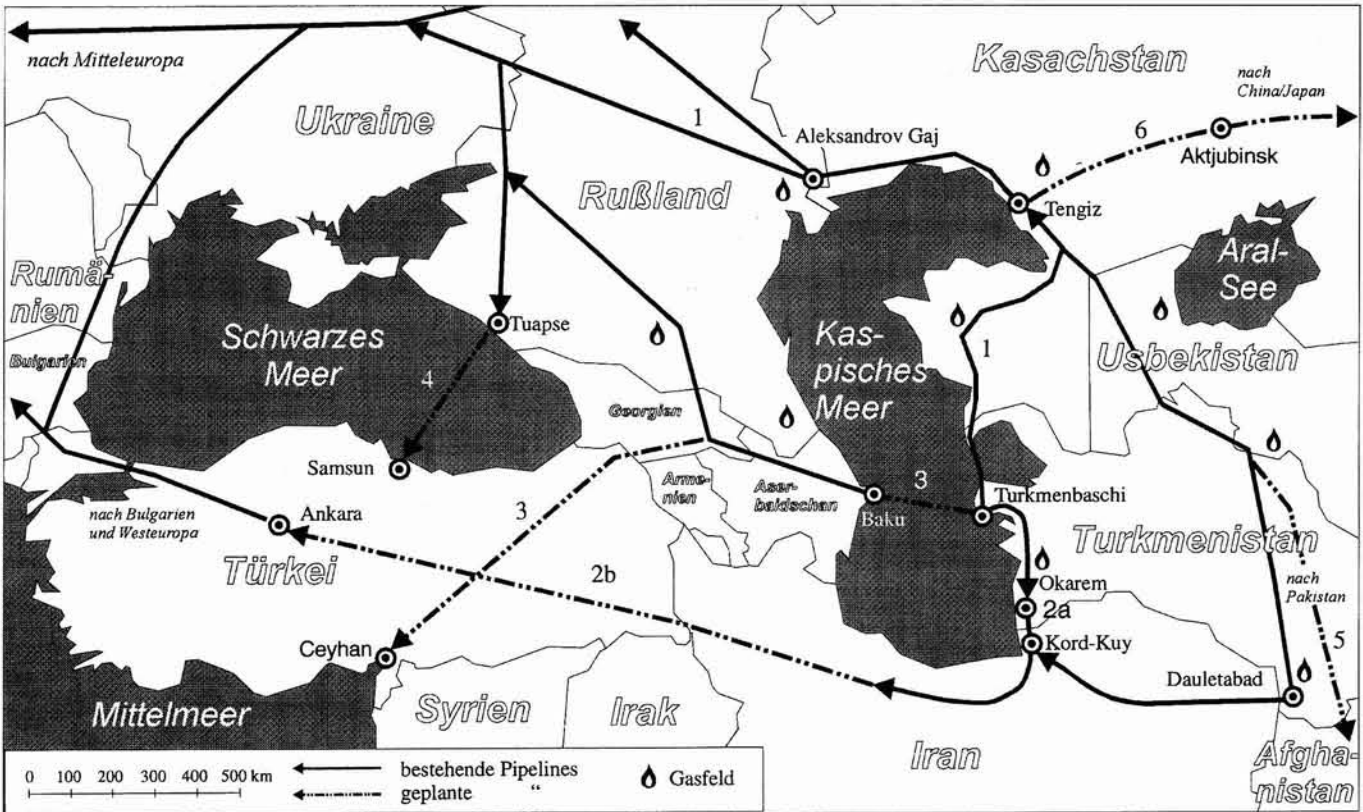
In den siebziger Jahren gelang es den in der Organisation Erdöl exportierender Staaten (OPEC) zusammengeschlossenen Ländern, anstelle der Ölkonzerne die Regieführung bei der Preis- und Angebotsregulierung auf den internationalen Energiemärkten („Ölkrise“ 1973) zu übernehmen. Das forderte die in der OECD zusammengeschlossenen Industriestaaten heraus. Die Gegenstrategie wurde maßgeblich vom damaligen US-Außenminister Kissinger bestimmt. Sie bestand darin, unabhängig von der OPEC eine dauerhaft störungsfreie Ölversorgung auf Billigpreisniveau – auch unter Einsatz militärischer Mittel – sicherzustellen. Sie setzte auf eine Steigerung des Angebots der Energieträger Öl, Gas, Kohle und die Atomenergie. Dafür wurde auf die Förderung von Energierohstoffen in allen Weltregionen außerhalb der OPEC-Staaten gesetzt. Das Konzept ist aufgegangen und leitete zugleich die Schwächung und Spaltung der OPEC ein.

In der Ära Gorbatschow setzte die Reagan-Administration den internationalen Ölpreis erfolgreich als Waffe ein, um der Systemalternative eines reformierten Sozialismus jede Chance zu nehmen. Mit der Entdeckung der riesigen Erdgasfelder von Urengoi in Westsibirien war die SU zur Nr. 1 der Erdgasproduzenten auf der Welt geworden. Das allein hatte die USA bereits beunruhigt. Und nun wollte Gorbatschow auch noch seinen ersten Fünfjahresplan samt Wirtschaftsreform mit dem Verkauf des Gases finanzieren. Jährliche Einnahmen von 60 Mrd. Dollar basierten auf einem Ölpreis von 34 Dollar pro Barrel. Bei Veröffentlichung des Fünfjahresplanes war der Ölpreis auf unter 20 Dollar pro Barrel gefallen. Ein gezielter Schlag, der die Finanzierung von Reformen weitestgehend zunichte machte. Auch heute noch stößt man nur selten auf eine ernsthafte Einschätzung der Rolle der Ölpreise beim Zusammenbruch der Sowjetunion.

Rücksichtslose Industriepolitik und Ressourcenraubbau zeitigen ihre Folgen. Die Schadstoffbelastung des Kaspischen Meers ist immer größer geworden.

* Dr. rer. nat. Detlef Bimboes, Wiesbaden. Es handelt sich um einen aktualisierten und um die Hälfte gekürzten Beitrag für die Frühjahrstagung der Zeitschrift spw am 23.-25. 04. 1999 in Hannover. Die Langfassung dieses Beitrages mit ausführlichen historischen Darstellungen ist gegen Voreinsendung von 3,- DM in Briefmarken oder per Email umsonst beim Verlag erhältlich.

Erdgas: Felder und Pipelines



Nach dem Zerfall der Sowjetunion

Das daraus hervorgegangene, wirtschaftlich am Boden liegende Rußland ist abhängiger denn je von Devisen. Der Export von Energierohstoffen ist dabei von großer Bedeutung. Rußland ist inzwischen Deutschlands größter Lieferant für Erdgas und Erdöl.

Als sich 1991 die Sowjetunion auflöste, entstanden in der kaspischen Region acht selbständige Staaten. Es sind Staaten mit undemokratischen Verhältnissen, großen Minderheitsproblemen und krassem Sozial- und Einkommensgefälle entstanden. Eine Nutzung der Bodenschätze zur Hebung des Wohlstandes der verarmten Massen findet nicht statt. Alle Staaten gehören zur „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (GUS), deren mächtigstes Mitglied die Russische Föderation ist.

Die teils bekannten, teils neu entdeckten Öl- und Gasreichtümer in der Region haben einen weltweiten Wettlauf um ihre Ausbeutung ausgelöst. Als tatsächlich gesichert können beim Öl ca. drei Mrd. to. (zum Vergleich: Saudi-Arabien verfügt allein über gesicherte Vorkommen von 35 Mrd. to. Rohöl) gelten. Das entspricht zwei Prozent der Weltreserven und erreicht in etwa die Größenordnung der Nordseevorkommen. Die Erwartungen reichen aber bis 28 Mrd. to. Erschließbare Bestände bis zehn Mrd. to. (7% der Weltreserven) sind wahrscheinlich. Beim Erdgas gelten in der Region acht Billionen Kubikmeter Gas (6% der Weltreserven) als gesichert. Vermutet werden aber 18 Billionen Kubikmeter.

Der frühere „weiche Unterleib“ der Sowjetunion mit seinen strategisch wichtigen mineralischen und energetischen Rohstoffen ist ins Visier geopolitischer Interessen von USA und NATO gerückt. Zu ihrer Durchsetzung wurden bereits 1991 die Voraussetzungen auf dem NATO-Gipfel in Rom mit dem „Neuen Strategischen Konzept des Bündnisses“ geschaffen. Es wurde auf dem Jubiläumsgipfel zum

50jährigen Bestehen im April d. J. in Washington bekräftigt. Danach ermöglicht es nun die neue Strategie der NATO, auch in Ländern jenseits des Bündnisgebietes militärisch einzugreifen. Die von der NATO beschworene Verteidigung von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten kann nicht verbergen, daß es im Kern letztlich um die Durchsetzung wirtschaftspolitischer Interessen und die Sicherung des Zugangs zu strategischen Rohstoffen geht. Die NATO wird deshalb für weltweite Interventionen, sog. „out-of-area“ Einsätze um- und ausgerüstet. Die Pläne der NATO sehen vor, einen strategisch-geografischen Keil zwischen Rußland und den ölfreudigen Mittleren Osten zu treiben und die NATO bis an die innerasiatische Grenze Chinas und den Himalaya auszudehnen.

In der kaspischen Region kreuzen sich sehr unterschiedliche Interessen. Insbesondere zwischen den beiden Großmächten Rußland und USA wachsen die Rivalitäten. So wollen sich die USA aus der Abhängigkeit von ihrer einzigen, wesentlichen Bezugsquelle – der Golfregion – befreien. Gleichzeitig hat die Europäische Union Interessen, weil mittelfristig ihre eigenen Vorräte schrumpfen. Außerdem besteht wachsende Energienachfrage aus Süd- und Südostasien. Gleichzeitig mischen sich die Regionalmächte Türkei und Iran zunehmend in die Verteilungskämpfe ein. Besonders hart wird darum gerungen, über welche Trassen Öl und Gas zu den Weltmärkten geschafft werden sollen. Bislang hatte Rußland noch aus den Zeiten der Sowjetunion ein Pipeline-Monopol. Im folgenden sollen die wichtigsten Konflikte und Interessenlagen – wobei hier ganz wesentlich auf das Positionspapier der

Mit dem Öl versorgte sich die Sowjetunion aber nicht nur mit Devisen. Zugleich unterstützte sie auch blockfreie und aus dem Schatten des Kolonialismus heraustretende Entwicklungsländer.

SPD-Bundestagsfraktion zur „Zukunftsregion Kaspisches Meer“ zurückgegriffen wird – deutlich gemacht werden:

Ziele der USA

1. Strategisches Ziel der USA wie auch der mittelasiatischen Staaten und der des Kaukasus ist es, das Transportmonopol Rußlands um jeden Preis zu brechen. Rußland soll dauerhaft aus der gesamten Region des Nahen und Mittleren Ostens verdrängt und jede Neuauflage einer Sowjetunion verhindert werden. Das russische Transportmonopol kann aber nur mit zusätzlichen Pipelines gebrochen werden, weil die kaspische Region keinen natürlichen Zugang zu den Weltmeeren hat. Alle Staaten der Region sind außerdem an der Durchleitung von Öl und Gas über ihr eigenes Gebiet interessiert. Es geht schließlich um hohe Gebühreneinnahmen und den Einsatz der Durchleitungsrechte als politisches Druckmittel. Doch die in Frage kommenden Routen führen durch Kriegsregionen wie Tschetschenien in Rußland, Georgien und Armenien oder die Kurdengebiete in der Türkei.

Von größtem strategischen Interesse für die USA ist die geplante Trassenführung von Baku über Armenien oder Georgien zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan. Inzwischen finanzieren die weltweit größten Ölkonzerne Chevron, Mobil und Shell eine Machbarkeitsstudie zu diesem Projekt. Eine entsprechende Übereinkunft wurde im Dezember 1998 in Washington im Beisein des US-Energieministers unterzeichnet. Diese Trassenführung schränkt die

Kontrolle Rußlands ein, da seine Pipelines für die Durchleitung zum Schwarzen Meer nicht mehr gebraucht würden. Dem Westen würde so eine eigene und militärisch abgesicherte Versorgungsmöglichkeit offenstehen. Die Sicherung der Pipeline könnte dann das

NATO-Mitglied Türkei übernehmen und zugleich den Löwenanteil der Transportprofite einstreichen. Mittlerweile hat Aserbeidschan sogar direkt der NATO und den USA die Einrichtung von Militärbasen auf seinem Staatsgebiet angeboten!

Eine weitere Planung für eine Gaspipelineroute führt von Turkmenistan über Afghanistan nach Pakistan mit späterem Ausbau bis nach Indien. Diese Route wird politisch von den USA und Saudi-Arabien gestützt. Aufbau und Unterstützung der Taliban-Milizen in Afghanistan finden hier ihren eigentlichen Grund. Das Projekt erlitt im Dezember 1998 einen schweren Rückschlag. Der amerikanische Ölkonzern Unocal verließ das Konsortium, dem die Saudi-arabische Deltaoil und die japanische Itochu angehören. Die Hoffnungen Turkmenistans richten sich nun mehr auf einen möglichen Bau einer Pipeline, die quer durch das Kaspische Meer über Aserbeidschan in die Türkei und nach Europa liefern soll.

Europäische Interessen in der Region

2. Deutschland wie auch die übrigen Staaten der EU verfolgen in der kaspischen Region sowohl politische als auch wirtschaftliche Interessen. Sie richten sich zum einen auf die langfristige Sicherung der Energieversorgung Europas über die direkte Beteiligung an den großen kaspischen Öl- und Gaskonsortien. Sie richten sich zum anderen auf verschiedene Schwerpunkte. Deutschlands wirtschaftliche Interessen richten sich u. a. auf die Beteiligung an Infrastrukturaufträgen sowie auf die Erzeugung und Verteilung von Elektroenergie.

Westeuropa beansprucht etwa 20% des Welterdölverbrauchs, besitzt aber nur 2% aller Vorräte. Beim Erdgas ist die Situation nur wenig besser. Das Interesse Westeuropas an der kaspischen Region ist daher langfristig strategisch angelegt und erfordert den Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Kaspisches Öl ist aber bis auf weiteres nicht erforderlich. Die Länder der EU beziehen heute ca. 80% des verbrauchten Erdöls aus Drittländern. Dabei verfügen sie derzeit über eine breit angelegte, risikomindernde (Golfregion, Nord- und Westafrika, Rußland) Importstruktur. Die Gasvorkommen in der kaspischen Region dürften auf längere Sicht selbst als Ersatzreserve von geringem Interesse sein. Das aktuelle Exportpotential von Gas aus Turkmenien (es besitzt die größten Vorkommen) von ca. 20 Mrd. Kubikmeter spielt für den europäischen Gasimport (1996: 215 Mrd. Kubikmeter bei einem Gesamtverbrauch von 500 Mrd. Kubikmeter) nur eine untergeordnete Rolle. Zudem ist der Export teuer und derzeit politisch riskant.

Ganz anders sieht die Situation angesichts geringerer Transportkosten für südosteuropäische Länder wie die Türkei, Bulgarien, Rumänien oder die Ukraine aus. Sie sind daher auch stärker am Ausbau ihrer politischen Einflusssphäre in der kaspischen Region interessiert. Die ehemaligen Mitglieder des Comecon wollen sich über diese Beziehungen aus der Abhängigkeit von russischen Öl- und Gaslieferungen befreien.

Künftige profitable Geschäfte wollen gut vorbereitet sein. Deshalb beteiligen sich transnationale europäische Ölkonzerne wie Agip, British Gas, BP, Royal Dutch Shell, Statoil und Total an Förder-Aktivitäten und Pipeline-Projekten. Sie erreichen allerdings nicht annähernd die Anteile der großen amerikanischen Gesellschaften wie Chevron, Exxon, Mobil Oil, Conoco, die bei den wichtigsten Konsortien in Kasachstan und Aserbeidschan inzwischen bei 40 bis 50 Prozent liegen. Allein 1996 flossen 2,5 Mrd. US-Dollar in die Öl- und Gasgebiete in der kaspischen Region, im Jahre 1997 waren es bereits 5 Mrd. US-Dollar.

Rußland und die Anrainerstaaten

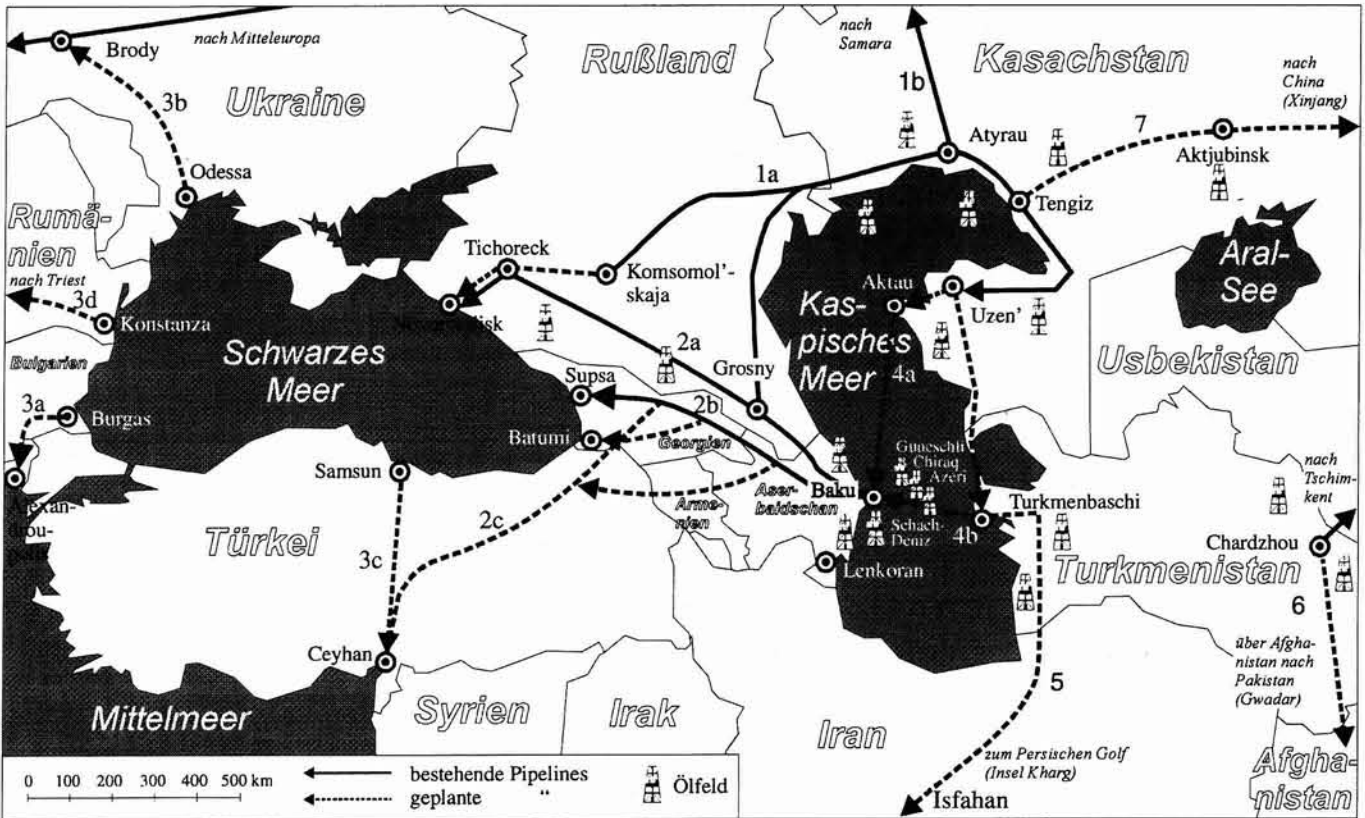
3. Rußland möchte den traditionellen politischen und wirtschaftlichen Einfluß in der Region nicht aufgeben. Es betrachtet die Rolle der USA und der mit ihr verbündeten Türkei mit Sorge und will sich durch den Transit der kaspischen Rohstoffe über russische Pipelines Kontrolle und Profit sichern. Einfluß auf die Öl- und Gasgeschäfte nehmen deshalb auch die halbstaatlichen russischen Konzerne Lukoil und Gazprom. Der Ölkonzern Lukoil ist in den wichtigsten Konsortien Aserbeidschans (AIOC) und Kasachstans vertreten. Lukoil ist aber vor allem am Absatz russischen Erdöls aus seinen sibirischen Vorkommen interessiert. Eine schnelle Entwicklung der Erdölwirtschaft in der kaspischen Region liegt daher nicht unbedingt im Konzerninteresse. Ähnliches gilt für den Gaskonzern Gazprom. Beide Konzerne befinden sich in einem Interessenwiderspruch. Einerseits wollen sie am Erdöl- und Erdgasgeschäft in der Region profitieren. Andererseits fürchten sie entstehende Konkurrenz. Sie sind daher nicht wie die westlichen Gesellschaften an einem starken, sondern nur an einem selektiven Engagement interessiert. Aus russischer Sicht heißen hier die Ziele Kontrolle und Dominanz.

4. Der Iran, selbst Anrainer des Kaspischen Meeres, sieht sich als natürliche islamische Vormacht der Region und bietet sein gut ausgebautes Pipelinennetz als ideales Transportmittel an. Die kürzeste und sicherste Route für eine Pipeline führt tatsächlich von Baku nach Täbris im Iran und von dort weiter zum Persischen Golf. Das aber stößt

Das wirtschaftlich am Boden liegende Rußland ist abhängiger denn je von Devisen aus Rohstoffexporten. Rußland ist inzwischen Deutschlands größter Lieferant für Erdgas und Erdöl.

Abbildung: DIW-Diskussionspapier Nr. 171

Erdöl: Felder und Pipelines



bislang auf das Veto. der USA. Die sich abzeichnende Öffnung Irans und ein Ende seiner Isolation könnte allerdings alle amerikanischen Planspiele obsolet machen. Denn Erdöl- oder Gasleitungen von Baku bzw. Mittelasien durch den Iran sind wirtschaftlich weitaus günstiger als alle Westrouten. Daran lassen gerade die US-Konzerne keinen Zweifel.

5. China verschafft sich über eine gigantische Pipeline aus Kasachstan (Vertragssumme: 9,5 Mrd. Dollar) einen Teil der für die eigene wirtschaftliche Zukunft nötigen Energieversorgung und avanciert damit zum Konkurrenten sowohl Rußlands wie der westlichen transnationalen Konzerne.

Ethnische Konflikte und Minderheitenprobleme

Hinzu kommen die latenten ethnischen Konflikte und Minderheitenprobleme. Einige Beispiele kennzeichnen diese für die ganze Region besonders charakteristische Situation:

1. Wenn Aserbeidschan die Interessen Rußlands zu sehr mit Füßen tritt, kann Moskau über seinen Einfluß in Armenien über Nagorno-Karabach oder eine Unterstützung der Lesgier-Minorität erheblichen Druck auf Baku ausüben. Ähnliches gilt für Moskaus Möglichkeiten gegenüber Georgien. Hier können der abchasische und südossetische Konflikt genutzt werden. Georgien ist nicht zuletzt vor diesem Hintergrund im April d. J. Mitglied des Europarats geworden. Mit im Hintergrund für diese Entscheidung könnte auch die neu in Betrieb gegangene Ölpipeline stehen, die nun auch Georgien unabhängiger von Rußland (s.u.) macht.

Eine rußlandfeindliche Haltung Kasachstans könnte Moskau beantworten, indem es die kasachischen Russen aufwiegelt.

2. Umgekehrt könnte ein zu starker russischer Druck die Regierungen von Aserbeidschan und Kasachstan veranlassen, den Transit ihrer Öl- und Gasvorkommen endgültig

so zu organisieren, daß russischer Boden umgangen wird und die bestehenden russischen Pipelinenetze boykottiert werden. Auch die „tschetschenische Karte“ läßt sich jederzeit ziehen. Schließlich führt die wichtigste russische Pipeline 147 km mitten durch Tschetschenien an Grosny vorbei. Die bereits ausgeplante Umgehung wäre wohl kaum gegen tschetschenische Sabotageakte zu schützen.

Katzenjammer und Pipelinepoker

Inzwischen ist die Erdöl-Euphorie am Kaspischen Meer – insbesondere in Aserbeidschan – gedämpften Erwartungen gewichen.

Zum einen ist dafür der bis vor kurzem dramatische Verfall der Ölpreise (im Schnitt um 31% im Jahre 1998) verantwortlich. Er lag teilweise bereits im Bereich der Förderkosten. Gemäß einer in Branchenkreisen verbreiteten Schätzung wird die Ausbeutung der kaspischen Vorkommen unwirtschaftlich unterhalb eines Ölpreises von 12 Dollar pro Barrel. Anfang 1999 lag der Preis für aserbeidschanisches Öl bei 10 Dollar pro Barrel. Es bleibt abzuwarten, ob der derzeitige Trend zu steigenden Ölpreisen aufgrund der jüngst beschlossenen Förderkürzungen der ölproduzierenden Staaten anhält.

Zum anderen endeten bislang die Bohrungen westlicher Konsortien allesamt enttäuschend. Entweder wurde kein Öl gefunden und wenn, dann in wirtschaftlich uninteressanten Mengen. Langfristig gehen die Ölkonzerne aber noch von positiven Erwartungen aus. Allerdings haben viele Konsortien inzwischen ihre Aktivitäten zurückgeschraubt oder beginnen sogar auszusteigen.

Strategisches Ziel der USA wie auch der mittelasiatischen Staaten und der des Kaukasus ist es, das Transportmonopol Rußlands um jeden Preis zu brechen.

Ungeachtet dessen übt Washington noch massiv Druck auf das von BP-Amoco dominierte AIOC-Konsortium (an dem elf Konzerne, darunter die russische Lukoil mit 10% beteiligt sind) aus, trotz wirtschaftlicher Bedenken die Ölpipeline Baku-Ceyhan zu bauen. Inzwischen liegt der Schwarze Peter in Ankara. Die Türkei, so fordern es Washington und die elf Konzerne des AIOC, soll einen Großteil der Baukosten übernehmen. Derzeit ist noch offen, ob sich die Türkei darauf einläßt. Offen ist auch, ob selbst bei einem Anstieg der Ölpreise, das Pipelineprojekt realisiert wird. Schließlich gilt die Anbindung Kasachstans und Turkmenistans als Voraussetzung für eine ausreichende Auslastung der Pipeline. Seit kurzem geht man davon aus, daß Bedarf für diese Pipeline doch erst im Jahre 2005 oder danach besteht.

Inzwischen hat die USA ein wichtiges Etappenziel auf dem Wege erreicht, Rußland in der Region auszuschalten. Im April 1999 ist eine neu erbaute, kleinere Ölpipeline von Baku zum georgischen Schwarzmeerhafen Supsa in Betrieb genommen worden. Damit ist eine erste Bresche geschlagen, ungehindert von Rußland Rohstoffe Transkaukasiens und Mittelasiens auf die Weltmärkte gelangen zu lassen.

Neue Allianzen und Konflikte

Unter dem Eindruck dieser konfliktbeladenen Situation haben sich strategische Allianzen gebildet. Ihre Frontlinie verläuft mitten durch die kaspische Region. Auf der einen Seite haben sich die USA mit der Türkei sowie Aserbeidschan und Georgien verbunden. Auf der anderen Seite stehen Rußland, Iran, Armenien und mit Einschränkungen Turkmenistan. Damit werden Erinnerungen an die dramatischen und blutigen Entwicklungen um die vergangene Jahrhundertwende wach.

Zu dieser besorgniserregenden Situation gesellt sich noch jene im Innern der ehemaligen mittelasiatischen Sowjetrepubliken. Hier eignen sich auf der einen Seite winzige Eliten, Clans und Oligarchien die Reichtümer an. Auf der anderen Seite wächst das soziale Elend der breiten Bevölkerung. Menschenrechtsverletzungen, religiöse und ethnische Spannungen sind an der Tagesordnung. Jeder Staat ist hier politisch und in seinen Interessen verwundbar. Auf

Unter dem Eindruck der konfliktbeladenen Situation haben sich strategische Allianzen gebildet. Ihre Frontlinie verläuft mitten durch die kaspische Region.

Ausgleich und Wohlwollen sind alle angewiesen. Erste Voraussetzung für ein friedliches Miteinander ist sozialer Frieden im Innern. Ernsthafte Anstrengungen auf dem Weg zu Demokratie und Wohlstand sind nicht oder kaum erkennbar.

Die Instrumentalisierung dieser Problemlagen durch von außen kommende Interessen kann zur Destabilisierung und Spannung in der gesamten Region führen. Die Situation läßt sich gut mit der Golfregion vergleichen. Hier sind alle Voraussetzungen und Bedingungen gegeben, daß sich eine „Zweite Golfregion“ samt ihrer Dauerkrise wiederholt. Ohne vorbeugende politische Maßnahmen wird die Entwicklung in der kaspischen Region zweifellos diese Richtung einschlagen. Die zunehmende Rücksichtslosigkeit der amerikanischen Außen- und Wirtschaftspolitik gegenüber Rußland erfüllt mit Sorge. Größerer Schaden kann nur noch verhindert werden, wenn die Europäische Union ein Gegengewicht zu den USA bildet und zu einer eigenen Rußlandpolitik findet, die auf der Grundlage einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik stabile und friedliche Beziehungen ermöglicht. Hier trägt Deutschland aufgrund seiner verheerenden Politik gegenüber Rußland in der Vergangenheit besondere Verantwortung.

Vor diesem Hintergrund sind seit geraumer Zeit selbst die Staaten in der kaspischen Region daran interessiert, die Rolle der OSZE zu stärken. Die OSZE hat sich bereits einiges Vertrauen bei ihren Missionen in der Umgebung – so etwa in Georgien und Tschetschenien – erworben. Eine Stärkung der Rolle der OSZE kann auch Rußland nicht provozieren. Es fordert selbst seit längerem eine Aufwertung der OSZE. Hierfür muß die Organisation aber personell und finanziell besser ausgestattet werden.

Parallel dazu bietet auch der Energie-Charta-Vertrag (ECT) Chancen für mehr Sicherheit in der Region. Er trat am 16. 4. 1998 in Kraft und ist bisher von 32 Staaten, darunter allen acht Staaten der Region ratifiziert worden. Er ist allerdings noch nicht von Rußland ratifiziert worden. Die USA sind ebenfalls dem Vertrag noch nicht beigetreten. Er schafft verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen in Lagerstätten erkundung, Förder-Projekte und Pipelinenetze. Zugleich hält der Vertrag Instrumente zur garantierten Vertragserfüllung bereit und sichert die freie Durchleitung von Öl und Gas. Ferner bietet er in Streitfällen ein wirksames Schlichtungsverfahren an. Einige Voraussetzungen für eine gemeinsame, friedliche Zukunft bestehen also, wenngleich auch vieles bislang nur auf dem Papier steht. Entscheidend wird sein, daß sich die Staaten der Europäischen Union für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung einsetzen, die auch in der kaspischen Region stabile und gerechte Energierohstoffpreise garantiert und Wege zum nachhaltigen Klimaschutz beschreitet. spw

Literatur

Die Liste ist chronologisch sortiert.

- Morus: Wie sie groß und reich wurden – Lebensbilder erfolgreicher Männer, Ullstein-Verlag, Berlin 1927;
 Gitermann, Valentin: Geschichte Rußlands, 3 Bände, Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 1949;
 Semjonow, Juri: Erdöl aus dem Osten – Die Geschichte der Erdöl- und Erdgasindustrie in der Sowjetunion, Econ-Verlag, Düsseldorf/Wien 1973;
 DIERCKE-Weltwirtschaftsatlas 1 – Rohstoffe, Agrarprodukte, dtv-Westermann Verlag, Braunschweig 1981;
 Rauch, Georg von: Geschichte der Sowjetunion, Kröner-Verlag, Stuttgart 1990;
 Grobe-Hagel, Karl: Rußlands Dritte Welt, ISP-Verlag, Frankfurt am Main 1992;
 Bozdog, Abidin: Um Öl und Gas, Internationale Konfliktlinien im Kaukasus und in der kaspischen Region, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 5/1996;
 Walker, Martin: China und die neue Epoche der Rohstoffverknappung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 7/1996;
 Hassel, Florian: Bonanza in Baku – das Öl-Zeitalter soll von neuem beginnen; in: Frankfurter Rundschau Nr. 239 vom 15.10.1997;
 International Energy Agency: Caspian Oil and Gas, The Supply Potential of Central Asia and Transcaucasia, OECD-Verlag, Bonn 1998;
 Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion: Zukunftsregion Kaspisches Meer, Bonn im Juni 1998;
 Massarrat, Mohssen: Das Dilemma der ökologischen Steuerreform, Metropolis-Verlag, Marburg 1998;
 Gelbspan, Ross: Erdöl, Macht und Politik, Gerling Akademie-Verlag, München 1998;
 Linke, Peter: Die letzte Ölung, in: Freitag Nr. 12 vom 13.03.1998
 DIW-Diskussionspapier Nr. 171: Die Energiewirtschaft am Kaspischen Meer: Enttäuschte Erwartungen – unsichere Perspektiven, Berlin, Juli 1998
 Götz, Roland: Geopolitische Rivalen oder Partner? Rußland und China in der Region des kaspischen Meeres, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 10/1998;
 Watzlawek, Georg: Bakus Öl-Bonanza bleibt ein Traum; in: Handelsblatt Nr. 50 vom 12./13.03.1999;
 A. R.: Verfliegene Erdöl-Euphorie am Kaspischen Meer; in: Neue Zürcher Zeitung Nr. 89 vom 19.04.1999;
 Scheer, Hermann: Vom unaufhaltsamen Aufstieg der NATO; in: Frankfurter Rundschau Nr. 92 vom 21.04.1999;
 Simonitsch, Pierre: Der Balkan als Teil eines politischen Erdbebengürtels; in: Frankfurter Rundschau Nr. 97 vom 27.04.1999
 Scheer, Hermann: NATO-Erweiterung bis nach Asien?, in: taz vom 07.05.99

Die internationalen Beziehungen des 21. Jahrhunderts werden wesentlich davon geprägt sein, in wie weit es gelingt, die Armut weltweit zu bekämpfen, wirksame Hilfen bei akuten Hungersnöten und Katastrophen zu leisten, die Entwicklungsländer beim Aufbau tragfähiger demokratischer, wirtschaftlicher und sozialer Strukturen zu unterstützen, das Bevölkerungsproblem zu bewältigen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und Fluchtursachen zu beseitigen.

Mit den weltpolitischen Veränderungen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts haben sich die Strukturen der internationalen Zusammenarbeit grundlegend verändert. Es sind neue Hoffnungen entstanden, daß auch ein neuer Ausgleich zwischen Nord und Süd am Ende des ausgehenden 20. Jahrhunderts durch eine neue Qualität der internationalen Politik erfolgreich gestaltet werden kann. Dies ist auch eines der Vermächnisse von Willy Brandt, dem sich die neue Bundesregierung verschrieben hat.

Trotz aller Hoffnungen ist die Welt aber nicht sicherer geworden. Der gegenwärtige Konflikt in Jugoslawien zeigt, daß (selbst in Europa) die Menschenrechte noch mit Füßen getreten werden. Es kommt hinzu, daß die Globalisierungstendenzen, deren treibende Kräfte die Wirtschaft und Technologie sind, z.B. die Finanz-, Handels-, Arbeitsmarkt-, Umwelt- und nicht zuletzt auch die Entwicklungspolitik tiefgreifend beeinflussen. Hier sind auch die Handlungsspielräume von Staaten berührt, die sich einer Verdichtung grenzüberschreitender Interaktionen gegenüber sehen und die Gesellschaften in ein komplexes System wechselseitiger Abhängigkeiten verwickelt haben. Hier muß die internationale Politik ihre Kernaufgaben sehen, um sich auf diese globale Veränderungsprozesse einzustellen und die entsprechenden Ordnungsrahmen schaffen. Durch eine Serie von Berichten internationaler Kommissionen und durch UN-Konferenzen wird bereits seit Jahren versucht, sich auf Veränderungen einzustellen. Doch so überzeugend auch viele Vorschläge und Konferenzergebnisse bisher sein mochten – sie müssen politisch wirksamer in die Praxis umgesetzt werden.

Die Globalisierung gestalten

Die Weltwirtschaft wächst schneller zusammen als je zuvor. Durch die Integration Europas und die Schaffung von überstaatlichen regionalen Binnenmärkten in verschiedenen Weltregionen ergeben sich stärkere internationale Verflechtungen. Die Internationalisierung der Wirtschaft, der weltweite Abbau von Handelsschranken, die Existenz eines globalen Finanzmarktes und die stärker werdenden Wirtschaftskräfte früherer Entwicklungsländer haben die weltweite Mobilität von Waren und Dienstleistungen erhöht. Zwar weisen einige Regionen wie Südostasien starke Wirtschaftswachstum auf, doch aus der Sicht der überwiegenden Zahl der ärmeren Entwicklungsländer ergeben sich mit der wirtschaftlichen Globalisierung erhebliche Risiken und Nachteile. Die meisten Entwicklungsländer haben aus internen und weltmarktbedingten Gründen keinen oder nur unzulänglichen Eintritt in die Weltmärkte gefunden oder fallen, wie die meisten der afrikanischen Länder, in tiefes Elend zurück. Kein Land und keine Region kann sich den wirtschaftlichen Globalisierungsprozessen entziehen, sie rücken aber je nach unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, geographischen Gegebenheiten, Ressourcen, Infrastrukturen, Bevölkerungsdichte, Qualifikationsstrukturen und Traditionen in völlig verschiedene Positionen und sind entweder Gewinner, Mitspieler oder Verlierer der wirtschaftlichen Globalisierungsprozesse.

Entwicklungspolitik als globale Strukturpolitik

von Heidemarie Wieczorek-Zeul*

Die Wirtschaft der Industrieländer, insbesondere aber die großen Konzerne, versuchen nicht nur ihre Waren und Dienstleistungen in neue und bisher unerschlossene Märkte zu exportieren, sondern verlagern auch Produktionsstandorte dorthin, wo die Arbeitskosten niedriger sind und gesetzliche Regelungen zum Schutz der arbeitenden Menschen sowie Gewerkschaftsrechte nicht oder kaum existieren. Die Summe der weltweiten Investitionen hat sich in den letzten 10 Jahren vervierfacht. Diese Direktinvestitionen von Kapital in Entwicklungs- und Schwellenländer sind weitaus höher, als die Industrieländer insgesamt an Mitteln für die Entwicklungszusammenarbeit aufwenden. Und es kommt hinzu: 80% der Direktinvestitionen fließen in nicht mehr als 12 Länder, und die armen Entwicklungsländer erhalten davon kaum etwas, obwohl sie besonders dringend Investitionen benötigen.

Die Internationalisierung der Märkte für Kapital- und Geldanlagen hat die nationalen Möglichkeiten zur Steuerung wirtschaftspolitischer Prozesse vermindert. Die drastischen Schwankungen der Wechselkurse durch Währungsspekulationen haben den internationalen Wettbewerb verfälscht und Industriestandorte gefährdet. Die Volkswirtschaften sind krisenanfälliger geworden. Was wir brauchen, ist eine neue internationale Finanzarchitektur, die gewährleistet, daß durch internationale Kooperation und Rahmenbedingungen die Steuerung der Wirtschaft ermöglicht wird, ohne die jeweilige nationale Wirtschaftspolitik aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Der durch den Spekulationskapitalismus ausgelösten Anstieg der Realzinsen hat nicht nur Auswirkungen für Arbeitsplätze in Deutschland und in Gesamteuropa, sondern hat aufgrund der Verschuldungsproblematik drastische Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und insbesondere auf die Entwicklungsländer. Eine neue internationale Finanzarchitektur erfordert eine Stabilisierung der Wechselkurse und der Zinsen sowie als mittelfristiges Ziel Steuerabsprachen im Rahmen der G8-Länder. Dazu gehören z.B. auch neue moderne Systeme der Bankenaufsicht sowohl in den Industrie-, als auch in den Entwicklungsländern.

Die Politik muß die wirtschaftlichen Globalisierungsprozesse mitgestalten. Das bedeutet, daß die internationalen Wirtschaftsbeziehungen eines politischen, sozialen und ökologischen Ordnungsrahmens bedürfen, um den Auswüchsen einer ungerechten Umverteilungspolitik zu be-

80% der Direktinvestitionen fließen in nicht mehr als 12 Länder, die armen Entwicklungsländer, die sie besonders dringend benötigen, erhalten davon kaum etwas.

* Heidemarie Wieczorek-Zeul ist Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

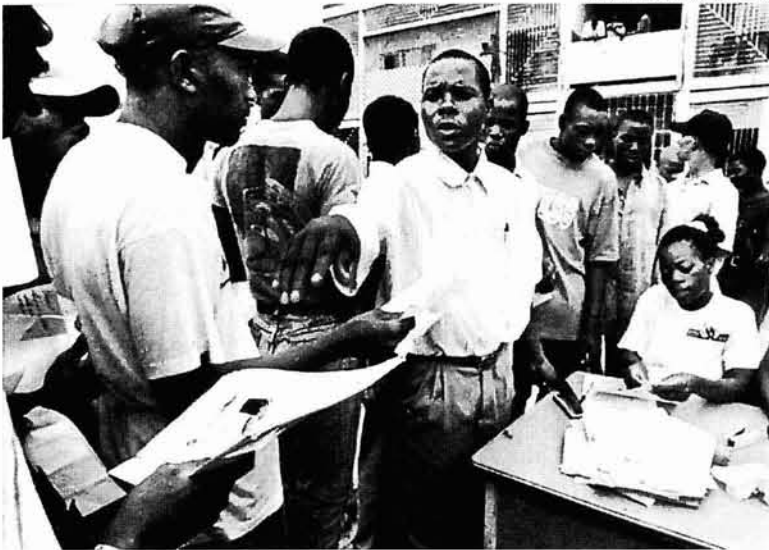


Foto: Christian Kiel (Krefeld)

gegenen. Dies ist nur durch eine Internationalisierung der Politik und ihrer Entscheidungsprozesse zu erreichen. Jedes allein nationalstaatliche Denken würde in Partikularismus mit der Folge neuer Konflikte zurückfallen. Deshalb hat sich die Rolle der Nationalstaaten verändert, ihnen sind neue Aufgaben zugekommen:

- (1) Im Verbund mit anderen Nationalstaaten und internationalen Organisationen müssen die negativen Trends und Auswirkungen der Globalisierung analysiert und diesen durch abgestimmte Entscheidungen begegnet werden; dazu gehört auch, daß destruktive globale Wirkungen auf nationale Gesellschaften abgewehrt werden müssen.
- (2) Der Nationalstaat muß gewährleisten, daß die auf multilateraler Ebene getroffenen Entscheidungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene umgesetzt werden.
- (3) Der Nationalstaat wird zunehmend Koordinierungsaufgaben innerhalb der internationalen politischen Systeme zu leisten haben, weil Globalpolitik auf nationalstaatliche Selbstkoordination angewiesen bleibt. Und
- (4) werden die Kooperationsaufgaben in regionalen Integrationsprojekten zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Als wichtige Bausteine der Internationalisierung der Politik stehen das UN-System, das dringend neuer Reformen unterzogen werden muß, sowie die internationalen Abkommen bzw. Vereinbarungen im Mittelpunkt globaler Strategiekonzepte. Ebenso wichtige Bausteine sind gesellschaftlichen Akteure in der Zivilgesellschaft, insbesondere die Nichtregierungsorganisationen. In der Zivilgesellschaft sind die Problemlösungskapazitäten besonders groß. Der Zentralstaat ist auf die Delegation von Steuerungspotentialen von der nationalen auf die regionalen und kommunalen Ebenen besonders angewiesen, um die Bevölkerung in die Mitgestaltung einer internationalen Öffentlichkeit einzubeziehen. Ohne eine solche Einbeziehung der Bevölkerung werden z.B. die Stärkung von Demokratie, die Beachtung von Menschenrechten, die Durchsetzung von Umweltschutzmaßnahmen etc. nicht nachhaltig sein.

Es ergibt sich ein erweiterter Sicherheitsbegriff für die nationalen und europäischen Interessen, der über militärische Instrumente hinausgeht.

Als wichtige Bausteine der Internationalisierung der Politik stehen das UN-System, das dringend neuer Reformen unterzogen werden muß, sowie die internationalen Abkommen bzw. Vereinbarungen im Mittelpunkt globaler Strategiekonzepte. Ebenso wichtige Bausteine sind gesellschaftlichen Akteure in der Zivilgesellschaft, insbesondere die Nichtregierungsorganisationen. In der Zivilgesellschaft sind die Problemlösungskapazitäten besonders groß. Der Zentralstaat ist auf die Delegation von Steuerungspotentialen von der nationalen auf die regionalen und kommunalen Ebenen besonders angewiesen, um die Bevölkerung in die Mitgestaltung einer internationalen Öffentlichkeit einzubeziehen. Ohne eine solche Einbeziehung der Bevölkerung werden z.B. die Stärkung von Demokratie, die Beachtung von Menschenrechten, die Durchsetzung von Umweltschutzmaßnahmen etc. nicht nachhaltig sein.

Das neue Verständnis von Entwicklungspolitik

Mit diesen – hier nur skizzenhaft dargestellten – Voraussetzungen ergibt sich auch ein neues Verständnis der Ent-

wicklungspolitik. Das traditionelle Selbstverständnis von Entwicklungspolitik war die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den Partnerländern. Unser neues Verständnis liegt darin begründet, daß Entwicklungspolitik ein Politikfeld ist, das im Rahmen der internationalen Beziehungen, also auch der Außen- und Sicherheitspolitik, zur globalen Sicherheit beiträgt. Durch die Mitgestaltung der Verhältnisse in anderen Ländern, durch die Beeinflussung der internationalen, regionalen und nationalen Rahmenbedingungen und durch die Realisierung von Projekten und Programmen in den Partnerländern leistet die Entwicklungspolitik Beiträge zur globalen Zukunftssicherung. Deutschland hat sich in seiner Konzeption und der Durchführung der Entwicklungspolitik international einen insgesamt guten Ruf erworben und hat als eines der ersten Industrieländer die Vergabe von Mitteln für die Entwicklungszusammenarbeit mit Kriterien wie der Beachtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Gewährung von Rechtssicherheit verbunden, dem sich andere Industrieländer in ähnlicher Weise angeschlossen haben. Hinzu kommt, daß der Pluralismus in der Entwicklungszusammenarbeit durch eine Vielzahl von Organisationen zu einem „Markenzeichen“ deutscher Entwicklungspolitik geworden ist, wenngleich auch hier Reformen erforderlich sind. Andererseits findet in der deutschen Öffentlichkeit die Entwicklungspolitik noch nicht die erforderliche politische Unterstützung, damit die globale politische Mitverantwortung Deutschlands wirkungsvoll wahrgenommen und umgesetzt werden kann.

Neue internationale Problemlagen stellen jedoch, wie bereits skizziert, neue Herausforderungen an die Entwicklungspolitik. Deutschland hat in der Europäischen Union und als Bündnispartner des Westens Interesse an der politischen Stabilität in den Entwicklungsregionen der Welt und ist weiter herausgefordert, den Wandel in der Welt mitzugestalten. Stichworte für die globalen Risikoentwicklungen sind Armut und Hunger, Migrationen, regionale ethnische Konflikte, Umweltzerstörungen und Klimaveränderungen mit ihren Folgen und wirtschaftliche Interessen. Damit ergibt sich ein erweiterter Sicherheitsbegriff für die nationalen und europäischen Interessen, der über militärische Instrumente für die Erhaltung der Sicherheitsinteressen („menschliche Sicherheit“) hinausgeht. Die Folgekosten etwa der Umweltzerstörungen, der Klimaerwärmung oder der Flüchtlingsbewegungen sind ungleich höher als eine präventiv-vorausschauende Politik, die entsprechende Investitionen leisten muß.

Die Definition klarer Aufgaben und Schwerpunktsetzungen ist für die Interessen Deutschlands ebenso erforderlich wie die Akzeptanz der internationalen Entwicklungszusammenarbeit bei der Bevölkerung. Die sog. „Unterentwicklung“ in vielen Regionen der Welt ist ebenso auf interne Rahmenbedingungen in vielen Ländern, wie auch auf externe Ursachen zurückzuführen. Die internationale Finanz- und Wirtschaftspolitik, die Welthandelspolitik und Verschuldungsfragen haben einen großen Einfluß auf die Entwicklungsbedingungen in den verschiedenen Regionen der Welt, wobei die Entwicklungspolitik nicht mehr den Charakter eines „Reparaturbetriebs“ haben darf, sondern diese Prozesse mitgestaltet.

Ziele der Entwicklungspolitik

Das Ziel der deutschen Politik ist, zur Zukunftssicherung für künftige Generationen und zu einer nachhaltigen menschenwürdigen Entwicklung beizutragen. Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik und Politik globaler Zukunftssiche-

rung. Sie trägt zu einer Gesamtpolitik für die Umsetzung einer ökologisch und sozialverträglichen Politik bei, die den Vernetzungen verschiedener Problembereiche (Umwelt- und Ressourcenzerstörung, Klimaveränderung, Armut und Arbeitslosigkeit, Krisen und Konflikte, Bevölkerungswachstum, wirtschaftliche Verflechtungen) Rechnung trägt. Eine im europäischen Kontext der EU ausgerichtete Entwicklungspolitik ist ohne eine globale Ausrichtung nicht denkbar.

Die Aufgaben der Entwicklungspolitik als globale Strukturpolitik bestehen in strategischen und operativen Vorhaben, die u.a. dazu beitragen, eine Globalisierung des demokratischen Rechtsstaats und der Menschenrechte zu verwirklichen, durch Entschuldungen von Entwicklungsländern diesen neue Entwicklungschancen zu ermöglichen, die Globalisierung mit ökologischer Modernisierung verbinden, die interkulturelle Verständigung zu fördern und zur Krisenprävention und friedenserhaltenden Stabilität beizutragen. Die folgenden Bereiche charakterisieren beispielhaft die Aufgaben der Entwicklungspolitik als globale Strukturpolitik.

(1) Eine Demokratisierung des Rechtsstaats ist anzustreben

Der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat ist eine Notwendigkeit auch für Staaten mit unterschiedlichen soziokulturellen und wirtschaftlichem Hintergrund. Das demokratische Prinzip des Schutzes der Schwächeren muß internationaler Standard werden. Rechtssicherheit, die übrigens allen, auch wirtschaftlichen Initiativen zugute kommt, ist eine der Grundvoraussetzungen für die Entfaltung des Einzelnen und ermöglicht erst die universale Verwirklichung der Menschenrechte. Die Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte von 1948 sowie die beiden Menschenrechtspakete der Vereinten Nationen von 1966, die Beschlussempfehlungen der „Agenda 21“ von 1992 und die Ergebnisse der Weltkonferenz über Menschenrechte von 1993 halten einvernehmlich fest: Demokratie, Entwicklung und Verwirklichung der Menschenrechte sind untrennbar miteinander verbunden und stärken sich gegenseitig.

Der demokratische Rechtsstaat ermöglicht die für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklungsprozesse erforderliche „partizipative Demokratie“, d.h. die Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen am politischen Leben – und das nicht nur an Wahltagen. Er ist eine der Grundvoraussetzungen für eine menschenwürdige, armutsbeseitigende und nachhaltige Entwicklung.

Die Festschreibung und Universalisierung der Menschenrechte in einem formalen Rechtssystem ist eine bedeutende historische Errungenschaft der Industriegesellschaften. Um die Demokratie zu globalisieren, müssen Prozesse gefördert werden, die traditionale Machtstrukturen und Hierarchien und darin begründete Formen der Ausbeutung von Menschen ablösen zugunsten demokratischer Konfliktlösungen und Machtstrukturen durch offene und transparente Wahlen. Die mit Demokratisierungsprozessen verbundenen Leitideen der Verständigung und Partizipation zivilgesellschaftlicher Gruppen am politischen und gesellschaftlichen Leben können neue Entwicklungsspielräume eröffnen und optimieren. Dazu gehören auch Gewerkschaftsrechte zur Durchsetzung von legitimen Arbeitnehmerinteressen.

Rechtsstaatliche Strukturen, die einen sozialen Ausgleich garantieren, ermöglichen unter den Bedingungen wirtschaftlicher Globalisierung mehr gesellschaftliche Steuerung von Entwicklungserfordernissen. Daraus folgt,

daß mehr und mehr die Länder nur dann wettbewerbsfähig sein werden, wenn sie über Rechtsstaatlichkeit und freie Marktbildung hinaus die politischen, sozialen und mentalen Voraussetzungen für Verständigung und politische Partizipation bereitstellen, fördern und entfalten.

(2) Ein Weg aus der Schuldenfalle muß gesucht werden

Seit zwei Jahrzehnten leiden viele Entwicklungsländer unter Schuldenproblemen, die sie daran hindern, erforderliche Investitionen für ihre Entwicklungsprozesse vorzunehmen. Seit langem drosselt die Schuldenlast das Wirtschaftswachstum, zerstört Entwicklungsmöglichkeiten, und niemand kann beziffern, wie viele Krankenhäuser und Schulen hätten gebaut, wie viele Lehrer bezahlt und wieviel Umweltzerstörung hätte vermieden werden können, wenn die Rückzahlungen in eigene Entwicklungsvorhaben hätten investiert werden können. Nicht zuletzt durch hohe Schuldenlasten werden viele Entwicklungsländer marginalisiert und an den Rand gedrängt und sind überfordert, so wie z.B. Tansania: Mehr als 40 Prozent seiner Steuereinnahmen wendet der afrikanische Staaten für seinen Schuldendienst auf und doch kann er nur ein Drittel der anstehenden Zahlungen leisten.

Viele der ärmeren Entwicklungsländer sind in eine Schuldenfalle geraten, und das oft nicht aus eigener Schuld, sondern wegen unerwarteter wirtschaftlicher Belastungen, sinkender Rohstoffpreise, hoher internationaler Zinsen in früheren Jahren und durch viel zu unvorsichtige Kreditvergaben von öffentlichen und privaten Gläubigern. In solchen hochverschuldeten Staaten ist eine Entwicklung ohne Entschuldung kaum mehr möglich.

Auf Initiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wurde ein Konzept für einen Schuldenerlaßvorschlag für den Kölner Gipfel der acht Staats- und Regierungschefs (G8-Gipfel) im Juni 1999 ausgearbeitet, dessen Ziel darin besteht, eine deutliche Entlastung hochverschuldeter armer Länder zu erreichen. Diese Initiative richtet sich an arme Entwicklungsländer mit einer Schuldenlast, die so hoch ist, daß die zu zahlenden Zins- und Tilgungsleistungen eine nachhaltige und auf die Beseitigung von Armut und Ungleichheit gerichtete Entwicklung stark behindern.

Diese Initiative baut auf der seit 2 Jahren laufenden Weltbank/IWF-Initiative zugunsten hochverschuldeter armer Länder auf (Heavily Indebted Poor Countries – HIPC), an der Weltbank, der Internationale Währungsfond (IWF), multilaterale Finanzierungsinstitutionen ebenso beteiligt sind wie Regionale Entwicklungsbanken, die Europäische Union und die im sog. Pariser Club zusammengeschlossenen Gläubigerregierungen.

Dieser Entschuldungsinitiative, die auf dem Kölner Gipfel der G8-Staaten vorgelegt wird, liegen drei Kernpunkte zugrunde:

1. Den ärmsten hochverschuldeten Länder (z.B. Guinea-Bissau, Rwanda, Mosambik, Nicaragua, Tansania u.a.) sollten die Industrieländer alle Schulden aus der Entwicklungshilfe streichen, mit der Maßgabe, daß diese Länder den Schwerpunkt ihrer künftigen Politik auf Armutsbekämpfung und auf eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung ihrer Länder legen. Dies bedeutet übrigens für die

Viele der ärmeren Entwicklungsländer sind in eine Schuldenfalle geraten, und das oft nicht aus eigener Schuld, sondern wegen unerwarteter wirtschaftlicher Belastungen.



Bundesrepublik Deutschland eine Streichung von bis zu 1,5 Milliarden DM Altschulden;
 2. sollen überstaatliche Gläubiger wie Weltbank, IWF und der Pariser Club als Zusammenschluß der westlichen Gläubigerländer Schuldenlasten bereits dann deutlich mindern, wenn die Schuldnerländer drei Jahre lang (anstatt wie bisher sechs Jahre) eine sozial verantwortungsvolle, zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik nachweisen können und
 3. sieht die Entschuldungsinitiative vor, daß bei staatlich verbürgten Handelsforderungen in Ausnahmefällen die Obergrenze des Schuldenerlasses von bisher maximal 80 Prozent auf 100 Prozent angehoben wird. Dadurch können den ärmsten Ländern von der Bundesregierung noch einmal bis zu 1,4 Milliarden DM an Schulden gestrichen werden.

(3) Die Globalisierung mit ökologischer Modernisierung verbinden

Der Industrialisierungsprozeß kann in der derzeitigen Form nicht global fortgesetzt werden. Bei Ausdehnung der industriegesellschaftlichen Produktions- und Konsumweisen auf alle Regionen der Erde würde eine nicht wieder gut zu machende Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen eintreten mit den Folgen entsprechender sozialer Katastrophen. Das bedeutet, daß die internationalen Umweltvereinbarungen (z.B. die Klimakonferenzen) umgesetzt und auch die Beschlußempfehlungen der Rio-Konferenz von 1992 („Agenda 21“) ernster als in der Vergangenheit genommen werden. Es

gibt bereits weitgehend funktionierende internationale Umweltregime, so z.B. in den Bereichen der Klimaveränderung, der Bekämpfung der Wüstenbildung, der biologischen Vielfalt und Schutz der Ozonschicht.

Es wird aller Voraussicht nach nicht genügen, wenn die Entwicklungsländer auf dem Niveau von Umweltstandards produzieren, das heute in den Industrieländern erreicht ist. Internationale Vereinbarungen müßten auch die gegenwärtige Produktionsweise der Industrieländer umorientieren, die die größten Energieverbraucher und Schadstoffemittenten sind. Die entscheidende Frage dabei ist, wie unter den Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft durch internationale Verträge eine Umorientierung auf „nachhaltige Entwicklung“ erreicht werden kann.

Die Verständigung zwischen den Kulturen wird eine der Voraussetzungen sein, um vernünftige und zukunftsfähige Formen des Zusammenlebens auf dem Planeten Erde zu ermöglichen.

In der Europäischen Union gibt es bereits eine funktionierende und im Prinzip verbindliche Umweltpolitik, die in über 200 Richtlinien und Verordnungen ihren Niederschlag gefunden hat. Dieser Rechtsrahmen schützt die Wirtschaftsunternehmen vor Preisnachteilen durch Umweltschutzmaßnahmen. Trotz einiger Umsetzungsdefizite der europäischen Umweltpolitik z.B. bei schleppenden Anhörungs- und Klageverfahren von Bevölkerungsgruppen „vor Ort“ können die im Prinzip funktionierenden Demokratiestrukturen für einen wirksamen Umweltschutz auch Vorbildcharakter für andere regionale Zusammenschlüsse bekommen, um weltweit von unverbindlichen politischen Zielformulierungen zu wirksamen Umweltschutzmaßnahmen zu kommen.

(4) Globalisierung mit interkultureller Verständigung verbinden

Heute kann sich kaum eine Gesellschaft der Dynamik der wirtschaftlichen Globalisierungsprozesse entziehen. Wirtschaftliche, politische und soziale Entscheidungen werden zunehmend stärker auch auf die kulturellen Identitäten in einzelnen Gesellschaften und Regionen Auswirkungen haben. Die Verständigung zwischen den Kulturen wird aber eine der Voraussetzungen sein, um vernünftige und zukunftsfähige Formen des Zusammenlebens auf dem Planeten Erde zu ermöglichen. Wo es nicht gelingt, die Menschen aus der Armut zu befreien sowie ihnen eine menschenwürdige Lebensperspektive zu geben und darauf aufbauend ihre geistigen Potentiale und Qualitäten zu entfalten, kann es keine vernünftige Verständigung geben, die die Grenzen der Nationalstaaten, Regionen und Kulturen überschreitet. Und wenn es nicht gelingt, die Einsicht in diese Zusammenhänge in eine politische Vernetzung und Entwicklungsdynamik im globalen Rahmen umzusetzen, werden mit der übrigen Welt auch die Industriegesellschaften nicht zukunftsfähig sein.

Die globalen Kommunikationsmöglichkeiten durch neue Technologien führen zwangsläufig zu einem vermehrten Austausch zwischen den Kulturen: Versatzstücke anderer Kulturen werden in die eigene integriert und ergeben eine wachsende Vielfalt von Verhaltensmustern und Werten. Die interkulturelle Verständigung ist eine Grundlage von Kommunikation und Konsensfindung und kann dazu führen, die Welt auch mit den Augen der Menschen anderer Kulturen zu sehen, deren Perspektive auch in das eigene Denken mit einzubeziehen ist, um gemeinsame Lösungswege für die Zukunftsprobleme zu finden.

Insgesamt haben sowohl der Koalitionsvertrag als auch die neuen Akzente die Entwicklungspolitik gestärkt. Als eine auf globale Prozesse und Rahmenbedingungen orientierte Politik wird die Entwicklungspolitik zu einer neuen Qualität der internationalen Zusammenarbeit beitragen. Wir können bereits einen Wandel des Verständnisses über den Stellenwert, Funktion und Aufgaben der Entwicklungspolitik feststellen. Bei der Mitgestaltung der Weltordnungspolitik sollte Deutschland sein Gewicht als weltwirtschaftlich bedeutendes Land einbringen und sich darum bemühen, den europäischen Integrationsprozeß als Modell für eine globale soziale und ökologische Marktwirtschaft auszubauen.

Unsere Sicherheit hängt mehr denn je davon ab, inwieweit es gelingt, politisch international das umzusetzen, was Willy Brandt in dem Bericht der Nord-Süd-Kommission bereits vor über 20 Jahren schrieb: „Noch nie hat die Menschheit über so vielfältige technische und finanzielle Ressourcen verfügt, um mit Hunger und Armut fertig zu werden. Die gewaltige Aufgabe läßt sich meistern, wenn der notwendige gemeinsame Wille mobilisiert wird.“

spw

Am 29. Februar 2000 läuft das inzwischen vierte Lomé-Abkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten aus. Es regelt die handels- und entwicklungspolitischen Beziehungen zwischen den 15 EU-Mitgliedern und der Gruppe von 71 Staaten Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raumes. Die Verhandlungen um ein fünftes Abkommen sind in vollem Gang. Die Positionen der Verhandlungspartner weichen zum Teil erheblich voneinander ab.

Vor diesem Hintergrund fand am 6. März in der niedersächsischen Landesvertretung in Bonn eine von den Jusos organisierte Konferenz statt. Ziele der Veranstaltung waren, die Konfliktlinien zwischen den beiden Ländergruppen aufzuarbeiten, eine weitere informelle Klärung zu ermöglichen und unser Anliegen für die Verhandlungen deutlich zu machen: den Lomé-Prozess für eine neue europäische Initiative in der Entwicklungszusammenarbeit zu nutzen und Forderungen nach gerechteren Weltwirtschaftsbeziehungen Nachdruck verleihen.

Eingeladen waren als VertreterInnen aus der Wissenschaft, Politik und NGO (Nichtregierungsorganisationen): Christiane Kesper (FES), Volker Kasch (VENRO – Verband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen), Tsigereda Waleign (EP-Belgien) und Dr. Karl Wolfgang Menck (HWWA). Für die Jusos saßen Axel Kuhlmann und Daniel Reymann auf dem Podium (Moderation: Dirk Berg-rath und Markus Schömmel). Darüber hinaus waren Re-präsentanten der beiden Verhandlungspartner vertreten: Helmut Lehne, Referatsleiter des EU-Referats im BMZ und durch die deutsche EU-Präsidentschaft federführend an den aktuellen Verhandlungen beteiligt, sowie Heinrich v. Koppenfels, Referatsleiter des Referats Handels- und Rohstoffpolitik im BMZ, sprachen für die deutsche und damit in weiten Teilen auch europäische Position. Mr. Ng'andu Peter Magande, Generalsekretär des Brüsseler AKP-Sekretariats, und Mr. Peter Gakunu, Chief of Trade and Customs Division, legten die Positionen der AKP-Gruppe dar.

Die Veranstaltung war in zwei thematische Blöcke unterteilt. Im ersten Block wurde in der Hauptsache der von der EU anvisierte und in ein neues Abkommen zu integrierende politische Dialog diskutiert. Im zweiten Block standen die zukünftigen handelspolitischen Vereinbarungen im Vordergrund.

Neuer politischer Dialog

Die Schwerpunkte der Auseinandersetzung in den Verhandlungen um einen neuen politischen Dialog, welcher Good Governance, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung von Menschenrechten in den Mittelpunkt eines neuen Abkommens stellt, spiegeln sich auch in den Statements der Podiumsteilnehmenden wider. Die AKP-Staaten haben die Forderungen der Europäer nach Anwendung dieser Prinzipien längst akzeptiert – Mr. Magande hat dies noch einmal deutlich zum Ausdruck gebracht. Dennoch sind viele Fragen ungelöst und bedürfen einer Antwort: welche Kriterien sollen angewandt werden um die ‚bonne élèves‘ von den schlechten zu unterscheiden, wie sind die noch nicht festgelegten Kriterien durchzuhalten und anzuwenden? In diesem Zusammenhang wandte sich Mr. Magande noch einmal mit Nachdruck gegen jede Form der Konditionalität. Herr Lehne sicherte ihm dies auch zu und betonte, daß der Verhandlungsverlauf um die Frage des neu zu installierenden politischen Dialogs noch offen sei.

Ein weiterer Punkt, der in dieser Diskussion immer wieder eine Rolle spielte, ist die Frage nach einer stärkeren Ein-

Lomé 2000

Zwischen europäischer Markteroberungsstrategie und entwicklungspolitischem Impuls

von Inka Wischmeier*

beziehung eines erweiterten Akteurkreises. Sollen z.B. im Zuge der Diskussion um eine stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft NGO's in die Verhandlungen direkt miteinbezogen sein oder soll ihnen lediglich ein Beobachterstatus zugesprochen werden? Wie können auch private Unternehmen stärker von den Instrumenten und Möglichkeiten eines neuen Abkommens profitieren? Insbesondere Mr. Magande sprach sich dafür aus, den privaten Sektor stärker in ein zukünftiges Abkommen einzubinden. Er verwies aber auch auf die Schwierigkeiten vieler afrikanischer Staaten, zwischen den vielen kleinen vorhandenen Gruppierungen und für eine Zusammenarbeit relevanten NGO's zu unterscheiden. Eine Einbindung von NGO's wurde von ihm eher skeptisch betrachtet. Auch Christiane Kesper (FES) verwies darauf, daß eine direkte Einbindung von NGO's die Verhandlungen erschweren würde.

Schwierig an der Diskussion war, daß keine/r der Beteiligten deutlich gemacht hat, was gemeint ist: soll mit der o.g. Forderung eine größere Beteiligung aller an politischen und wirtschaftlichen Prozessen sowie an den kulturellen, sozialen und ökonomischen Ressourcen verbunden werden, oder geht es darum, einen erweiterten Akteurkreis für ein effizienteres Funktionieren der durch Entwicklungshilfe vorgegebenen Maßnahmen heranzuziehen, ohne daß damit die zivilgesellschaftliche Ebene gestärkt wird? Hier zeigt sich ein weiteres Problem, das sowohl von Mr. Magande als auch von Jusos eingebracht wurde: zu oft wird versucht, ein auf westlichen Gesellschaftsmodellen basierendes Demokratieverständnis auf die Gesellschaften der AKP-Staaten zu übertragen, ohne die ihnen zugrunde liegenden Bedingungen zu beachten.

Zu oft wird versucht, ein auf westlichen Gesellschaftsmodellen basierendes Demokratieverständnis auf die Gesellschaften der AKP-Staaten zu übertragen, ohne die ihnen zugrunde liegenden Bedingungen zu beachten.

Kohärenz und Koordinierung der europäischen Entwicklungszusammenarbeit

Eine wichtige Rolle nahm in der Diskussion die Frage nach einer stärkeren Kohärenz und Koordinierung der europäischen Maßnahmen in der Entwicklungszusammenarbeit ein. Zum einen stellte Herr Lehne dies als Kernpunkt jetziger und zukünftiger europäischer Entwicklungspolitik heraus, zum andern schilderte Mr. Magande eindrucksvoll die Absurdität des entwicklungspolitischen Geschehens an konkreten Beispielen und wur-

* Inka Wischmeier, Hildesheim, Juso-Bundeskommission Internationales

Foto: Christian Kiel (Krefeld)



de hierin insbesondere von Volker Kasch deutlich unterstützt. Zu oft werden von verschiedenen europäischen Staaten Maßnahmen vorgeschlagen und finanzielle Unterstützung auch von ihrer Durchführung abhängig gemacht, die sich nach Sinn und Inhalt gegenseitig ausschließen. Die Dringlichkeit eines Handlungsbedarfs wurde hier überdeutlich.

Die Diskussion im Forum konzentrierte sich schließlich auf die Forderung, Armutsbekämpfung und ausgeglichene Austauschverhältnisse zwischen dem Norden und dem Süden nicht allein in hoffnungsloser Symptombekämpfung einzelnen Instrumenten zu überlassen, sondern eine globale Perspektive einzunehmen. Armutsbekämpfung ist nur möglich durch eine grundlegende Änderung in den Weltwirtschaftsbeziehungen. Ein neues Lomé-Abkommen kann und sollte hier zwar einen wichtigen Beitrag leisten, entläßt aber nicht aus der Verantwortung, nach weitergehenden Lösungen zu suchen.

Handelspolitische Konfliktlinien

In der Debatte um die handelspolitischen Vereinbarungen wurde schnell deutlich, wo die Konfliktlinien verlaufen: Ge-

org v. Koppenfels vertrat den von der Europäischen Kommission eingebrachten Vorschlag, nach einer fünfjährigen Übergangsfrist Freihandelszonen für solche Staaten einzurichten, die sich hierzu wirtschaftlich in der Lage sehen. Alle anderen könnten unter das auf an-

dere Entwicklungsländer auch angewandte ‚Allgemeine Präferenzsystem (APS)‘ gefaßt werden. Das APS hat den Vorteil für die Europäer, daß es in weiten Teilen mit den Regelungen der WTO (Welthandelsorganisation) konform ist und ohne Verhandlungen oder Mitspracherecht für die AKP-Staaten angewandt werden kann. Die Präferenzmargen liegen unter denen der jetzigen Lomé-Abkommen.

Dieser Vorschlag fand die volle Unterstützung Herrn Mencks und die strikte Ablehnung Herrn Gakunus, der Jusos und des Forums. Mr. Gakunu sprach sich zwar für wirtschaftliche Reformen und eine stärkere Ausrichtung auf Freihandel aus, forderte jedoch gleichzeitig nicht nur die

Beibehaltung, sondern die Ausweitung des jetzigen Präferenzsystems und, angesichts der überaus fragilen Ökonomien der AKP-Staaten, eine Übergangsfrist von zehn Jahren. Die Auseinandersetzung erhitze sich angesichts der konträren Meinungen. Herr Menck und Herr v. Koppenfels stützten sich insbesondere auf zwei Argumente: zum einen wurde auf den Zwang der WTO-Konformität aller handelspolitischen Vereinbarungen hingewiesen und zum anderen die Wirksamkeit von Handelspräferenzen angesichts ihrer zunehmenden weltweiten Erosion in Frage gestellt. Die anschließende Diskussion, an der sich auch das Forum rege beteiligte, machte noch einmal deutlich, daß Ausnahmeregelungen und Interpretationen von WTO-Regeln ein Spiegel machtpolitischer Konstellationen und damit politisch verhandelbar sind. Insbesondere von den Jusos wurde darauf hingewiesen, daß Europa sein politisches Gewicht innerhalb der WTO für eine Ausnahmeregelung einsetzen könne.

Fazit und Aufgaben

Abschließend läßt sich sagen, daß die Veranstaltung wichtige Hinweise auf einen möglichen Verhandlungsverlauf gegeben hat. Die AKP-Staaten werden bei der Diskussion um Good Governance, Demokratie und Menschenrechte einlenken und die europäischen Vorgaben mit Hinweis auf den Bedarf einer klaren Definition akzeptieren. Umgekehrt werden die Europäer sich im handelspolitischen Bereich auf einen Kompromiß einer längeren Frist für den Übergang der Präferenzbeziehungen zu Freihandelszonen einlassen, ohne allerdings auf eine klare Zusage für ihre Einrichtung zu verzichten. Ein Impuls für eine Neuordnung der Beziehungen im Sinne gerechterer Handels- und Wirtschaftsbeziehungen wird von dem neuen Vertragswerk nicht ausgehen. So wie auch die Beziehungen zwischen den beiden Ländergruppen für die Europäer weiter an Gewicht verlieren werden. Umgekehrt nimmt Europa an Wichtigkeit für die AKP-Staaten zu, da diese Ländergruppe für sie immer noch und immer mehr der Hauptansprechspartner ist. Auch hier zementiert sich das Ungleichgewicht.

Die Hegemonialstellung der USA innerhalb der WTO ist in dem Bananenkonflikt erneut deutlich geworden. Dies wird sich auch auf die Beziehungen zwischen den AKP-Staaten und Europa auswirken. Immer da, wo Vereinbarungen aus den Lomé-Abkommen wirtschaftspolitische Interessen der USA berühren, werden sie Widerspruch einlegen. Dies betrifft z.B. die Sonderprotokolle für Abnahmegarantien von Rindfleisch zwischen den beiden Ländergruppen. Hieraus ergeben sich für Jusos u.a. folgende Aufgaben: zum einen müssen die AKP-Staaten in ihren Forderungen nach gerechteren Austauschbeziehungen unterstützt werden. Zum anderen müssen wir uns für eine Wirtschaftspolitik im nationalstaatlichen und europäischen Raum einsetzen, die die Instrumentalisierung sogenannter ‚Dritte-Welt-Staaten‘ für Markteroberungsstrategien europäischer und anderer Staaten beendet. Unsere Forderungen müssen sich auf die Regulierung internationaler Finanzströme, aber auch auf die Reform der WTO konzentrieren. Unser Blick muß auf eine globale Neuordnung gerichtet sein. Politische Spielräume hierfür sind gering. Wir müssen Druck auf die entsprechenden Regierungsvertreter ausüben und daneben Strategien entwickeln, die den gesellschaftlichen Konsens, der sich um die aktuelle Wirtschaftspolitik gründet, aufbrechen helfen und Verbündete für eine grundlegende Richtungsänderung zuallererst im Norden finden.

spw

Ein Impuls für eine Neuordnung der Beziehungen im Sinne gerechterer Handels- und Wirtschaftsbeziehungen wird von dem neuen Vertragswerk nicht ausgehen.

Bisher hat die rot-grüne Bundesregierung den geistigen Bannkreis des Neoliberalismus in der Wirtschafts- und Sozialpolitik selten durchbrochen, obwohl sie einzelne „Grausamkeiten“ der im September 1998 abgewählten Regierungskoalition nach wenigen Wochen rückgängig machte bzw. aussetzte: Einschränkungen beim Kündigungsschutz, bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und bei den Renten wurden revidiert. Auch die problematischsten Veränderungen im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung (Selbstbehalt, Beitragsrückgewähr, Kostenerstattungsprinzip, Beschränkung der Leistungen für Zahnersatz auf nach 1978 Geborene usw.) sind beseitigt.

Andere Erblasten der liberal-konservativen Bundesregierung blieben hingegen unangetastet: Weder wurde der alte § 116 AFG (§ 146 SGB III) wiederhergestellt noch die Fülle seit dem Herbst 1982 erfolgter Leistungskürzungen und Einschränkungen der Arbeitnehmer(innen)rechte kompensiert. Schlimmer noch: Die führenden Repräsentanten der rot-grünen Koalition lassen bisher kein Konzept erkennen, das eine substantielle Alternative zum Liberalkonservatismus bildet. Die neoliberale Hegemonie, eine Gefahr für die Demokratie¹, existiert vielmehr trotz der veränderten Mehrheitsverhältnisse im Bundestag mit gewissen Einschränkungen fort. Um sie brechen zu können, braucht die Linke nicht zuletzt überzeugende(re) Antworten auf die Frage, was aus dem Wohlfahrtsstaat werden soll.

Ziele und Rahmenbedingungen eines gesellschaftspolitischen Reformprojekts

Das von Thomas H. Marshall bereits um die Mitte des Jahrhunderts begründete², neuerdings auch in der Bundesrepublik lebhaft diskutierte Konzept sozialer Staatsbürgerrechte muß nicht zum Bruch mit den Prinzipien eines Sozialversicherungsstaates führen, kann damit vielmehr sinnvoll verschränkt werden. Eine soziale Bürger(innen)gesellschaft bindet die politische Teilhabe ihrer Mitglieder an hohe soziokulturelle und materielle Mindeststandards, deren Gewährleistung dem Wohlfahrtsstaat obliegt. Auf diese Weise wird soziale Sicherheit bzw. Verteilungsgerechtigkeit zum konstitutiven Bestandteil einer neuen Form der Demokratie, die mehr beinhaltet als den regelmäßigen Gang zur Wahlurne, das leidliche

Funktionieren des Parlaments und die Existenz einer unabhängigen Justiz.

Es kommt darauf an, die Nachteile des deutschen Sozial(versicherungs)staatsmodells auszugleichen, ohne seine spezifischen Vorzüge preiszugeben. Strukturdefekte des „rheinischen“ Wohlfahrtsstaates bilden die Spaltung in Sozialversicherung und Fürsorge (Arbeiter- und Armenpolitik), die übermäßig starke Leistungsbezogenheit und – teils systemwidrigen – Barrieren gegen Egalisierungstendenzen (Beitragsbemessungsgrenzen, Versicherungspflichtgrenze in der Krankenversicherung, Freistellung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse von der Versicherungspflicht bis zur Neuregelung 1999), die geschleift oder ganz abgeschafft werden müßten. Der entscheidende Pluspunkt von Bismarcks Sozialsystems gegenüber konkurrierenden Modellen eines Wohlfahrtsstaates liegt darin, daß seine Leistungen keine Almosen/Gratifikationen an Bedürftige und Benachteiligte darstellen, die je nach politischer Opportunität vergeben, gekürzt oder sogar gestrichen werden können, sondern durch Beitragszahlungen erworbene und verfassungsrechtlich garantierte Ansprüche.

Der ökonomische Globalisierungsprozeß verdammt die (Sozial-)Politik der Nationalstaaten keineswegs zur Untätigkeit, wie oft behauptet, sondern läßt sich durch Maßnahmen der „Reregulierung“ positiv beeinflussen, gerade dann, wenn dieser Nationalstaat aufgrund seiner Größe, wirtschaftlichen Potenz und außenpolitischen Beziehungen über so viel Macht wie das geeinte Deutschland verfügt. „Niemand – auch nicht der Weltmarkt – kann die Politik in der Bundesrepublik daran hindern, auf die Globalisierung mit einem gesellschaftspolitischen Reformprojekt zu antworten, das wirtschaftliche Modernisierung mit sozialer Neugestaltung verbindet.“³

Kooperation statt Konkurrenz, Inklusion statt Exklusion, Öffnung statt Schließung nach außen lauten die Leitlinien einer Sozialpolitik, die den Globalisierungsprozeß nicht ohnmächtig begleitet, sondern seine Impulse ausnutzt, um das wohlfahrtsstaatliche Arrangement von nationalstaatlichen Beschränkungen zu befreien. Soll der deutsche Wohlfahrtsstaat den sich wandelnden internationalen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen angepaßt werden, ist auf der Finanzierungs- wie auf der

Was soll aus dem Wohlfahrtsstaat werden?

Solidarische Alternativen zum Neoliberalismus

von Christoph Butterwegge*

Leistungsseite anzusetzen. Nötig wäre eine Politik der inneren (Sozial-)Reform und internationalen Kooperation anstelle einer verstärkten Konkurrenz zwischen Wirtschaftsstandorten.

Es geht um die „fundamentale Reorganisation sozialstaatlich organisierter Solidaritätsbeziehungen“, deren zentraler Bezugspunkt Stephan Lessenich zufolge nicht länger Leistungs-, vielmehr Rechtsverhältnisse sein sollten: „Der Sozialstaat kann auf Dauer nicht auf der ‚dünnen‘ Solidarität der Versicherten, sondern muß auf der ‚dicken‘ Solidarität der Berechtigten aufbauen.“⁴ Umgekehrt wird jedoch ein Schuh daraus: Nur durch Beitragsleistungen geschaffene Versicherungsansprüche halten dem auch in Zukunft weiter wachsenden Kostendruck und massiven politischen Kürzungsforderungen stand, wohingegen steuerfinanzierte Fürsorge- bzw. Versorgungssysteme die Knappheit der öffentlichen Kassen viel eher und drastischer zu spüren bekommen dürften.

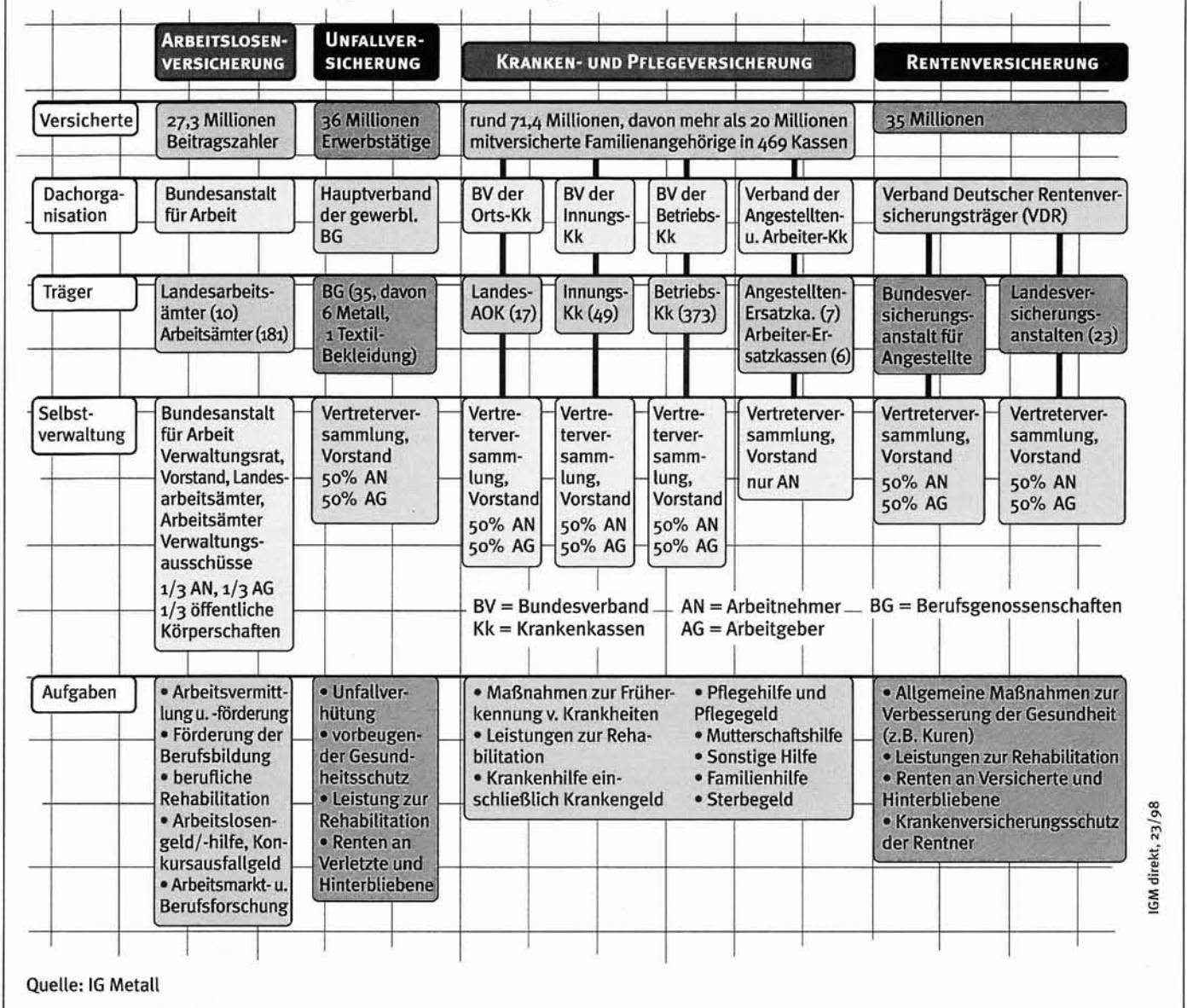
Vermögensabgabe, Mindestlohn und „Maschinensteuer“ – neue Instrumente des Sozialstaates

Da die Sozialleistungsquote trotz gesteigener Anforderungen durch die Massenarbeitslosigkeit und den „Aufbau Ost“ im vereinten Deutschland zur Jahrtausendwende niedriger war als 1975 in der Altbundesrepublik, liegen die Kardinalprobleme des Wohlfahrtsstaates auf der Einnahmen- und nicht der Ausgabenseite. Geld, um sie zu beseitigen, ist zwar genug da⁵,

Es kommt darauf an, die Nachteile des deutschen Sozial(versicherungs)staatsmodells auszugleichen, ohne seine spezifischen Vorzüge preiszugeben.

* Prof. Dr. Christoph Butterwegge, geb. 1951, lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Bis zu seinem SPD-Ausschluß 1974/75 war er Mitglied des Juso-Bezirksvorstandes Westliches Westfalen. 1986 erfolgte der Wiedereintritt in die SPD. Aktuell ist von ihm neu erschienen das Buch: *Wohlfahrtsstaat im Wandel, Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik*, Opladen 1999, DM 33,-.

Sozialversicherung: Wie sie organisiert ist



IGM direkt, 23/98

Quelle: IG Metall

Wer den Sozialstaat retten und ihn auf eine sichere Finanzierungsgrundlage stellen will, darf die hohen Einkommen und (Kapital-)Vermögen nicht unangetastet lassen. Verbunden mit einer tiefgreifenden Erbschaftssteuerreform könnte eine zeitlich befristet zu erhebende Abgabe auf Millionenvermögen den Staat in die Lage versetzen, eine aktive Sozial- und Beschäftigungspolitik zu betreiben. Auch muß die private Vermögensteuer unbedingt wieder eingeführt werden: „Sie dient der Steuergerechtigkeit und sorgt dafür, daß über den Staat volkswirtschaftliche Ausgaben wirksam werden.“⁶

aber so ungerecht verteilt, daß ein wachsender Teil der Bevölkerung von Armut bedroht ist, wohingegen ein anderer in Saus und Braus lebt. Wer den Sozialstaat retten und ihn auf eine sichere Finanzierungsgrundlage stellen will, darf die hohen Einkommen und (Kapital-)Vermögen nicht unangetastet lassen. Verbunden mit einer tiefgreifenden Erbschaftssteuerreform könnte eine zeitlich befristet zu erhebende Abgabe auf Millionenvermögen den Staat in die Lage versetzen, eine aktive Sozial- und Beschäftigungspolitik zu betreiben. Auch muß die private Vermögensteuer unbedingt wieder eingeführt werden: „Sie dient der Steuergerechtigkeit und sorgt dafür, daß über den Staat volkswirtschaftliche Ausgaben wirksam werden.“⁶

Aus dem Umstand, daß die Armut zuletzt in Teilbereiche der Arbeit vorgedrungen ist, muß EU-weit die Konsequenz eines gesetzlichen oder eines kollektivvertraglichen Mindestlohns gezogen werden. „Ohne Zweifel könnte mit solchen nationalen Mindestlöhnen nicht nur mehr Gerechtigkeit in der Arbeitswelt geschaffen werden; es könnte damit (...) auch Armut im herkömmlichen Sinn bzw. im Haushaltsverbund vermindert werden.“⁷ Trotz übertriebener Zurückhaltung der Gewerkschaften, die offenbar staatliche Eingriffe in die Tarifautonomie fürchten, müssen die Vorteile der *gesetzlichen Garantie* eines einheitlichen Mindestlohnes geprüft werden. Gabriele Peter weist auf die durchweg positiven Erfahrungen mit entsprechenden Gesetzen in Frank-

reich, den Niederlanden und anderen EU-Staaten hin.⁸ Weder schließt ein gesetzlicher Mindestlohn die (legitime) Möglichkeit der Tarifvertragsparteien aus, weiterreichende Regelungen zu treffen, noch wird man der Forderung nach Schaffung von mehr Niedriglohnbereichen und dem ständigen Ruf nach einer Verschärfung des Lohnabstandsgebotes im Sozialhilferecht mit Erfolg begegnen können, ohne allgemeinverbindlich einen Mindestlohn festzulegen.

Die verteilungspolitische Schlüsselaufgabe einer alternativen Steuerpolitik ist die Nivellierung der Primäreinkommensverhältnisse. „In den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten hat eine steuerliche Umverteilung von unten nach oben stattgefunden, die wieder rückgängig gemacht werden

muß.“⁹ Um der sozialen Polarisierungstendenz, die Globalisierung und „Standortsicherung“ mit sich bringen, entgegenwirken zu können, benötigt der Staat dringend das Instrument einer wirklich progressiven Einkommensteuer; außerdem müssen „Steuerschlupflöcher“, die Scheuennotoren gleichen und Kapitalbesitzern oder Spitzenverdienern zur Verfügung stehen, geschlossen werden. Nicht einzusehen ist, weshalb Spekulationsgewinne, die nach sechs Monaten und mehr anfallen, hierzulande – beispielsweise im Gegensatz zu den USA – steuerfrei sind.

Statt alle nicht dem Äquivalenzprinzip entsprechenden Leistungen sofort als „versicherungsfremd“ zu brandmarken, wie es heute selbst in sozialdemokratischen und Gewerkschaftskreisen geschieht, müßte man überlegen, wie ein Mehr an solidarischer Umverteilung *innerhalb* der Sozialversicherungen durchzusetzen und die Öffentlichkeit dafür zu gewinnen ist. Nahe lägen eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen in der Arbeitslosen-, Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung (unter Beibehaltung der gegenwärtig gültigen Leistungsobergrenzen) sowie die Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze in der Krankenversicherung. Auf diese Weise würden die wachsenden Lasten des Sozialinterventionismus auf mehr Schultern verteilt, und zwar verstärkt auf diejenigen von Spitzenverdienern.

Beitrags- oder Steuerfinanzierung

Nach allgemeiner Auffassung sind die (gesetzlichen) Lohnnebenkosten, d.h. vor allem die ständig gestiegenen Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, für die anhaltende Massenerwerbslosigkeit verantwortlich. Deshalb soll der „Faktor Arbeit“ – in Wahrheit: das investierende Kapital – entlastet und ein größerer Teil der sozialen Sicherung aus Steuermitteln (genauer: indirekten, Verbrauchs- bzw. sog. Ökosteuern) finanziert werden. Da während der Kohl-Ära die Arbeitslosigkeit und die Unternehmensgewinne gleichermaßen Rekordhöhen erreicht hatten, ist es jedoch naiv zu glauben, die Senkung der (gesetzlichen) Lohnnebenkosten werde einen Beschäftigungsboom auslösen.

Der verbreitete Glaube, die Umstellung des Sozialleistungssystems auf eine Steuerfinanzierung schaffe Arbeitsplätze, wirtschaftliche Stabilität und mehr soziale Gerechtigkeit,

könnte sich genauso als Illusion erweisen wie die Überzeugung, das Kapitaldeckungsprinzip löse die Probleme der Alterssicherung einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung (besser als das Umlageverfahren). Denn in beiden Fällen handelt es sich um eine bloße *Problemverschiebung*, die nichts an den eigentlichen Ursachen ändert. Verglichen mit der Beitragsfinanzierung, die nur jene Bevölkerungsgruppen trifft, die einer Sozialversicherung angehören, kann die Steuerfinanzierung zwar gerechter sein: „Deren Verteilungswirkungen hängen aber sehr stark davon ab, ob man die notwendigen Mittel durch direkte oder indirekte Steuern aufbringt.“¹⁰

Gegenwärtig findet unter dem Vorwand der Globalisierung bzw. der Notwendigkeit, durch eine Senkung der Einkommen- und Gewinnsteuern (potentielle) Kapitalanleger anzulocken und den „Standort D“ zu sichern, eine Schwerpunktverlagerung von den direkten zu den indirekten Steuern statt. Die genannten Einwände gegenüber einer Finanzierung der sozialen Sicherung mittels (indirekter) Steuern gelten auch für Ökosteuern. Sie treffen sogar besonders auf die letzteren zu, weil dabei nicht das Steueraufkommen, sondern die Lenkungswirkung im Vordergrund steht: „Wenn diese Steuern sinken, weil die Umwelt geschont wird, sinkt ihr Aufkommen. Wenn dann Leistungen der sozialen Sicherung direkt an die Ökosteuern gekoppelt sind, ist die Gefahr eines ‚Sozialabbaues‘ groß!“¹¹

Gegen eine Zurückdrängung der Beitrags- und einen Ausbau der Steuerfinanzierung des sozialen Sicherungssystems sprechen im wesentlichen drei Gründe: Erstens unterliegen steuerfinanzierte – im Unterschied zu beitragsfinanzierten – Sozialausgaben den staatlichen Haushaltsrestriktionen; sie fallen eher den allgemeinen Sparzwängen der öffentlichen Hand zum Opfer; ihre Höhe ist von wechselnden Parlamentsmehrheiten und Wahlergebnissen abhängig. Zweitens führt die Schieflage der steuerlichen Belastung (nicht nur, aber vor allem bei indirekten Steuern) zu ihrer einseitigen Finanzierung durch Arbeitnehmer/innen, wohingegen die (im Pflegebereich schon durchbrochene) Beitragsparität der Sozialversicherung für eine angemessene Beteiligung der Arbeitgeberseite an den Kosten sorgt. Und schließlich erscheint die Inanspruchnahme von Versicherungsleistungen für die Be-

troffenen vermutlich weniger diskriminierend als die Abhängigkeit von staatlicher Hilfe, deren Inanspruchnahme ihnen automatisch mehr Mißbrauchsvorwürfe eintragen würde, weil ihr keine „Gegenleistung“ zugrunde liegt.

Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre wurde über alternative Erhebungsmethoden im Hinblick auf die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung diskutiert. Einige sozialdemokratische Politiker/innen, Gewerkschafter und ihnen nahestehende Wissenschaftler schlugen damals vor, nicht mehr (nur) die Bruttolohn- und Gehaltssumme, sondern (auch) die Bruttowertschöpfung eines Unternehmens als Grundlage zu wählen, weil die – bis heute gültige – Regelung negative Auswirkungen habe. Durch die Einführung der „Maschinensteuer“ sollten eine ausgewogenere Belastung der Betriebe erreicht und positive Beschäftigungseffekte erzielt werden. Auch wenn davon keine Wunderdinge zu erwarten sind, hat es der Wertschöpfungsbeitrag verdient, nach fast zwei Jahrzehnten mangelnder Resonanz in der Öffentlichkeit wieder mehr Aufmerksamkeit zu finden.

Solange die Lohnarbeit ihre Rolle als basale Organisationseinheit und zentrale Sinngebungsinstanz des bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems behält, ist es möglich, den Sozialstaat bzw. seinen Finanzierungsmodus darauf zu gründen. Stünde hingegen das „Ende (Erwerbs-)Arbeit“ bevor, wie Jeremy Rifkin vermutet¹², wäre der Wohlfahrtsstaat – wenn überhaupt – bloß durch die Abkehr bzw. Abkopplung davon zu retten. Die tiefe Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft ist aber keineswegs mit deren Ende gleichzusetzen.

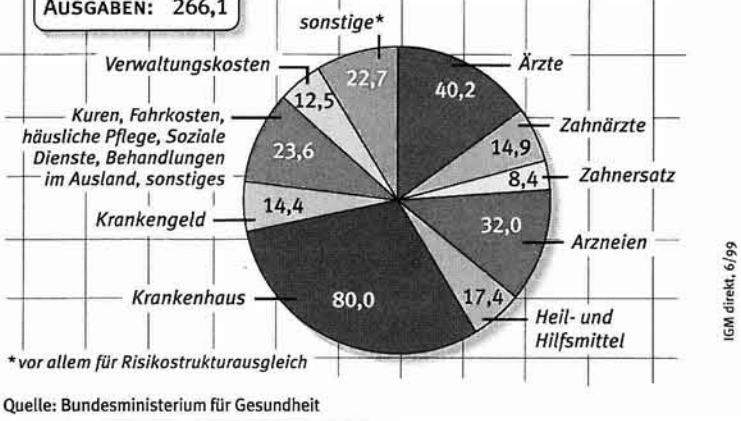
Längerfristig muß die Bindung des Systems der sozialen Sicherung an die Erwerbsarbeit und die (seit den frühen 80er Jahren stark rückläufige) Lohnquote gelockert werden. Würden alle erwachsenen Wohnbürger/innen von der Sozialversicherungspflicht erfaßt und mittels einer bedarfsorientierten Grundversicherung vor den elementaren Lebensrisiken geschützt, wäre nicht nur die Armut, zumindest als gesellschaftliches Massenphänomen, endgültig beseitigt, sondern auch gewährleistet, daß die Wohlstandsgesellschaft ohne innere Zerklüftung durch wachsende Einkommensdifferenzierungen bleibt.

Trotz übertriebener Zurückhaltung der Gewerkschaften, die offenbar staatliche Eingriffe in die Tarifautonomie fürchten, müssen die Vorteile der gesetzlichen Garantie eines einheitlichen Mindestlohnes geprüft werden.

Krankenkassen: 267-Milliarden-Etat

Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung 1997
in Milliarden DM (vorläufige Schätzung)

EINNAHMEN: 267,2
AUSGABEN: 266,1



Die bedarfsorientierte Grundsicherung: Universalisierung und Sockelung der Sozialversicherung als wirkungsvollstes Mittel gegen die Armut

Kernbestandteil einer Alternativkonzeption zum Neoliberalismus ist eine soziale Grundsicherung, mit der kein Billiglohnsektor etabliert, sondern in einer wohlhabenden Gesellschaft wie der unseren erreicht werden soll, daß niemand mehr Angst vor Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung haben muß. Die bedarfsorientierte Grundsicherung soll das bestehende System nicht ersetzen, sondern es „armutsfest“ machen. Mindestplafonds in den Sozialversicherungszweigen hätten die Aufgabe, Unterversorgungslagen vorzubeugen und zu vermeiden. Nicht ausreichende Leistungen wären mittels entsprechender Zuschläge auf ein den Eckregelsatz der Sozialhilfe deutlich übersteigendes Niveau und damit so weit aufzustocken, daß niemand mehr durch die Maschen des sozialen Netzes hindurchfällt. Mögliche politische Anknüpfungspunkte bieten jene „Sozialzuschläge“, mit denen man bedürftigen Ostdeutschen nach der Vereinigung am 3. Oktober 1990 in der Arbeitslosen- und Rentenversicherung vorübergehend solche Mindestleistungen zuerkennen kann.

Der zweistufige Aufbau des Systems der sozialen Sicherung ist überholt. Die bei der Verkündung des Bundessozialhilfegesetzes im Juni 1961 vorherrschende Hoffnung, aufgrund kontinuierlichen Wirtschaftswachstums und annähernder Vollbeschäftigung werde die Sozialhilfe bald überflüssig, hat sich als trü-

gerisch erwiesen. Die ursprünglich bloß für individuelle Notfälle gedachte Sozialhilfe wurde zum Rettungsanker für Millionen Arbeitslose, Niedrigverdiener/innen und ihre Familien, ohne dieser Aufgabe gewachsen zu sein. Nötig ist ein integriertes System, das die der Sozialhilfe vorgelagerten Sicherungssysteme einbezieht. „Es gilt, Leistungen weitgehend zu pauschalieren, überflüssige Kontrollen und An-

tragsverfahren abzubauen und vor allem, Versicherungsleistungen und Sozialhilfe bzw. Grundsicherungsleistungen aus einer Hand zu gewährleisten.“¹³

Die bedarfsorientierte, integrierte Grundsicherung bildet ein gemeinsames Sicherungssystem für alle Bewohner/innen auf der Basis des Versicherungsprinzips und staatlicher Ausfallbürgschaften für zahlungsunfähige Mitglieder. Bedarfsorientiert heißt in diesem Zusammenhang für Gerhard Bäcker, Professor an der Fachhochschule Niederrhein, „zweierlei: Das (am Bedarf des Haushalts bemessene und möglichst pauschaliert gezahlte) Leistungsniveau soll die materielle und soziale Teilhabe am gesellschaftlichen Entwicklungsstand gewährleisten. Angerechnet werden eigenes Einkommen und Vermögen. Im Unterschied zur Sozialhilfe sollen zur Unterhaltspflicht allerdings nur noch die Ehepartner untereinander herangezogen werden, auf die Unterhaltspflicht zwischen Eltern und Kindern wird verzichtet.“¹⁴

Die im System der sozialen Sicherung auftretenden Lücken könnten durch seine Universalisierung geschlossen werden. Eine allgemeine Versicherungs- und Mindestbeitragspflicht für alle erwachsenen Wohnbürger/innen würde die Sozialversicherung auf eine breitere Grundlage stellen, wobei der Staat die Beiträge im Falle fehlender oder eingeschränkter Zahlungsfähigkeit aus dem allgemeinen Steueraufkommen zuschießen müßte. Er könnte für alle diejenigen einspringen, denen es nicht möglich oder zuzumuten ist, Beiträge in ausreichender Höhe zu

entrichten, so wie dies bereits im Fall der Gesetzlichen Unfallversicherung für Vorschulkinder, Schüler/innen und Studierende geschieht, die den Kindergarten, eine allgemeinbildende Schule oder eine Hochschule besuchen.

Auf diese Weise würde das Sozialsystem zur Volksversicherung mit einer Versicherungspflicht aller Erwerbstätigen, einschließlich jener Gruppen, die bislang in Sondersystemen bzw. zu besonderen Bedingungen abgesichert sind (Beamte, Landwirte, Handwerker, Künstler, freie Berufe). Die in der Vergangenheit erworbenen Sicherungsansprüche der Betroffenen sollten jedoch weder als Privilegien abgetan noch in Frage gestellt werden, sondern gewahrt bleiben. Denn es kann nicht darum gehen, die „billigste“ Lösung für alle Bevölkerungsgruppen verbindlich zu machen und das Leistungsniveau durch eine „soziale Nivellierung nach unten“ zu senken, vielmehr muß die optimale Lösung für das Problem sich künftig weiter ausdifferenzierenden, pluralisierender Lebens- und Versorgungslagen so in die Praxis umgesetzt werden, daß hieraus nicht gleich neue Ungerechtigkeiten erwachsen.

Staatsinterventionismus anstelle der Anarchie des Marktes („Reregulierung“, Verhinderung von „Steuerdumping“ auf internationaler Ebene und sog. Tobin-Steuer)

Der massiven Verlagerung von Unternehmensgewinnen ins Ausland ist nur auf supranationaler Ebene zu begegnen. Bislang hat die Bundesregierung in den zuständigen EUGremien eher verhalten agiert, wenn es um die Austrocknung von „Steuerparadiesen“ (Ausweisung entsprechender Sonderzonen) ging, und sich auch nicht konsequent für die Harmonisierung der Unternehmens- bzw. Gewinnsteuern eingesetzt.¹⁵ Statt sich von multi- bzw. transnationalen Konzernen gegeneinander ausspielen zu lassen, sollten die Nationalstaaten durch eine Neuordnung des internationalen Kapitalverkehrs, des Weltwährungs-, -steuer- und -finanzsystems der entfesselten Ökonomie wieder Einhalt zu gebieten suchen: „Verbindliche Absprachen und Verträge in supranationalen Gremien, die mit demokratisch legitimierter Entscheidungs- und Weisungsbefugnis gegenüber den nationalen Institutio-

nen ausgerüstet sind, müssen die mittelfristige organisatorische und institutionelle Konsequenz sein, die aus der Globalisierungsdiskussion zu ziehen ist.¹⁶

Ein zumindest europaweit wirksamer Internationalismus kann dem Neoliberalismus künftig Paroli bieten. Eine zwischen den Industrieländern koordinierte Strategie der „Regulierung“ muß dafür sorgen, daß sich die Finanzmärkte nicht von der Produktionssphäre abkoppeln und Fehlallokationen durch Großanleger und Spekulanten unterbleiben. James Tobin, US-amerikanischer Nobelpreisträger für Ökonomie, hat bereits während der 70er Jahre im Rahmen seiner Überlegungen zur Reform des Weltwährungssystems angeregt, eine Steuer auf Devisengeschäfte in Höhe von einem Prozent zu erheben. Dadurch würde der Geldumtausch für Handel und Tourismus nur unwesentlich getroffen, aber jeglicher Devisenhandel mit spekulativem Hintergrund (z.B. Arbitragegeschäfte: Zinsdifferenz- und Wechselkurspekulationen) spürbar erschwert. Neben einer Devisentransaktionssteuer könnte die (Wieder-)Einführung von Kapitalverkehrskontrollen dazu beitragen, risikoreiche und unerwünschte Finanztransaktionen einzudämmen und den politischen Handlungsspielraum für eine Reformpolitik der Beschäftigungsförderung und der Armutsbekämpfung zu erweitern.¹⁷

Der seit 1974/76 systematisch zurückentwickelte Sozialstaat muß rekonstruiert und reformiert, demokratisiert und dezentralisiert werden. Dreh- und Angelpunkt ist dabei die Neuorganisation der Arbeitsbeziehungen im Übergang von der Industrie- zur Informationsgesellschaft: „Ein modernes linkes Sozialstaatsverständnis muß mit der Vorstellung brechen, daß Vollbeschäftigung allein über klassische Wachstumspolitik (und das gilt nicht nur für die Angebots-, sondern auch die Nachfragepolitik) zu bewerkstelligen ist. Es muß daher präventiv angelegt sein und Leistungen erbringen, die es den meisten Menschen überhaupt erst möglich machen, selbst gewählte Erwerbs- und Lebensentwürfe zu realisieren.“¹⁸ Benjamin Mikfeld und Jessica Wischmeier empfehlen die Umwandlung der Arbeitslosen- in eine „Arbeitsversicherung“, die flexiblere Erwerbsbiographien und Phasen der

Nichterwerbstätigkeit im Lebensverlauf von Frauen und Männern abzuschließen hätte.

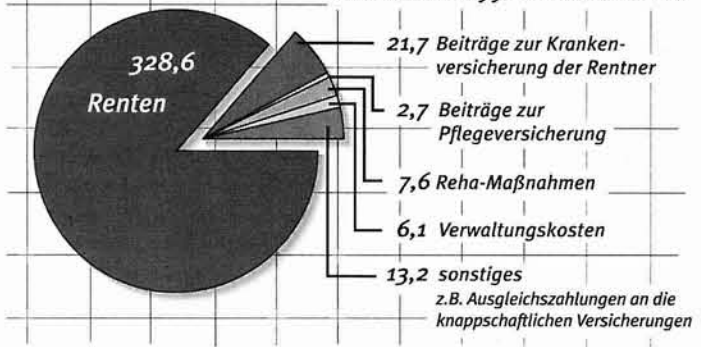
Bürokratisierungstendenzen und Verkrustungen des Sozialstaates lassen sich aufbrechen, ohne seine Substanz anzugreifen. Es geht darum, die neoliberale Standortlogik zu widerlegen, Solidarität neu zu begründen sowie den Wohlfahrtsstaat um- und auszubauen. Formen der Selbsthilfe stellen keinen Ersatz, sondern eine sinnvolle Erweiterung wohlfahrtsstaatlicher Arrangements dar. „Sozialpolitik jenseits von Markt und Staat ist nur dann eine ernstzunehmende gesellschaftspolitische Alternative, wenn sie nicht einfach als billige sozialstaatliche Entlastungsstrategie angesichts der knappen Kassen angesehen wird und wenn an sie der Maßstab einer Weiterentwicklung der Sozialpolitik in Richtung Verantwortlichkeit und Bedürfnisgerechtigkeit angelegt wird.“¹⁹ Der moderne Wohlfahrtsstaat wird sich auch weiter wandeln²⁰, ohne seine Schlüsselrolle für die Entwicklung einer demokratischen und sozialen Bürger(innen)gesellschaft zu verlieren.

spw

- 1 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge u.a., Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie, Berlin 1998
- 2 Vgl. Thomas H. Marshall, Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt am Main/New York 1992
- 3 Martin Kempe, Die Jobwende. Wie man Arbeit schafft, Frankfurt am Main 1998, S. 40
- 4 Stephan Lessenich, „Verwirrende Lehre zu verwirrenden Handel“: Der Sozialstaat in den Zeiten der Globalisierung, in: Zeitschrift für Sozialreform 11-12/1997, S. 861
- 5 Vgl. den Überblick bei Herbert Schui/Eckart Spoo (Hrsg.), Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland, 2. Aufl. Heilbronn 1996
- 6 Rudolf Hickel, Standort-Wahn und Euro-Angst. Die sieben Irrtümer der deutschen Wirtschaftspolitik, Reinbek bei Hamburg 1998, S. 109
- 7 Claus Schäfer, Armut in der Arbeit. Ein (höherer) Mindestlohn als Gerechtigkeits-Instrument?, in: Soziale Sicherheit 4/1994, S. 131f.
- 8 Vgl. Gabriele Peter, Gesetzlicher Mindestlohn, Baden-Baden 1995, S. 146 ff.; dies.,

Rentenversicherung: 380-Milliarden-Etat

Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherungen der Angestellten und Arbeiter 1998 in Milliarden DM



Quelle: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR)

IGM direkt, 6/99

Gesetzlicher Mindestlohn für die Bundesrepublik?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 2/1998, S. 96 f.

- 9 Oskar Lafontaine/Christa Müller, Keine Angst vor der Globalisierung. Wohlstand und Arbeit für alle, Bonn 1998, S. 316
- 10 Gert Wagner, Perspektiven der sozialen Sicherung, in: Karl-Hans Hartwig (Hrsg.), Alternativen der sozialen Sicherung – Umbau des Sozialstaates, Baden-Baden/Hamburg 1997, S. 50
- 11 Ebd., S. 52
- 12 Siehe Jeremy Rifkin, Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, 4. Aufl. Frankfurt am Main/New York 1996
- 13 Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hrsg.), „Alles aus einer Hand“. Das Paritätische Konzept für eine durchgreifende Reform der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt im Bundessozialhilfegesetz als einkommens- und bedarfsorientierte Grundsicherung, Frankfurt am Main, Februar 1997, S. 3
- 14 Gerhard Bäcker, Die Zukunft der Alterssicherung. Wahlkampf um das richtige Renten-Konzept, in: Soziale Sicherheit 6/1998, S. 211
- 15 Vgl. dazu: Hans-Georg Grigat, Verlagerung von Unternehmensgewinnen in das Ausland und Steuerdumping, in: WSI-Mitteilungen 6/1997, S. 404 ff.
- 16 Gilbert Marchlewitz, Globalisierung, Sozialkonkurrenz und die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit, in: WSI-Mitteilungen 11/1997, S. 779
- 17 Vgl. Jörg Goldberg, Tiger in Not, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/1997, S. 1298
- 18 Benjamin Mikfeld/Jessica Wischmeier, Innovation, Arbeitspolitik und neues Sozialstaatsverständnis, in: spw 102 (1998), S. 39
- 19 Norbert Wohlfahrt, Sozialpolitik jenseits von Markt und Staat – Voraussetzungen und Entwicklungsperspektive einer gesellschaftspolitischen Alternative, in: Helmut Breikopf/Norbert Wohlfahrt (Hrsg.), Sozialpolitik jenseits von Markt und Staat? – Beiträge zur Analyse der Entwicklung einer gesellschaftspolitischen Alternative, Bielefeld 1990, S. 7 (Hervorhebung im Original)
- 20 Vgl. hierzu neuerdings: Christoph Butterwegge, Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, Opladen 1999

Die im System der sozialen Sicherung auftretenden Lücken könnten durch seine Universalisierung geschlossen werden – eine allgemeine Versicherungs- und Mindestbeitragspflicht für alle erwachsenen Wohnbürger/innen.

Nach 20 Jahren – Umbrüche in der kapitalistischen Weltwirtschaft und die Perspektiven der Linken (2. Teil)

von Michael R. Krätke*



Der folgende Beitrag ist die schriftliche Bearbeitung der Festrede von Prof. Michael R. Krätke auf der Jubiläumsveranstaltung der spw vom 31.10.1998. Wir veröffentlichen sie in zwei Teilen. Der erste Teil erschien in Heft 106.

Verschärfte Konkurrenz in der „Triade“

Trotz aller „Multinationalisierung“ waren und sind die multi- und transnationalen Konzerne, was die räumliche Struktur ihrer wichtigsten ökonomischen Aktivitäten betrifft, an ganz bestimmte Heimatchorte (Nationalstaaten bzw. Regionen) gebunden. Wirkliche globale Spieler sind die Ausnahme, nicht die Regel; die weitaus meisten unter den größten Transnationalen Konzernen sind heute vorwiegend regionale Spieler. Was die Verteilung ihrer tatsächlich grenzüberschreitenden Aktivitäten angeht, so folgt sie der Struktur des Welthandels – und geht ihr teilweise auch voran –, wie sie sich im Laufe der 80er Jahre herausgebildet hat: Der Welthandel konzentriert sich auf die Triade, drei ökonomische Großregionen (EU-Europa, Nordamerika und Japan mit einigen südostasiatischen Nachbarn); der Handel – wie überhaupt das Niveau der grenzüberschreitenden ökonomischen Integration – innerhalb jeder dieser Großre-

gionen ist weit stärker und intensiver als zwischen den Polen der Triade. Im Laufe der 80er Jahre hat die Großregion EU-Europa die übrigen immer weiter hinter sich gelassen: Sie ist heute die am stärksten integrierte ökonomische Großregion der Welt, daher auch das mit weitem Abstand wichtigste Aktionsfeld für die rasch wachsende Gruppe der europäischen Transnationalen Konzerne.

Wiederum entgegen der gängigen Interpretation hat sich die Entwicklung der Produktivität in den 80er Jahren zwar deutlich verlangsamt, ist aber alles andere als stehen geblieben. Gerade in den Schlüssel-sektoren der Exportindustrie, bzw. dort, wo sich die internationale Konkurrenz in der Tat bemerkbar machte, ist sie weiterhin stürmisch gestiegen. Zumindest ab dem Moment, wo die traditionelle Anpassungsstrategie des „Kostensenkens“ an ihre Grenzen stieß. Das war in der US-amerikanischen Industrie bereits Ende der 70er Jahre der Fall. Seither wurden in wachsendem Maße „neue“ Produktions- und Managementkonzepte propagiert und angewandt: „lean“ und „mean“, flexible Spezialisierung, diversifizierte Qualitätsproduktion, outsourcing.

Viel wirklich Neues war nicht dabei. Aber im Unterschied zu den 60er Jahren führte die gewachsene Intensität und Reichweite der internationalen Konkurrenz dazu, daß alles, was die japanischen oder amerikanischen Konkurrenten ausprobierten, bei den europäischen Konkurrenten sofort bekannt und verfügbar war und umgekehrt. Nicht nur neue Technologien waren in vollem Maße exportierbar und jederzeit und überall käuflich geworden, sondern auch Management- und Organisationskonzepte. Desto bemerkenswerter ist die Tatsache,

daß sich die neuen Produktionskonzepte keineswegs in allen führenden Industrie- und Welthandelsländern überall auf breiter Front durchgesetzt haben; nicht einmal in den rein exportorientierten Sektoren dieser Länder war das der Fall. Es gab und gibt eine ganze Reihe von institutionellen und kulturellen Bedingungen, die der Übertragung bzw. der erfolgreichen Anwendung solcher Konzepte recht enge Grenzen setzten. Dafür hat sich die internationale Konkurrenz auf Sektoren und Branchen ausgeweitet, die früher davon ausgenommen waren: Finanzdienstleistungen, Energie, Fernsehprogramme, Informations- und Kommunikationssysteme, Transportsysteme.

Derlei gab es in den 80er Jahren in wachsendem Maße zwar nicht auf globalen, aber doch auf transnationalen Märkten zu kaufen, die die wichtigsten Länder der Triade, wenn auch höchst ungleichmäßig erfaßten. Der „internationale“ Strommarkt z.B. besteht im wesentlichen aus einem innereuropäischen und einem nordamerikanischen (USA und Kanada) transnationalen Markt. Auf diesen Gebieten begannen sich nun auch multi- und transnationale Konzerne zu tummeln. Die wichtigste Neuheit der kapitalistischen Weltökonomie der 80er Jahre: Es gab zum ersten Mal multinationale Konzerne, die auf großen transnationalen Märkten mit Erfolg Dienstleistungen aller Art feilboten. Durch diese neue Form der internationalen Konkurrenz sind in vielen kapitalistischen Kernländern die traditionellen Grenzen zwischen „privatem“ und „öffentlichem“ Sektor, privaten und öffentlichen Dienstleistungen unter Druck und in Bewegung gekommen (Postdienste und Rundfunk bzw. Fernsehen sind dafür gute Beispiele).

In den 80er Jahren gab zum ersten Mal multinationale Konzerne, die auf großen transnationalen Märkten mit Erfolg Dienstleistungen aller Art feilboten.

* Dr. Michael R. Krätke, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Amsterdam

Die finanzielle Revolution der 80er Jahre

Seit Beginn der 80er Jahre hat sich eine „finanzielle Revolution“ ereignet, die von Historikern mit der „ersten“ finanziellen Revolution in der Geschichte des Kapitalismus verglichen wird, eine Revolution, die Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts stattfand.

Die finanzielle Revolution der 80er Jahre sah in den Einzelheiten ganz anders aus, aber wie 200 Jahre früher ging es um die Technik ebenso wie die institutionelle Ordnung der Geld- und Kreditverhältnisse, um die Einrichtung und Regulierung von nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmärkten. Und um die Rolle des Staates, um den öffentlichen Kredit und das System der Staatsschulden geht es ebenfalls. Was sich in den späten 70er und frühen 80er Jahren herausgebildet hat, ist ein System internationaler Finanzmärkte, die nicht mehr ausschließlich über die drei großen internationalen Finanzzentren (das innere Dreieck New York – London – Tokio), sondern direkt miteinander verbunden und vernetzt sind.

Auf diesen Märkten, die technisch so eingerichtet sind, daß in der Tat der internationale Geld- und Wertpapierhandel rund um die Uhr und fast in Echtzeit ablaufen kann, dominieren multi- und transnationale Bankkonzerne, große transnationale Anlagekonzerne, und – nicht zu vergessen – in der immer wichtigeren Rolle als Zwischenhändler und Vermittler große, in der Tat multinationale Börsenhandelsunternehmen. Mit Ausnahme des internationalen Devisenhandels – nach wie vor ein Dollarmarkt – und von Teilen des Derivatehandels sind diese der Form und Technik nach internationalen Finanzmärkte auch weiterhin sehr stark auf ihr Heimatland bzw. ihre Heimatregion ausgerichtet; das gleiche gilt von den transnationalen Banken und Anlagekonzernen. Annähernd global, d.h. auf den wichtigsten internationalen Finanzmärkten zugleich, agieren nur die Börsenhandlungskonzerne.

Ersparnis und Investition haben sich zwar keineswegs völlig voneinander gelöst, wie immer wieder behauptet wird, aber ein Großteil des „Sparens“ hat dank der Neuerungen der 80er Jahre seine Form verändert. Gespart wird in zunehmenden Maße nicht mehr, indem man sein Geld bei einer Bank deponiert, gespart wird, indem man sein Geld „anlegt“, d.h. einem der vielen institutionellen (und

professionellen) Anleger anvertraut, die damit auf den internationalen Finanzmärkten ihren eigenen Anlagestrategien nachgehen. Das gilt, individuell und/oder kollektiv (d.h. über Pensionsfonds und Versicherungen) in deutlich zunehmenden Maße nicht nur für die Reichen und Großen, d.h. Unternehmer und private Vermögensbesitzer, sondern auch für „kleine Leute“, Selbständige, Freiberufler, mittelständische Unternehmer, gut verdienende Facharbeiter. Sie alle sparen in wachsendem Maße, indem sie für sich Geld anlegen und für sich spekulieren lassen. Was, wenn auch in geringem Maße, inzwischen auch international geschieht. Die Aktienspekulation als Volkssport, die wesentliche Ursache der großen Finanzkrisen des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts, sie ist im Laufe der 80er Jahre wieder auferstanden.

Die Operationen der neuen wie der alten „internationalen“ Banken haben uns eine internationale Schuldenökonomie beschert, deren Krisen uns seit Anfang der 80er Jahre immer wieder in Atem hielten. Die internationalen Geld- und Kreditverhältnisse haben sich geradezu umgekehrt: Die USA sind auf lange Sicht zum Nettoschuldner der ganzen kapitalistischen Welt geworden, Japan dagegen zum Nettogläubiger – zumindest in „seiner“ Region, zum Teil auch in Nordamerika. Daher – und wegen der weiter bestehenden und wachsenden Außenhandelsdefizite der USA – haben wir in den 80er Jahren einen weiteren Niedergang des immer noch de facto Weltgeldes, des US-Dollar, erlebt.

1989 – die große Zeitenwende

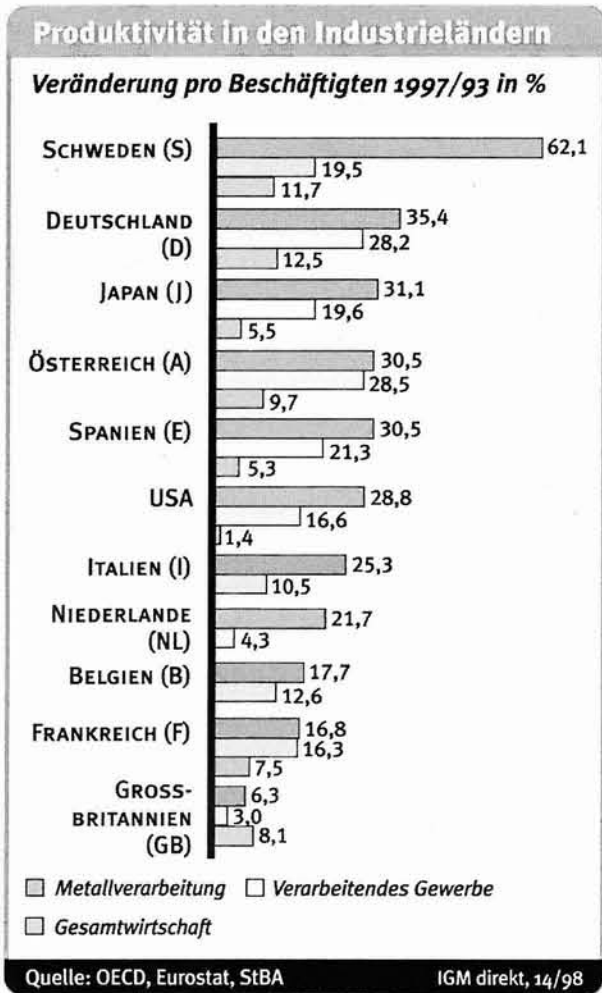
Ironischerweise ist der Zusammenbruch in den Kernländern des „real existierenden Sozialismus“ in dem Moment erfolgt, wo die alte Strategie des Einholens und Überholens des westlichen Kapitalismus in der Tat zum Erfolg geführt hatte: Bereits 1986 hatte die Sowjetunion die einst von Chruschtschow propagierten Ziele erreicht und übertroffen – sie produzierte 80% mehr Stahl, 78% mehr Zement, 42% mehr Erdöl, 55% mehr Kunstdünger, mehr als zweimal soviel Roheisen und fast sechs mal soviel Eisenerz wie die Vereinigten Staaten. Nach allen traditionellen Standards war sie das mit weitem Abstand führende Industrieland der Erde geworden (vgl. Keegan 1993, 177). Dennoch war sie nach den Standards der 80er ein überaus rückständiges Land

– mit Ausnahme ihres Rüstungssektors, des einzigen entwickelten High-Tech-Sektors des Landes. In der Weltwirtschaft waren die Sowjetunion und die sozialistischen Länder Osteuropas keineswegs Schwergewichte. Der Anteil der Sowjetunion allein am Welthandel betrug 1985 nur 4,1% bei den Importen (weniger als der Anteil Italiens allein) und 4,5% bei den Exporten (nur wenig mehr als der Anteil Italiens) (vgl. Beaud 1989, 44). Ihr Zusammenbruch, eine Folge der inneren Schwächen wie des anhaltenden äußeren Drucks, erschütterte daher die kapitalistische Weltwirtschaft nur am Rande.

Der Transformationsprozeß, der doppelte Übergang zu einer Form von kapitalistischer Marktökonomie und gleichzeitig zu einer Form von parlamentarischer Demokratie, beides nach „westlichen“ Vorbildern, der danach einsetzte, hat vor allem eines sehr klar gemacht: Wie wenig man, d.h. die politischen, ökonomischen und wissenschaftlichen Eliten, über die Grundlagen des eigenen Systems wußte. Wirtschaftshistoriker, eine fast ausgestorbene und von den Vertretern der herrschenden Lehre der Ökonomie im Westen in der Regel mit Verachtung gestrafte Spezies, wußten natürlich, daß der Übergang zu einer kapitalistischen Marktökonomie, mehr noch der zu einem entwickelten „industriellen Kapitalismus“ Jahrzehnte, Jahrhunderte, viele Generationen gebraucht hatte. Sie wußten, daß dabei immer wieder der Staat eine entscheidende Rolle gespielt hatte, sie wußten von der Schlüsselrolle eines organisierten Geld- und Kreditverkehrs, eines Bankensystems, bei dessen Einrichtung wiederum Staaten die zentrale Rolle spielten. Sie wußten, daß sich dieser Übergang in einem weltweiten Kontext abspielte, in dem „Erfindungen“, Technologien, aber auch institutionelle Vorbilder „von außen“ geborgt und übernommen werden konnten, in dem Geld aus dem Ausland importiert und in Kapital verwandelt werden konnte, in dem der – wiederum entscheidend vom Staat gestützte – Warenexport einen recht dauerhaften Ersatz für fehlende Binnenmärkte bot.

Sie wußten, wie wichtig die durchaus erfolgreichen Bemühungen der aufstrebenden Nationalstaaten um politische und rechtliche Einigung und kulturelle Homogenität, der Prozeß der „Nationenbildung“ im 19. Jahrhundert für den Aufstieg des industriellen Kapitalismus gewesen wa-

Die Aktienspekulation als Volkssport, die wesentliche Ursache der großen Finanzkrisen des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts, sie ist im Laufe der 80er Jahre wieder auferstanden.



ren. Die Propagandisten des „freien Marktes“, die auf die Länder des vormaligen „real existierenden Sozialismus“ losgelassen und dort mit offenen Armen aufgenommen wurden, hatten davon keine Ahnung.

Noch weniger Ahnung hatten sie von den traditionellen Kritiken des Kapitalismus, von den inhärenten Risiken, Mängeln und Übeln kapitalistischer Ökonomien, die in den weltweit vorherrschenden Lehrbüchern der ökonomischen Orthodoxie nicht vorkamen und bis heute nicht vorkommen. Die Rezepturen der „Schocktherapien“, der radikalen „Privatisierung“ und „Liberalisierung“, die überall in Zentral- und Osteuropa verbreitet und auch immer wieder brav befolgt wurden, waren von keinerlei Kenntnis über die Bedingungen getrübt, unter denen sich nach dem Ende des zweiten Weltkriegs der Übergang von in der Tat dirigistischen Kriegswirtschaften zu kapitalistischen Marktökonomien in vielen Ländern vollzogen hatte. In Deutschland, in Japan, in Frankreich, in Italien, selbst in den USA ging das mit massivsten, vielfältigen und meist dauerhaften Staatsinter-

ventionen einher, die notwendig waren, um den Wiederaufbau, die Reindustrialisierung, die Konversion von der Rüstungs- zur Friedensproduktion, die Wiedereingliederung von Millionen Soldaten, Zwangsarbeiter, Kriegsflüchtlinge zu bewältigen.

Es dauerte mehr als ein Jahrzehnt, um die massenhafte Arbeitslosigkeit und Armut in Westeuropa zu überwinden.

Ebensowenig hatte man verstanden, unter welchen Bedingungen der vielbewunderte Aufstieg der „Neuen Industrieländer“ Südostasiens in den 70er und 80er Jahren stattgefunden hatte. Unter strenger Staatskontrolle nämlich, bei weitgehender Entrechtung der arbeitenden Bevölkerung und extremer Privilegierung von Unternehmern und Kapitalbesitzern, was den flotten Zustrom ausländischen, vor allem japanischen Kapitals lange Zeit garantierte. Von Regierungen, die alles andere als demokratisch waren, jedenfalls nicht demokratischer als die in den Ländern des „real existierenden Sozialismus“ wurde eine massive Subventionspolitik betrieben, zunächst auf Industrialisierung und Importsubstitution, anschließend auf eine Ausweitung des Exports in den Sektoren, wo der Hauptvorteil dieser Länder, niedrige Löhne, staatliche Mobilisierung aller verfügbaren Arbeitskräfte, die Familie als wichtigstes soziales Fangnetz, zum Tragen kommen konnten; der Aufstieg der neuen Industrieländer war der zeitweilige Erfolg einer staatlich geplanten und kontrollierten Industrialisierungsstrategie. Als diese höchst einseitige Expansions- und Wachstumsstrategie vor einiger Zeit an ihre absehbaren Grenzen stieß, war das Erstaunen bei den Anhängern der „reinen Marktökonomie“ im Westen groß.

Was bei der ahnungs- und bedenkenlosen Anwendung marktradikaler Rezepte in den Ländern Zentral- und Osteuropas herauskam, war und ist in fast jeder Hinsicht ein Desaster.

Für die kapitalistische Weltökonomie hat sich ein gewaltiges neues Areal und Potential dargeboten, sie konnte sich über neue Territorien und potentielle Märkte ausbreiten; zeitweilig zumindest hat sich Anfang der 90er Jahre auch ein riesiger, zusätzlicher Absatzmarkt – vor allem für Konsumgüter – geöffnet. Diese Öffnung war allerdings eine direkte Folge großzügiger, öffentlich finanzierter bzw. garantierter Kredite aus dem „Westen“. Damit haben wir ein wei-

teres, schwaches Glied in der Kette der internationalen Schuldenökonomie bekommen, eine Reihe von Dauerschuldnern, die für allerlei Schuldenkrisen in naher Zukunft gut sind. Und außerdem eine ganze Reihe von Rohstofflieferanten, Ländern, denen wie den GUS-Staaten im Moment gar nichts anderes übrig bleibt, als ihre natürlichen Reichtümer (Holz, Erdöl, Erdgas usw.) zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt zu werfen.

6. Kapitalismus in den 90er Jahren

Vieles, was in den 80er Jahren noch als Neuheit galt, war in den 90ern bereits ein banales, alltägliches Faktum. An die Multi- und Transnationalen Konzerne wie an die internationalen Finanzmärkte haben wir uns gewöhnt. Noch immer wird die Welt der Multinationals von US-amerikanischen Großkonzernen dominiert. Aber mittlerweile sind viele Konkurrenten hinzugekommen, nicht nur europäische oder japanische Konzerne. Multis gibt es heute in vielen Teilen der Welt. Es werden immer mehr, und sie werden immer größer, ein Faktum, das vor allem im Langzeitvergleich auffällig wird. Auf ihrem ureigensten Terrain, dem Export und der gleichzeitigen, arbeitsteiligen Produktion an vielen Standorten in vielen Ländern, sind die Multis mittlerweile von vielen, früher „nationalen“ Unternehmen, darunter vielen kleinen und mittelgroßen, dafür hochspezialisierten Unternehmen, eingeholt worden. Es gibt heute in allen High-Tech Branchen hochspezialisierte Unternehmen, die zwar klein, aber dennoch auf den wichtigen Weltmärkten präsent sind. Zum Teil finden sich derartige transnationale Unternehmen auch in sehr traditionellen Branchen, weil eine wachsende Zahl von Waren, die noch vor zwanzig Jahren nur für den lokalen oder regionalen Markt produziert wurden, heute zu Welthandelswaren geworden sind. Bier ist dafür ein gutes Beispiel.

Die wenigen wirklichen Weltmärkte – besser „transnationalen Märkte“, die es heute gibt, werden von wenigen großen Akteuren beherrscht (in der Regel sind es bei echten Weltmärkten, die nach wie vor selten sind, nicht viel mehr als 12). Daß es dennoch heute nicht mehr, sondern erheblich weniger Kartelle gibt als in früheren Zeiten, weniger nationale und weit weniger internationale, hängt mit der Veränderung der internationalen Konkurrenz zu-

sammen. Kartelle lohnen sich nicht mehr, weil sie viel zu leicht gesprengt bzw. durch neue Konkurrenten unterlaufen werden können. Daher sind die wichtigsten internationalen Kartelle heute solche, die auf Staatsmonopolen beruhen, die wiederum ein sogenanntes „natürliches Monopol“ – Standardbeispiel: Rohstoffvorkommen in einem ganz bestimmten, von einem Staat kontrollierbaren Gebiet – ausbeuten.

Was man darüber hinaus beobachten kann, das ist eine Neuordnung in den Beziehungen zwischen den großen Kapitalfraktionen oder Kapitalsorten, eine Restrukturierung der Verhältnisse zwischen industriellem, Handels-, Bankkapital und weiteren Kapitalsorten. Sie beruht darauf, daß die kapitalistischen Unternehmen sich heute so gut wie überall weit stärker über die Finanzmärkte als über Banken finanzieren. Da die Inflation erfolgreich auf unerhört niedrigem Niveau stabilisiert wurde, daher die Realzinsen heute deutlich höher sind als in den 70er und 80er Jahren, sind die kapitalistischen Unternehmen der großen Industrie- und Handelsländer heute wieder – wie schon einmal zu Ende des 19. Jahrhunderts – sehr empfindlich für Kreditzyklen und zyklische Schwankungen von Wertpapierkursen. Das ist die Stunde der großen Finanzkonzerne und des Börsenhandlungskapitals, die Industrie- und Handelsunternehmen nicht mehr als Teilhaber oder Aktionäre, sondern als Garanten finanzieller Stabilität, als Beschützer vor den Risiken der Finanzmärkte unter Kontrolle bekommen können.

Zweierlei läuft heute durcheinander, zum Teil nebeneinander ab: Die Auflösung einer traditionellen und die Ausbildung einer neuen Form des „Finanzkapitals“. Obwohl es heute weit mehr und weit größere, transnational operierende Banken, sogar einige weltweit operierende Banken – etwa europäische und US-amerikanische bzw. japanische Großbanken – gibt als je zuvor, sind diese immer mehr zu reinen Finanzunternehmen geworden. Es findet in Teilen eine Verschmelzung von Banken, Investmentfonds, Emissionshäusern und Versicherungskonzernen statt. An dauerhaftem Aktienbesitz und Beaufsichtigung der Industrie sind die sowenig interessiert wie die reinen Börsenhandlungskonzerne, die als Geld- und Kreditvermittler gerade für die großen, transnational operierenden Industrieunternehmen immer mehr an

ihre Stelle treten. Für die Liebhaber von Faustformeln: Finanzkapital ist heute nicht mehr, wie zu Hilferdings Zeiten, Kapital im Besitz der Industrie und unter Kontrolle der Banken, es ist Kapital im Besitz von Industrie, Handel und Banken, aber unter Kontrolle des Börsenhandlungskapitals.

Und noch einen vierten Strukturbruch muß man erwähnen. Der betrifft die Staatsfinanzen. Es ist zwar grober Unfug zu behaupten, die Staatskassen seien leer. Sie sind heute so voll wie nie zuvor. Aber die Methoden, die Staatskasse zu füllen, haben sich seit Anfang der 90er Jahre noch einmal geändert. Das hängt mit der Struktur der „internationalen“ Finanzmärkte zusammen:

Da die einzige Form des Geldkapitals, das heute annähernd „international“ operiert, kurzfristiges Anlagekapital ist (sogenanntes heißes Geld), müssen die Staaten, wenn sie internationale Kredite in Anspruch nehmen wollen, sich den Bewegungen dieses kurzfristigen Kapitals anpassen. Langfristige Staatspapiere, die zu Spekulationen ungeeignet sind, kann man auf den internationalen Finanzmärkten kaum loswerden – dort dominieren die Staatspapiere des jeweils eigenen Landes bzw. der Heimatregion. Also sind die Regierungen der kapitalistischen Kernländer seit Anfang der 90er Jahre in wachsendem Maße dazu übergegangen, sich mit Hilfe von „bonds“, kurzfristigen und durchaus zur Spekulation geeigneten Staatsschuldpapieren international zu verschulden. Obwohl ihre Abhängigkeit von den nationalen und interna-

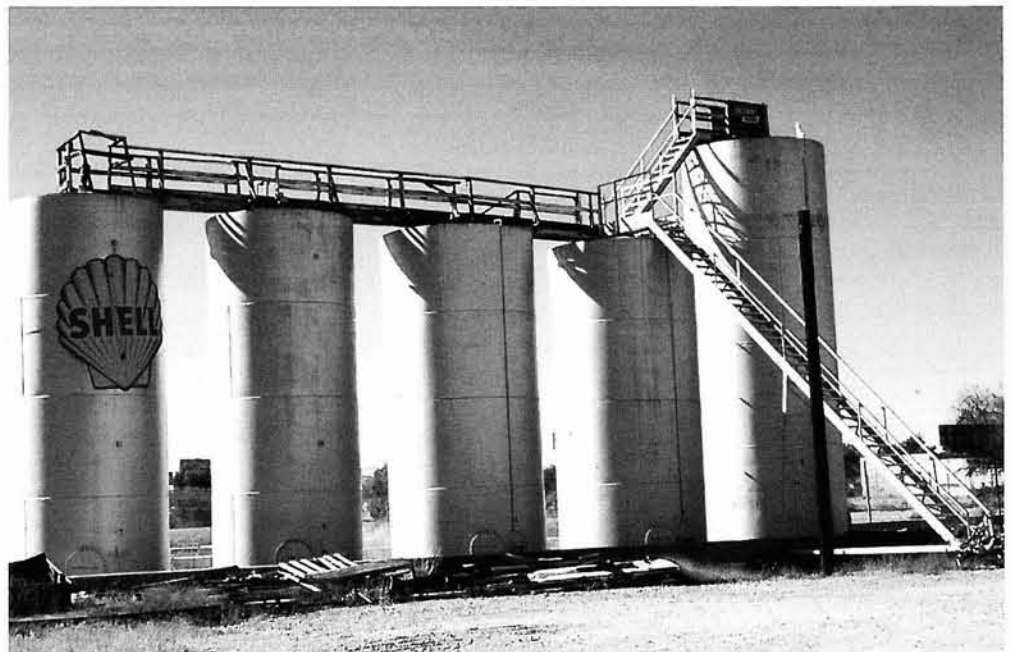
tionalen Finanzmärkten insgesamt keineswegs größer geworden ist, hat sich die Staatsverschuldung mittlerweile doch in nennenswertem Maße in ein durchaus riskantes Spiel verwandelt. Ein Spiel, das fast ununterbrochen gespielt wird, da die „bonds“ allesamt kurze Laufzeiten haben, also nur bei ständig wiederholter „Refinanzierung“ – Umtausch in neue Bonds bzw. Tilgung bei gleichzeitiger Neuverschuldung – zur Finanzierung langfristiger Staatsschulden taugen.

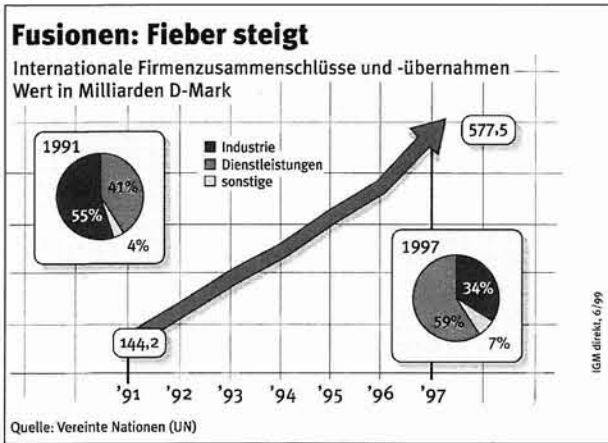
7. Die Zukunft des Kapitalismus und die Vielfalt der Kapitalismen

Auf der Linken wie auf der Rechten herrscht heute einige Verwirrung und Unsicherheit über die nächste und weitere Zukunft des Kapitalismus. Selbst für diejenigen, die die angebliche „Globalisierung“ für ein „reines“, ideologiefreies Faktum halten, ist durchaus nicht klar, wohin sie denn führen werde. Diejenigen, die skeptischer sind, betonen die Grenzen der Globalisierung, streiten sich aber darüber, wo die denn liegen und wie überwindbar oder unüberwindbar sie sein mögen. Die ersteren neigen zu der Ansicht, die räumlichen, regionalen, nationalen Unterschiede der Kapitalismen seien dabei, sich aufzulösen bzw. bereits zum einem guten Teil verschwunden.

Die Skeptiker neigen dazu, die nationalen oder regionalen Unterschiede der Kapitalismen keineswegs für obsolet zu halten. Kurz, es ist eine Debatte im Gang über die vermeintliche oder wirkliche, über die mögliche oder viel-

Finanzkapital ist heute nicht mehr Kapital im Besitz der Industrie und unter Kontrolle der Banken, es ist Kapital im Besitz von Industrie, Handel und Banken, aber unter Kontrolle des Börsenhandlungskapitals.





leicht sogar unausweichliche Konvergenz der Kapitalismen bzw. deren zukünftige Uniformität oder Diversität.

Michel Albert hat kurz nach dem Ende des Kalten Krieges und der „alten“ Systemkonkurrenz die These aufgestellt, von nun an werde die Weltökonomie von einer anderen Systemkonkurrenz, der Konkurrenz „Kapitalismus versus Kapitalismus“ beherrscht. Die ideologischen Schlachten wie die ökonomischen Konkurrenzkämpfe würden im wesentlichen zwischen zwei Typen oder Modellen des Kapitalismus ausgefochten, dem kontinental-europäischen und dem angelsächsischen. Er befürchtete, das angloamerikanische Modell werde diese Systemkonkurrenz gewinnen (vgl. Albert 1991). Andere haben mittlerweile den endlichen Sieg des japanischen oder asiatischen Modells des Kapitalismus prophezeit.

Wieder andere behaupten, im Gefolge der neuen, globalen Konkurrenz der Kapitalismen werde ein weltweiter Konvergenz- und Angleichungsprozeß stattfinden – was nicht dasselbe ist wie eine globale „Amerikanisierung“ des Kapitalismus. Dafür gibt es im wesentlichen zwei Argumente. Das erste betrifft die wachsende Macht der internationalen Finanzmärkte über die „nationalen“ Regierungen wie die „nationalen“ bzw. regionalen Ökonomien (vgl. z.B. Cerny 1997). Das zweite betrifft den Vorgang, der als „Transnationalisierung“ oder auch als „Denationalisierung“ der Unternehmen bezeichnet wird (vgl. Strange 1997). Beides führt dazu, daß sich Regierungen „nationale Alleingänge“ nicht mehr leisten können. Und das wiederum führe dazu, daß sich nicht nur ein Einheitsstil der Wirtschaftspolitik überall durchsetze (nicht links, nicht rechts, sondern „modern“), sondern ein weltweiter Einheitsstyp des Kapitalismus.

Das sieht ganz plausibel aus. Die Sachzwänge des Weltmarkts, insbe-

sondere die allzeit bereiten und wachsamem „Finanzmärkte“ werden auf die Dauer diese Konvergenz zustande bringen. In the long run – we are all equal, wir werden uns in einer ökonomisch und politisch weitgehend einheitlichen Welt wiederfinden. Auf diesem Weg werden die multi- und transnationalen Unternehmen die Rolle der Pioniere und Schrittmacher spielen.

Auch diese Debatte kann die Linke nicht kalt lassen. Nicht nur, weil die Briten und US-Amerikaner Besseres verdient haben. Sondern weil uns mal wieder Märchen erzählt werden. Die Konkurrenz, zumal die transnationale, wirkt eben nicht als der große Gleichmacher, eher im Gegenteil. Darin spielen die jeweiligen nationalen und regionalen Besonderheiten, die jeweiligen institutionellen Bedingungen durchaus eine Rolle – und zwar in der Regel die von nicht-übertragbaren und kaum anderswo reproduzierbaren Konkurrenzvorteilen. Daher werden sich gerade die großen Akteure in der transnationalen Konkurrenz aus wohlverstandener Eigeninteresse gegen jede Gleichmacherei wehren. Einheitliche, zumindest vergleichbare und übersetzbare technische Standards sind sinnvoll, einheitliche Institutionen oder kulturelle Normen dagegen nicht. Die Zukunft des Kapitalismus wird noch auf absehbare Zeit von einer Vielfalt „nationaler“ und „regionaler“ Formen oder Spielarten des Kapitalismus bestimmt werden (vgl. Heilbroner 1992).

8. Eine Linke ohne Sozialismus?

Die Haltung der „alten“ Sozialdemokratie zum Kapitalismus und seinen Krisen kann mit dem Bild vom „Arzt am Krankenbett“ treffend beschrieben werden. Fritz Tarnow hat diese einigermäßen ambivalente Haltung der nichtkommunistischen Linken mitten in der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre, auf dem Parteitag der SPD 1931, so gefaßt: Wir stehen „am Krankenlager des Kapitalismus nicht nur als Diagnostiker, sondern auch – ... – als Arzt, der heilen will?, oder als fröhlicher Erbe, der das Ende nicht erwarten kann und am liebsten mit Gift noch etwas nachhelfen möchte?“

Die Sozialdemokratie war seiner Ansicht nach dazu verdammt, beides zu sein, sowohl „Arzt...“, der ernsthaft heilen will“, als auch Erbe, der „lieber heute als morgen die ganze Hinterlassenschaft des kapitalistischen Systems in Empfang nehmen“ will. „Diese Doppelrolle, Arzt und Erbe, ist eine

verflucht schwierige Aufgabe“ (zit. nach Weber 1973, 177f). Solange man noch sicher war, daß der Kapitalismus zugrunde gehen würde, war das Dilemma auflösbar – in Richtung auf eine „Euthanasie der sanften Art“, ein beschleunigtes Ende ohne viel Schrecken, um das Erbe möglichst intakt antreten zu können.

Heute ist das bekanntlich völlig anders. Keine sozialdemokratische Partei in Europa hofft noch ernstlich darauf, den Kapitalismus bald beerben zu können. Die Vorstellung einer Perspektive jenseits des Kapitalismus ist uns, auch in Westeuropa, weitgehend abhanden gekommen, obwohl die Sozialdemokratie, wie die nichtkommunistische Linke insgesamt am historischen Scheitern des Sozialismus sowjetischer Bauart nun wirklich völlig unschuldig ist.

Nicht einmal die Ansicht des alten Keynes, der keineswegs Sozialist, sondern ein aufgeklärter Konservativer war, genießt heute noch unbestrittenes Bürgerrecht in der europäischen Sozialdemokratie. Keynes war bekanntlich der Meinung, daß der Kapitalismus, der an sich, als reines ökonomisches System genommen, höchst bestreitbar und kaum zu verteidigen sei, doch bei einer hinreichend weisen und effektiven makroökonomischen Lenkung effizienter gemacht werden könne als jedes andere ökonomische System. Zu dieser weisen Steuerung gehörte allerdings als Vorbedingung das, was Keynes den „sanften Tod des Rentiers“ nannte, nämlich die „Sozialisierung“ der Investitionen, also die Entmachtung, sogar Aufhebung des Bank- und Börsenkapitals wie der privaten Geldvermögen (vgl. Keynes 1936, 317ff). Heute wagen es nur noch wenige auf der Linken, von so etwas auch nur zu träumen. Im Gegenteil. Die Rentiers sind springlebendig und es ist die Linke, samt ihres traditionellen Anhangs in der Arbeiterklasse, die um ihr Überleben fürchten muß.

Nach wie vor gibt es auf der intellektuellen Linken Leute, die ganz ernsthaft das baldige Ende des Kapitalismus prophezeien. Immanuel Wallerstein, weltweit bekannter Soziologe und Historiker des kapitalistischen Weltsystems, hat sogar den Mut, sich auf einen Zeitraum festzulegen: In weniger als fünfzig Jahren, weniger als der Lebensspanne einer heutigen Generation, werde es soweit sein (vgl. Wallerstein 1996, 1998). Klingt gut, aber was machen wir bis dahin? Und was kommt da-

nach? Außerdem steht und fällt Wallersteins Prognose mit der Behauptung, das kapitalistische Weltssystem werde diesmal ganz bestimmt nicht mit seinen diversen Krisen fertig werden.

Wer an den „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ nicht mehr glauben will, mag vielleicht geneigt sein, sich mit einem „Kapitalismus mit menschlichem Antlitz“, einer sanfteren Variante neoliberaler Wirtschaftspolitik zufrieden zu geben, zumindest fürs erste. Damit können sich auch radikale Neoliberale anfreunden. Nett sein zu den Leuten, wer wollte dem widersprechen, zumal im gegenwärtigen Kapitalismus mit seinen transnationalen und expandierenden Dienstleistungsmärkten, wo Grobheiten und schlechte Manieren geschäftsschädigend wirken. Sogar die Holländer und die Franzosen sind neuerdings höflich zu Touristen.

Die Linke ist immer der notwendige Anwalt der Armen, der Unterdrückten, der Abhängigen und Ausgebeuteten gewesen. Und das wird sie auch weiterhin sein. Allerdings sind heute in diesem Sinne – als Stimme und Anwalt der Armen, der Arbeitslosen und Sozialleistungsempfänger in Europa – wie auch in Amerika – die christlichen und nichtchristlichen Kirchen fast überall „links“.

Die Notwendigkeit einer positiven Utopie

Was die Linke heute viel mehr braucht, ist eine positive Utopie, die Idee einer gesellschaftlichen Neuordnung, die allerdings Mittel zum klar ausgesprochenen Zweck sein sollte. Sozialismus, eine nicht-kapitalistische ökonomische Ordnung, ist nur ein Mittel zum Zweck – zum Zweck der Emanzipation aller Menschen von sozialen Zuständen der Ausbeutung, Unterdrückung, Abhängigkeit. Wenn ein „Sozialismus“ das nicht hält, dann taugt er nicht, dann müssen die Sozialisten die ersten sein, die ihn umstürzen. Das hat der bekannte Dogmatiker Karl Kautsky vor langer Zeit allen Doktrinären des Sozialismus hinter die Ohren geschrieben. Im Blick auf dieses Ziel kann eine heutige linke Utopie durchaus ein „Marktsystem“ sein, eines nämlich, das ökonomische Freiheit, individuelle und kollektive Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten für alle – real freedom for all – bietet und das mit dem Zusammenhalt einer Gesellschaft, mit solidarischem Handeln vereinbar ist. Heutige Marktsysteme tun das nicht und sind das nicht.

Um derlei Utopien denken zu können, muß sich die Linke von der Erblast des Ökonomismus befreien, des „marxistischen“ ebenso wie des neoliberalen. Die scheinbare Evidenz von „Marktgesetzen“ oder ökonomischen Sachzwängen durchschauen kann nur, wer den heutigen real existierenden Kapitalismus so nimmt, wie er ist, so gebrochen, so widersprüchlich, so vielfältig, so durchaus künstlich, so durch und durch politisch wie er ist.

Der alte Marx hatte schon recht: Eine „Ware“ ist nicht einfach ein Ding, nicht einfach ein „Produkt“, sondern etwas „Sinnlich Übersinnliches“, ein soziales Artefakt, das nicht einfach da ist, sondern gemacht und verändert wird. Von den erheblich komplexeren sozialen Gebilden, die wir „Märkte“ nennen, gilt das noch mehr. Alle realen Märkte haben besondere institutionelle Formen und Voraussetzungen, die gemacht und verändert werden können. In kritischer wie in utopischer Absicht ist es sinnvoll, die angeblich „unsichtbaren“ Hände, die da mitmischen, sichtbar zu machen und sich weitere, dritte und vierte Hände auszudenken, keineswegs nur „öffentliche“, die korrigierend, regulierend eingreifen können und sollen. Sie müssen dazu auch imstande sein, d.h. die demokratisch legitimierte und kontrollierte Macht bekommen, um im Blick auf klar definierte Ziele einzugreifen.

Etwas ganz ähnliches ist mit dem Konzept des „stakeholder capitalism“ gemeint, das im Moment in der britischen Linken breit diskutiert wird. Es geht um eine andere politische Ökonomie, in der der Teilhaber, der stakeholder statt des shareholder die zentrale Rolle spielen soll. Teilhaber sind aber Leute, die vielerlei Anrechte, Rechte zur Teilhabe und Teilnahme an vielerlei ökonomischen Entscheidungen und Handlungen besitzen, Rechte, die weit über das hinausgehen, was ein Aktionär heute kann und darf. Man kann die Teilhaber auf deutsch einfach als „Wirtschaftsbürger“, analog zum Staatsbürger bezeichnen; damit wird der Bezug zum alten Konzept der „Wirtschaftsdemokratie“ deutlich.

Solche Teilhaberechte oder ökonomische Bürgerrechte brauchen wir viele – gegenüber dem Finanzsystem etwa in Form eines „Rechts auf Kredit“, gegenüber dem Produktions- und Beschäftigungssystem etwa in Form eines „Rechts auf Ausbildung und Beschäftigung“, gegenüber Marktsystemen in Form von Konsumentenrechten, dem Staat und dem

öffentlichen Sektor gegenüber in Form von sozialen Rechten, die als Bürgerrechte neu definiert bzw. institutionalisiert werden müssen, bis hin zu Mitspracherechten auch dort, wo unsere Interessen nur indirekt berührt werden, z.B. Teilnahmerechte von Vertretern der Arbeitslosen bei Tarifverhandlungen (mit denen im Moment in einigen Ländern experimentiert wird). Und wir werden sie in dem Raum finden und nutzen müssen, in dem heute die relevanten ökonomischen Entscheidungen fallen. Das ist keineswegs der Globus, das sind ökonomische Großregionen, Zonen höchster ökonomischer Integration wie der Wirtschafts- und Sozialraum, der Europa heißt. Eine doppelte Staatsbürgerschaft darf uns nicht genügen. Die vollen Rechte eines europäischen Wirtschaftsbürgers müssen es sein. Einige haben wir schon. Fehlt noch der große Rest. spw

Literatur

- Michel Aglietta, 1982, World Capitalism in the Eighties, in: New Left Review 136, Nov./Dec. 1982, S. 5 – 41
- Michel Albert, 1991, Capitalisme contre Capitalisme, Paris
- Philip Armstrong/Andrew Glyn/John Harrison, 1991, Capitalism Since 1945, Oxford – Cambridge Mass.
- Michel Beaud, 1989, L'Économie Mondiale dans les Années 80, Paris
- Robert Brenner/ Mark Glick, 1991, The Regulation Approach: Theory and History, in: New Left Review, No 188, 45 – 119
- Robert Brenner, 1998, The Economics of Global Turbulence, in: New Left Review, No 229, 1 – 265
- Philip Cerny, 1997, International Finance and the Erosion of Capitalist Diversity, in: C. Crouch/ W. Streeck (eds), Political Economy of Modern Capitalism, London, 173 – 181
- Robert Heilbroner, 1992, The Future of Capitalism, New York
- Pietro Ingrao/Rossana Rossanda, 1996, Verabredungen zur Jahrhundertwende, Hamburg
- William Keegan, 1993, The Spectre of Capitalism. The Future of the World Economy After the Fall of Communism, London
- John Maynard Keynes, 1936, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin
- Alain Lipietz, 1987, Mirages and Miracle. The Crises of Global Fordism, London
- Charles Albert Michalet, 1985, Le Capitalisme Mondial, Paris (nouvelle edit.; 1976)
- Susan Strange, 1997, The Future of Global Capitalism; Or, Will Divergence Persist Forever?, in: C. Crouch/ W. Streeck (eds), Political Economy of Modern Capitalism, London, 182 – 191
- Immanuel Wallerstein, 1996, After Liberalism, London – New York
- Immanuel Wallerstein, 1998, Utopistics, or Historical Choices of the Twenty-First Century, New York
- Herrmann Weber, 1973, Das Prinzip links, Darmstadt

Sozialismus ist nur ein Mittel zum Zweck – zum Zweck der Emanzipation aller Menschen. Wenn ein „Sozialismus“ das nicht hält, dann taugt er nicht,

spw

verschenkt 2 Bücher für 1 neues spw-Abo.

Bitte zwei Kennziffern auf der spw-Abokarte für spw-Buchprämien angeben.



A

Jürgen Ritsert
Soziale Klassen
(Enstiege Band 8),
171 Seiten,
Ladenpreis DM 29,80



B

Christoph Görg
**Gesellschaftliche
Naturverhältnisse**
(Enstiege Band 7),
190 Seiten,
Ladenpreis DM 29,80



C

Gilla Dölle, Sabine Hering
Lila ist Trumpf
Eine Bildergeschichte
zur deutschen Frauenbewegung,
174 Seiten, Ladenpreis DM 29,80

Wolfgang Hecker, Rainer Rilling
Politik im Internet
Eine Suchhilfe,
100 Seiten mit Diskette,
Ladenpreis DM 14,90



D



E

Reinhard Kühnl
**Der deutsche Faschismus in
Quellen und Dokumenten**
576 Seiten, Ladenpreis DM 20,-

Gisela Preuschhoff
**Komm, wir spielen
was zusammen**
100 Spiel-Tips für Leute von 0 – 99,
212 Seiten, Ladenpreis DM 19,80

F



PapyRossa